



Nr. 233. Morgen-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 20. Mai 1876.

### Preußische oder Hannoversche Städte-Ordnung.

Die Städteordnung soll zunächst auf Hannover keine Anwendung finden. Gleichwohl bemühen sich die Hannoveraner, die Städteordnung ihren Anschauungen möglichst entsprechend zu gestalten, so trat dies sowohl in den Verhandlungen der Städteordnungskommission hervor in den Anträgen ihrer drei hannoverschen Mitglieder, wie es sich fand in den vom Oberbürgermeister Raß, Mitglied des Herrenhauses, unterzeichneten Anträgen des Hannoverschen Städte-Clubs. Es gibt nun keine Landesmannschaft in unseren parlamentarischen Körperschaften, welche über einen gleichen Einfluss zu gebieten vermöchte, wie er den Hannoveranern eigentlich ist. Daß die Herren das, was sie für richtig halten, möglichst zur Geltung zu bringen versuchen, kann man ihnen weiter nicht verübeln. Es fragt sich nur, ob es richtig ist, an Stelle der altbewährten preußischen Grundsätze hannoversche in unserem Städtewesen einzuführen. An und für sich kann Hannover schon darum keinen besonderen Anspruch darauf machen, ein Muster für städtische Entwicklung abzugeben, weil Hannover eine ganz vorwiegend ackerbauende Provinz ist. Hannover zählt überhaupt nur drei Städte über 20.000 Einwohner; es sind dies Hannover, Hildesheim und Osnabrück. Die große Mehrzahl seiner Landstädtchen zeigt auch keineswegs eine lebhafte Fortentwicklung, es bleibt dort nichts Alles, ungefähr so wie es von Altters gewesen ist. Unter solchen Umständen mag man dort auch mit einer mangelhaften Städteordnung leichter auskommen können, als dies in industriellen sich rasch erweiternden Städten möglich ist. — Die hannoversche Städteordnung legt den Schwerpunkt der gesammten städtischen Verwaltung in den Magistrat. Man kann hier nicht viel von einem dualistischen System sprechen, wie es in der gleichberechtigten Stellung von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in den altpreußischen Provinzen zur Geltung kommt. Der Magistrat ist dort die principale Behörde, auch der Magistrat ist im Gesetz als Vertreter der Bürgerlichkeit bezeichnet. Die Magistratsmitglieder werden auf Lebenszeit gewählt mit der Frist, daß ein Magistratsmitglied nach 12 Jahren auf übereinstimmenden Antrag von Magistrat und Stadtverordneten durch die Aussichtsbehörde seines Amtes entbunden werden kann. Eine Gewähr der Übereinstimmung in den Grundanschauungen über städtisches Wesen zwischen Magistrat und Stadtverordneten ist dabei natürlich nicht gegeben; die Magistratsmitglieder haben auch gar nicht nötig, sich im Interesse einer Wiederwahl mit den Stadtverordneten in Übereinstimmung zu erhalten. Einmal gewählt haben sie ein souveränes Veto bis an ihr Lebende. Die Magistratsmitglieder werden dazu nicht einmal von den Stadtverordneten allein gewählt. Es treten soviel Stadtverordnete, wie Magistratsmitglieder sind, zu einem gemeinsamen Wahlcollegium zusammen. Der Magistrat hat daher halb und halb ein Cooperationswahlrecht. In den alten Provinzen beruht das Ansehen der Stadtverordnetenversammlung nicht zum Geringsten auf der größeren Zahl der Stadtverordneten im Verhältnis zur Zahl der Magistratspersonen. In Hannover unterscheiden sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in Bezug auf Mitgliederzahl nur wenig voneinander. Die Zahl der Stadtverordneten wird durch Ortsstatut festgesetzt; sie darf nicht über 24 hinausgehen; es genügt aber auch ein Stadtverordnetencollegium von vier Mitgliedern. Der Magistrat muß mindestens drei Mitglieder zählen. Die Befugnisse der Stadtverordnetenversammlung sind dazu weit begrenzt. Die wesentlichen Befugnisse werden im Gesetz aufgezählt; ein et cetera am Schlusse deutet an, daß nur Dinge von ähnlicher Bedeutung wie die angeführten vor die Stadtverordnetenversammlung gebracht werden dürfen. Den Städteordnungen der alten Provinzen gilt umgekehrt der Grundsatz, daß alle Dinge vor die Stadtverordnetenversammlung gehören, welche nicht ausdrücklich der alleinigen Kompetenz des Magistrats überwiesen sind. Der Magistrat hat sogar in Bezug auf die Decharge der Rechnungen gleiche Rechte wie das Stadtverordnetencollegium. — Im Anschluß an die aus solcher Verfassung gebildeten Anschauungen beantragten die pommerschen Mitglieder in der Städteordnungskommission, die lebensfähige Wahl der Magistratsmitglieder zugulassen, die Zahl der Stadtverordneten durch Ortsstatut noch unter die gegen die bestehenden Verhältnisse im Osten niedrig normierte Zahl festlegen zu dürfen (in der über 100.000 Einwohner zählenden Stadt Hannover beträgt die Zahl der Stadtverordneten nur 16). Selbstverständlich lehrten sich diese Mitglieder auch gegen alle diejenigen Bestimmungen der Regierungsvorlage, durch welche in Bezug auf Wahlvorschriften der Stadtverordnetenversammlung für sich allein bestimmte Befugnisse überwiesen wurden. Die Petition des hannoverschen Städte-Clubs verlangt sogar Beibehaltung des Antheils des Magistrats an der Wahl für Mitglieder, wie sich denn überhaupt der Inhalt dieser Petition kurz zusammenfaßt in die Bitte, an Stelle der Regierungsvorlage die geltende hannoversche Städteordnung in Preußen einzuführen. — Die aus den schätzten hannoverschen Anschauungen hervorgegangenen Anträge sind bis auf einen, der noch näher zu erörtern ist, abgelehnt worden, und haben auch keine Aussicht nach Annahme durch das Herrenhaus von Seiten des Abgeordnetenhauses befähigt zu werden. Mit knapper Mehrheit angenommen wurde in der Commission des Abgeordnetenhauses dagegen eine Bestimmung im Sinne der hannoverschen Städteordnung folgenden Inhalts:

§ 71a. „In Stadtgemeinden mit collegialischem Vorstand ist in den durch Gemeindebeschuß zu erledigenden Angelegenheiten auf Antrag des Magistrats oder der Stadtverordnetenversammlung eine gemeinschaftliche Sitzung beider Collegien anzuberufen. In dieser vom Magistrat zu berufenden Sitzung führt der Bürgermeister oder sein Stellvertreter den Vorsitz; den Protokollführer bestellt der Bürgermeister aus der Zahl der Magistratsmitglieder oder der Gemeindebeamten; jedes Collegium stimmt nach vorgängiger gemeinschaftlicher Berathung für sich ab, falls nicht von einem derselben die Vertagung oder die Erledigung in besonderer Sitzung verlangt wird.“

Schon jetzt verhandeln Magistrat und Stadtverordnete mit einander von Angesicht zu Angesicht fast in sämmtlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung. Vergleichen Verhandlungen sollen auch nach der neuen Städteordnung nicht ausgeschlossen werden. Die neu eingeführte Art gemeinschaftlicher Sitzungen unterscheidet sich von der bisher geltenden nur dadurch, daß

1) statt des Stadtverordnetenvorsteigers der Bürgermeister den Vorsitz führt;

2) jedes Magistratsmitglied das Wort nehmen und seiner persönlichen Ansicht Ausdruck geben darf;

3) der Magistrat Angelehnung der Stadtverordnetenversammlung förmlich abstimmt.

Ob Nr. 2 nicht schon jetzt zulässig ist, darüber läßt sich streiten. Auf die Aenderung von Nr. 2 und 3 ist ein großes praktisches Gewicht nicht zu legen. Gewiß ist es von großem Werth, daß Magistrat und Stadtverordnete wie jetzt, nicht schriftlich, sondern unmittelbar von Angesicht zu Angesicht mit einander verkehrten. Naturgemäß werden dabei von Seiten des Magistrats der Bürgermeister und die besonderten Decernenten das Wort nehmen. Mitunter sind mehrere Magistratsmitglieder, dazu der Kämmerer bei einer Angelegenheit besonders beteiligt. Eine Beilettigung anderer Magistratsmitglieder an der Debatte steht für gewöhnlich nicht zu erwarten; schon die Stellung der Mitglieder zu einander innerhalb eines mit der Executive betrauten Collegiums wird dies verhindern. Stellen sich lebhafte Gegensätze im Magistrat heraus, so wird die Mehrheit des Magistrats den Abbruch der gemeinschaftlichen Sitzung verlangen. Geschieht dies nicht, so wird die dissentirende Mehrheit der Stadtverordneten dadurch nicht verträglicher werden, daß sie öffentlich bei der Minorität des Magistrats Unterstützung sucht. Ebenso wird es mit der Abstimmung des Magistrats gehen Angelehnung der Stadtverordnetenversammlung. In der Regel lassen schon jetzt die Erklärungen der Magistratscomissionen in der Stadtverordnetenversammlung erkennen, wie das Votum des Magistrats zu abweichenden Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung aussieht wird. Ein Votum des Magistrats, welches der Stadtverordnetenversammlung gewissermaßen in das Gesicht geschleudert wird, verbessert das gegenseitige Verhältnis wahrlich nicht. Unterscheidet sich die Zahl der Magistratsmitglieder von der Zahl der Stadtverordneten nicht sonderlich, so empfindet man dies noch weniger verlegen, als wenn eine Mehrheit von vielleicht drei oder vier Magistratsmitgliedern eine Mehrheit von etwa zwanzig Stadtverordneten neutralisiert.

Abgesehen davon läßt man sich noch in der Hize der Debatte stecken vielleicht zu einem Veto hinreisen, während bei ruhiger Ueberlegung sich noch ein Ausweg gefunden hätte. Der Schwerpunkt des Neuerung liegt dagegen in der Übernahme des Vorsitzes durch den Bürgermeister. An und für sich entspricht's durchaus nicht der Natur der Sache, daß derjenige, welcher am Ausgang der Verhandlungen persönlich am stärksten interessirt ist, auch den Vorsitz führt und damit eine Rolle übernimmt, die gerade einen möglichst partikulären Mann erheischt. Der Bürgermeister als Vorsitzender in der Vertretung ist der schwächste Punkt der rheinischen Bürgermeistersverfassung; diese Neuerung soll nun eingeführt werden ohne die anderen Bestimmungen der rheinischen Städteordnung, welche damit in Zusammenhang stehen. Der rheinische Bürgermeister verfügt zwar über den ganzen Einfluß eines Vorsitzenden; er soll aber kein Veto gegen die Beschlüsse der Stadtverordneten behalten. Er ist eben nur primus inter parres. Der hannoversche Bürgermeister dagegen kann mit der Mehrheit des Magistrats auch jeglichem Beschuß der Stadtverordnetenversammlung ein Veto entgegensetzen, der unter seinem Vorsitz gefaßt ist. Der Dualismus hört auf eine Mehrheit zu sein, in dem Maße, wie die Stadtverordneten ihren besonderen Vorsitzenden verlieren. Allerdings sollen die Stadtverordneten verlangen können, die gemeinschaftliche Sitzung abzubrechen. Solches Verlangen erregt aber eine gehässige Stimmung im Verhältnis zum Magistrat. Werden endlich die Sitzungen, in denen der Bürgermeister den Vorsitz führt, in der Städteordnung hingestellt als die eigentlich der Stellung des Magistrats am Meisten entsprechen, so wird die Neigung des Magistrats abnehmen, sich in der bisher üblichen, weniger anspruchsvollen aber eben darum wirkungsvoller Form an den Sitzungen der Stadtverordneten zu beteiligen.

Man überläßt daher zum Mindesten den einzelnen Städten, ob sie im Wege ortsstatutarischer Bestimmung gemeinschaftliche Sitzungen in der Form des § 71a bei sich einführen wollen.

Breslau, 19. Mai.

Im Abgeordnetenhaus bildete die für unsere Provinz besonders interessante Interpellation des Dr. Franz den ersten Gegenstand der gestrigen Tagesordnung. Es ist keine Frage, daß bei der Ausführung der Kirchenreform durch die untergeordneten Organe der Regierung und der Polizei es nicht immer so zugehen mag, wie dies eigentlich geschehen sollte. Es ist aber auch keine Frage, daß solche an und für sich von jedem Standpunkte aus bedauerliche Vorfälle fast stets durch den nutzlosen Widerstand der Ultramontanen provocirt werden. Genau so verhält es sich mit dem bekannten Vorfall in Ohlau, der übrigens in der Beleidigung des Ministers des Innern und namentlich des Abg. Jüttner ein wesentlich anderes Aussehen erhält, als in der des Abg. Franz, der sich übrigens immer mehr zu einem Heißsporn des Centrums heranbildet. Als Redakteur der „Schlesischen Volkszeitung“ war Herr Franz lange nicht so fanatisch, wie gegenwärtig als Landtagsabgeordneter.

Das Herrenhaus erledigte in seiner gestrigen Sitzung die Eisenbahnbvorlage. Nach den erschöpfenden Verhandlungen im Abgeordnetenhaus war es kaum möglich, daß in der heutigen Debatte noch neue Gesichtspunkte geltend gemacht werden konnten. Merkwürdig war aber, daß die Freunde der Vorlage im Allgemeinen keineswegs mit großer Begeisterung für dieselbe eintraten. Außer dem agrarisch gesinnten Grafen von Stolberg und den Rednern vom Ministerium wurde das Plaiboyer für den Gesetzentwurf mit auffallender Kühle geführt. Graf Stolberg, nach dessen Meinung die Vorlage in ihren Consequenzen notwendig zur Übertragung sämmtlicher Bahnen auf das Reich führen muß, verbreite sich besonders über die Tariffrage, speziell die Differentialtarife. Auch er will die letzteren, jedoch nicht radical, sondern nur, soweit sie den internen Verkehr schädigen, beseitigen. Ausführlich wies er dann auch alle die gegen das einheitliche Bahnsystem erhobenen Bedenken zurück, und bemerkte naturnah, gegenüber der Besorgnis bürokratischer Willkür, daß Parlament und Presse gegen diese weit mächtiger sein würden, als gegen die Willkür der Privatbahnen. Der folgende Redner für die Vorlage war Geh. Rath Böseler. Er führte eine lange Reihe von Bedenken ins Feld, wie sie aus dem Reiche von fortschrittlicher Seite im Abgeordnetenhaus bereits bekannt sind. Wenn er trotzdem für die Vorlage stimmte, so bewog ihn dazu hauptsächlich die Rücksicht, den leitenden Staatsmännern ein Vertrauensbotum zu geben. In ähnlicher Weise sprach sich der Oberbürgermeister Hasselbach aus.

Unter den Gegnern der Vorlage trat sich besonders der ehemalige Justizminister Graf zur Lippe hervor. Auch seine Argumente waren nicht neu. Begreiflicherweise bewegten sie sich ganz und gar in dem Rahmen der Polemik, welche die Redner des Centrums im Abgeordnetenhaus der Vorlage entgegengestellt, ja das particularistische Element wurde wohl noch schärfer betont. Ihr eigenes Gepräge erhielt aber die Rede durch ihre ironische Frude über die Einigkeit innerhalb des Ministeriums. Sie erleichterte zugleich das Verständniß für den wahren Grund der Opposition, in welcher sich Graf zur Lippe seit seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst gesäßt. Der Handelsminister Achenbach war gezwungen, ihn in derselben Weise zu widerlegen, wie er dies im andern Hause gegenüber seinen Gesinnungsgenossen gethan hat. Auch der originalistische Unter den Frondeuren des Herrenhauses, Herr v. Kleist-Neyow, bewegte sich mit seiner gestrigen Rede nur in bereits ausgetretenen Gleisen. Unter den vielen Besorgnissen, welche ihn der Vorlage gegenüber erschließen, betonte er besonders die beiden, daß das Reich die ärmeren Landesteile nicht in dem Maße berücksichtigen werde, wie der Staat, und sodann, daß das Vorgehen Preußens in dieser Angelegenheit im Reiche nur Misstrauen föhlen werde. Diese Bedenken wurden indeß durch den Fürsten Bismarck, der in ähnlicher Weise, wie im Abgeordnetenhaus, die Bedeutung der Vorlage kennzeichnete, widerlegt. § 1 des Gesetzes wurde mit 57 gegen 26 Stimmen angenommen, 3 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Nach debatloser Annahme der übrigen Paragraphen wurde noch der Gesetzentwurf wegen Einbeilbung Lauenburgs en bloc genehmigt.

In Italien fängt die Curie sich nach und nach den Staatsgesetzen zu sügen an. Sie hat nämlich den sardinischen Bischofen erlaubt, in einer zu Oristano abgehaltenen Conferenz den ihnen untergebenen Pfarrern anzubefehlen, künftig kein Brautpaar einzusegnen, das nicht vorher civiliter vor dem Sindaco getraut ist. Dagegen benutzt freilich das Jesuitenblatt „Roma“ die ihm durch den Geburtstag des Papstes gebotene Gelegenheit, der italienischen Regierung allerlei Unangenehmes zu sagen. Der betreffende Artikel beginnt mit den Worten:

„Sie haben Dich, exaltierter Pontifex, durch Gefangenenschaft zu zwingen gehofft, Deine königliche Gewalt zu entziehen und die Kirche zu verarbeiten. Jetzt warten Sie auf Deinen Tod, heiliger Vater, und dennoch wirst Du noch lange leben, ihnen zum Ärger und uns zum Trost! Aber Ihre Thorheit und Dummheit gereichen „Dir“ nur zum Ruhm, denn Sie befinden „Dir“ den Sieg. Sie sagen der von Ihnen verdorbenen Welt, Dein Reich sei zu Ende! Aber Sie beweisen nur, daß „Du“ der unbewegliche Felsen der Kirche bist, der sich nicht zu beugen versteht, sie beweisen nur, daß der verzweifelten Welt nichts übrig bleibt, als sich in „Deine Arme“ zu werfen. Diese Arme strect Dich ohne Unterlass Ihr entgegen, süßes Ebenbild Christi, und auf Deinen Lippen wohnen Liebe und Unsichtbarkeit. In unseren Augen bist Du der wahre Weinstock wie Jesus — die fruchtbringende Rebe. Du bist der Myrrabrunnen, mit dem Jesus auf dem Calvarienberge verglichen wurde! Liebe, lebe, heiliger Vater! Die Kirche bittet darum und verlangt es von Gott!“

Man sieht aus dieser mystischen Sylbatur, daß die Söhne Loyola's es noch immer wagen, von der „Gefangenenschaft“ des Papstes zu sprechen, um Veranlassung zu nehmen, die katholische Welt gegen die neue Ordnung der Dinge in Italien aufzuhoben. Der Vicomte Damas hat übrigens diese Fabel in seiner dem Papst überreichten Huldigungss-Adresse widerlegt, indem er ihm den bösen Vorwurf macht, daß er Unrecht gehabt, nach der Einnahme Rom's durch die italienischen Truppen im Vatican zu kleben, weil später die ganze katholische Welt zu den Waffen gegriffen und ihm wieder zu seinem Lande, zu seinem Thron, zu seinem Recht verholfen haben würde, wenn er ins Ausland gegangen wäre.

Sehr richtig ist das Urtheil, welches das „Journal des Débats“ über die in Frankreich veranstalteten Pilgerfahrten nach Rom fällt. Das Blatt sagt nämlich:

„Diese Pilgerfahrten sind der italienischen Regierung nichts weniger als unangenehm; manchmal wohl kommen ärgerliche Worte Seitens gewisser Redner im Vatican vor; aber dafür sind auch die Vortheile zahlreich. Die Pilgerfahrten entheben in unserer Zeit gänzlich alles Pittoskopien; wenn die Pilger wie ihre Vorfahren barschig, im Mittel, mit großen Stäben, wanderten, würde ihre Anwesenheit Aufsehen und vielleicht sogar Unruhen erregen; aber einmal außerhalb des Vaticans sind die Pilger Leute wie alle Welt, und gewöhnlich recht brave Leute. Sie erinnern die zahlreichen Industriellen, welche in Italien von den Fremden leben, und daher ist dies eine gar nicht zu verachtende Einnahme. Die meisten Pilger kommen nach Italien mit der Idee, daß man sie desfolgen werde und daß sie die größten Gefahren laufen; sie nehmen aber Eindrücke mit fort, die von denen, die sie bei der Ankunft hatten, sehr verschieden sind und die sogar manchmal übertrieben optimistisch gefärbt sind. Es ist darnach unmöglich, daß die naiven Pilger eine so gar schreckliche Meinung von der italienischen Verfolgung mit fortnehmen, und die, welche sie nach Rom dirigieren, mit der Absicht, der Regierung dadurch Unannehmlichkeiten zu bereiten, täuschen sich vollkommen.“

Die Urtheile der französischen Journale über die Berliner Minister-Conferenzen lauten für diese keineswegs durchgängig günstig. Das „Journal des Débats“, das in der orientalischen Frage viel schwächer sieht als der „Moniteur“, dem jede diplomatische Action, in der Frankreich mitwirkten kann, schmeichelhaft, behandelt die Berliner Conferenzen mit seiner Ironie; es ruft den Aerzten an der Spree schließlich zu, „die Verantwortlichkeit für den Zustand der Patienten falle ihnen doch zu, wenn sie nachträglich auch noch die Vertreter der anderen Mächte zur Consultation herbeitreten“. Die Weisen des „Temps“ erblicken in dieser Consultation bereits das Vorspiel zu einem europäischen Congresse, ohne den nichts Festes und Dauerhaftes im Orient zu Stande zu bringen sei. Das „Bulletin Français“ ist bescheidener, es erwartet nur die Einberufung einer „allgemeinen Conferenz“, über deren Zeit und Form jedoch noch nichts entschieden sei.

Nach einem der „N.-Z.“ unter dem 17. d. Mts. aus Paris zugegangenen Telegramme war die im vorigen Ministerium des Auswärtigen erwartete offizielle Mitteilung der Beschlüsse der Berliner Conferenzen noch nicht eingetroffen. In Versailles hieß es, daß eine Anzahl Deputirte beschlossen habe, nach Beendigung der Amnestiedebatte den Herzog Decazes über den Stand der orientalischen Frage zu interpelliren. Der Minister soll erklärt haben, daß er bis dahin in der Lage sein werde, ohne Nachteil zu antworten.

In England wird das Ergebnis der Berliner Conferenzen in Regierungskreisen günstiger als in der Presse beurtheilt. Auch jene betrachten es zwar als kein endgültiges, vielmehr als eine Einleitung zu kommenden Beschlüssen und Maßregeln, aber anderseits erachten sie doch als eine gute Bürgschaft für den Frieden Europas, daß die Vertreter des Kaiser-Bündnisses ihre mehrjährigen Berathungen in freundlichem Einvernehmen schlossen und weitere Maßregeln, wenn sie erforderlich sein sollten, gemeinsam mit den übrigen Großmächten vereinbaren wollen. Die Presse klagt allerdings, daß so viel wie gar nichts erreicht sei, insofern die Porte nach wie vor nicht im

Standes sein werde, die nach Entgegennahme der Andrássy'schen Note zu gesagten Reformen durchzuführen. Was soll da, so fragt sie, das Memorandum helfen, das lediglich eine neue Kontraktur jener Note ist? Was röhnen bloße Worte, wo Thaten nötig sind? Was half die Conferenz, wenn ihr Ergebnis nicht in einem energischen Einschreiten der Bevölkerung bestehen soll? Im Munde der englischen Presse, die bisher nichts mehr als ein Einbrechen der Nordmächte in die inneren Angelegenheiten der Türkei gefürchtet hatte, zumal im Munde der „Times“, die einer thakräftigen Einmischung niemals das Wort geredet hatte, Uingen — so sagt eine Londoner Correspondenz der „A. B.“ sehr richtig, — diese Vorwürfe absonderlich. Fast scheint es, als ob sie eine Katastrophe herbeiwünschte, vor der sie bisher fortwährend gezittert hatte und als ob das friedliche Ergebnis der Conferenz ihr bedenklicher als ein offenkundiges Zerwürfnis erschienen wäre. Das Publikum, welches seine Gedankenmusik nach der jeweiligen Stimmabstimmung der „Times“ treibt, redet sich ebenfalls in die Überzeugung hinein, daß das Wirral nach Ablauf des Waffenstillstandes noch schlimmer als bisher sein werde, und gefällt sich in den schwärzesten Auschauungen. Nur die Regierung beurtheilt, wie bemerk't, das Ergebnis der Berliner Conferenzen in günstigerer Weise. Indes ist nicht zu verkennen, daß sie selbst durch das Hinausschieben ihrer Zustimmung zu dem Memorandum nicht wenig an dem Fortbestande der Gerichte, nach denen eine solche gar nicht mehr zu erwarten sei, beiträgt.

Aus Amerika liegen uns einige bis zum 16. d. Mts. reichende Radiotelegramme vor, nach denen in New York im Fifth Avenue Hotel unter der Bevölkerung von ungefähr 300 hervorragenden Mitgliedern der republikanischen Partei am 15. d. Mts. eine Conferenz zu dem Zwecke der Erzielung politischer Reformen und der Aufstellung eines rechtschaffenen und fähigen Kandidaten für die Präsidentschaft abgehalten wurde. Mr. Woolsey, der Ex-Präsident der Yale-Universität, führte den Vorsitz. Die Redner zogen gegen den korrumptenden Einfluß der berücksichtigen Politiker zu Felde, und schließlich wurde eine Adresse erlassen, welche die Aufmerksamkeit auf die existierende Unordnung im Lande lenkt und den Bürgern der Ver. Staaten dringend an's Herz legt, dem besten Kandidaten für den Präsidentenposten ohne Parteirücksicht ihre Stimmen zu geben. Sie empfehlen einen Mann zu wählen, dessen Name als eine Parole der Reform bekannt ist und über dessen Fähigung und Mut für die Aufgabe keine Zweifel obwalten, damit die Menschheit sehen möge, daß die Amerikaner in der That ernstlich wünschen, die alte Reinheit des Regierungssystems wiederherzustellen. In dem Ausschuß, der für die Entwerfung dieser Adresse gewählt worden war, befand sich auch Herr Karl Schurz, Ex-Senator für Missouri.

Aus West-Feliciana, Louisiana, liegen Berichte von ernstlichen Reibungen zwischen der dortigen schwarzen und weißen Bevölkerung vor. Dem Vernehmen nach sind 17 Neger getötet worden. Die Weißen bewaffnen sich und schaaren sich zusammen, und die Schwarzen flüchten. Der Sheriff bittet um militärische Hilfe.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Berhandlungen.

#### 7. Sitzung des Herrenhauses (vom 18. Mai).

11 Uhr. Am Ministerial-Camphausen, Achenbach, Ministerial-Director Weißhaupt und einige Commissarien; später Fürst Bismarck und Dr. Friedenthal.

Der Vertreter für Kassel, Rechtsanwalt Dr. Weigel, ist in das Haus eingetreten.

Die beiden Gegenstände, welche auf der Tagesordnung des Hauses stehen, sind bereits in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses ausführlich und erschöpfend behandelt. Mit Rücksicht darauf und da auch die im Abgeordnetenhaus verhandelten Gegenstände eine ausführlichere Berichterstattung und einen umfangreichen Raum erfordern, enthält sich der nachstehende Sitzungsbericht nach Möglichkeit der eingehenderen Wiedergabe solcher Geschäftspunkte, welche bereits in den Delikten der zweiten Kammer erschöpft wurden.

Als erster Gegenstand der heutigen Verhandlung war ursprünglich der Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der preußischen Monarchie, vorgelesen worden; da indes der dafür bestellte Berichterstatter noch nicht anwesend ist, tritt das Haus zunächst in die erste Verhandlung über den Gesetzentwurf, betreffend die Übertragung der Eigentums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das Deutsche Reich.

Für die Vorlage erhält zuerst das Wort:

Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode: Die Gegner dieser Vorlage haben als ihr Hauptargument angeführt, daß Ziel dieses Gesetzes sei die vollständige Übertragung sämtlicher deutscher Eisenbahnen auf das Reich. Auch ich habe diese Auffassung; aber ich kann dieses Spiel nur billigen. Niemand kann leugnen, daß unsere Eisenbahnzustände einer gründlichen Reform bedürfen; alle Verluste aber, ein Eisenbahngesetz zu Stande zu bringen, um dadurch die Reform herbeizuführen, erinnern mich lebhaft an die Verzüge, den alten deutschen Bund zu reformieren. Die Verquidung von Privat-

und öffentlichem Rechte bei den Eisenbahnen bildet "einen gordischen Knoten, der nicht gelöst, sondern zerschnitten werden muß, und als den ersten Schritt hierzu begrüße ich diese Vorlage. Es ist absolut unmöglich, den Eisenbahnen, so wie sie jetzt bestehen, einen einheitlichen Tarif, den das Land verlangt, aufzuzwingen, man kann sie nach der Richtung der wünschenswertesten Reform nicht ändern. Sint, ut sunt, aut non sint! und darum sage ich: non sint!"

Der Rede des landwirtschaftlichen Ministers bei Verhandlung dieser Vorlage im Abgeordnetenhaus kann ich nur meine volle Anerkennung geben; ihre Grundgedanken waren hauptsächlich agrarische. Die Agrarier werden von allen Seiten verlebt; man schildert sie in einem Athemzug als feudale Jäger und als Socialisten, als Ultramontane und als wütende Kulturmäpfer. Diese Vorwürfe treffen schon deshalb nicht zu, weil die Agrarier sich überhaupt mit den Fragen der hohen Politik gar nicht beschäftigen, sondern nur die der Wirtschaftspolitik in ihren Geschäftskreis ziehen. Trotzdem dringen die Ideen der Agrarier in immer weitere Kreise und finden immer mehr Anhang im Lande. Ein sehr gut redigiertes Blatt, die „Schlesische Zeitung“, hat neulich bereits gesagt, es bleibe der liberalen Partei nichts weiter übrig als das Programm der Agrarier in die Hand zu nehmen. Und allerdings, die Anerkennung kann ich der „Schlesischen Zeitung“ nicht versagen, daß sie sich stets vom „correcten“ Gründerthum ebenso weit wie vom „incorrecten“ entfernt gehalten hat. Die Manchester-Theorie hält bekanntlich die freie Concurrenz für das allein seligmachende Universalmittel gegen alle wirtschaftlichen Schäden, während der Socialismus sie grundsätzlich verwirkt. Wir, die Agrarier, stehen in der Mitte; wir verschließen uns keineswegs den Vortheilen der freien Concurrenz, müssen aber, daß es Gebiete giebt, wo sie entweder gar nicht oder nur im höchsten Grade schädlich wirkt, und ein solches Gebiet sind in erster Linie die Eisenbahnen. Diese beruhen wesentlich auf dem Monopol, daß sie ohne Privileg nicht zu Stande kommen können und deshalb muß hier die freie Concurrenz notwendig die höchste Ungerechtigkeit und die größten Mißstände zur Folge haben, die nur auf dem Wege dieser Vorlage durch Herstellung einer strengen und straffen staatlichen Verwaltungszentralisation befehligt werden können.

Eine befondere Berücksichtigung verdient auch die militärische Seite der Frage. Daß wir im letzten Kriege mit den Leistungen der Eisenbahnen zufrieden sein konnten, haben wir zum größten Theil den Fehlern unserer Feinde zu danken, auf deren Wiederholung wir nicht zu rechnen haben; so dann haben wir in diesem Kriege nur noch einer Seite Front zu machen nötig gehabt, in dem nächsten Kriege kann sich dies leicht ändern, und dann müssen notwendig Complications eintreten, denen unser bestehendes Eisenbahnsystem in keiner Weise gewachsen ist. Daß die centrale Macht des Reiches durch diese Vorlage gestärkt wird, soll nicht geleugnet werden; aber darüber müssen wir uns doch klar sein, daß dies der natürliche Gang der Entwicklung unserer politischen Verhältnisse ist. Die Einzelstaaten müssen abnehmen, das Reich muß zunehmen, das ist eine Notwendigkeit, und wer sich dagegen sträubt, der müßte überhaupt die Gründung des Deutschen Reiches nicht wollen. Sollte der Bundesrat oder der Reichstag die Vorlage verwerfen, so haben wir unsere Schuldigkeit gethan und dann würde nichts übrig bleiben als der Ausweg, daß der preußische Staat seine Eisenbahnen centralisiert und zunächst in Preußen die notwendigen Reformen schafft; ich wünsche, daß dies alsdann mit der notwendigen Energie geschehen möge. In der gegenwärtigen Vorlage erkläre ich den Beginn einer gefundenen Reaction auf wirtschaftlichem Gebiet und daher trete ich derzeit eben freudig bei.

Baron v. Senfft-Pilsach: Schon haben Sachsen, Bayern und Württemberg auf das Entschiedenste sich gegen diese Vorlage ausgesprochen. Warum will man denn diesen Staaten ein solches Herzzeid antun; und ein Gesetz annehmen, das ihnen so ganz und gar zuwider ist? (Heiterkeit.) Ein Punkt scheint mir besonders wichtig zu sein. Wir haben hier über eine so großartige Geldfrage zu entscheiden, daß wir über ihre Bedeutung und Tragweite ganz im Unklaren sind. Nach der Broschüre des Herrn von Barnbüler werden die Kosten für den Ankauf der Bahnen nicht weniger als 9,685,000,000 Mark betragen, also mehr als das Doppelte der französischen 5 Milliarden-Conttribution. Die Folge dieses Ankaufs kann daher nur eine Vermehrung der Reichssteuern sein, eine Rücksicht, die uns schon allein bestimmen sollte, gegen das Gesetz zu bestimmen.

Prof. Dr. Beseler: Die Centralisation der Eisenbahnverwaltung, wie sie die Vorlage anstrebt soll, ist mit dem Wesen eines Bundesstaates, wie ihn das Deutsche Reich anstrebt, entschieden unvereinbar. Wenn ich daher glauben müßte, daß diese Vorlage notwendig zu einer solchen Centralisation führt, so würde ich dagegen stimmen, indem ich mich die bestimmten Erklärungen des Handelsministers im Abgeordnetenhaus in dieser Beziehung hörlichlich verhügt. Bei sorgfamer Prüfung ist mir endlich klar geworden, daß diese Vorlage trotz der großen Bedenken, die ihr entgegenstehen, einen großen und wahren Gedanken enthält, nämlich den: wenn das Reich eine Stärkung seiner Macht nötig hat, so kann diese nur geschehen durch die Vermehrung seiner Machtmittel, und diese kann beim Deutschen Reich nur eintreten, wenn die Landesmacht Preußens ihm zugeführt wird. In diesem Sinne ist der Übergang der preußischen Bahnen auf das Deutsche Reich ein vollkommen berechtigter; denn es ist derselbe Gedanke, der das Deutsche Reich überhaupt in den Jahren 1867 und 1871 gegründet hat. Geben Sie dem Reiche das preußische Eisenbahnnetz, so verfahren Sie durchaus in dem Sinne und Gedanken der Reichsgründung. Freilich, wenn man sich fragt: Sind auch die thätsächlichen Voraussetzungen vorhanden, diese Vorlage auszuführen, und ist es unter den gegebenen wirtschaftlichen und Zeithaltungen überhaupt im Interesse des Reiches, überhaupt opportun, zweckmäßig und gerechtfertigt, daß diese so wenig vorbereitete Gesetzesvorlage so eilig eingeführt und mit solcher Hast durchgeführt werden soll? — so muß ich diese Frage offen und entschieden verneinen. (Hört!)

Das Land ist schon ohnedies durch die rastlose Thätigkeit der Reichs- und

Landesgesetzgebung ermüdet, es sehnt sich nach Ruhe und Sammlung, zumal heute in dieser Zeit, wo eine so furchtbare wirtschaftliche Krise auf dem Lande lastet. Dazu kommt, daß die notwendigen Reformen im Eisenbahnbereich ja durch ein Eisenbahngesetz geschaffen werden können. Mir wenigstens ist es nicht gelungen, die Gründe einzusehen, weshalb das Zustandekommen eines solchen Eisenbahngesetzes absolut unmöglich sein soll. Wenn ich trotz aller dieser großen und schweren Bedenken dennoch entschlossen bin, für die Vorlage zu stimmen, so muß ich mir sagen, daß ich es hier nicht mit einem gewöhnlichen Gesetz zu thun habe, dessen Inhalt und Tragweite man übersehen kann. Ich weiß ja nicht einmal, ob das Gesetz überhaupt zu Stande kommen wird und wie und wann es zu Stande kommen wird. Nur wünschen und erwarten kann ich, daß es in der rechten Zeit, d. h. unter Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und in der rechten Weise, d. h. im bundesfreundlichen Sinne zu Stande kommen werde. Ich stimme für die Vorlage nur deshalb, weil ich mir bewußt bin, damit der Regierung, insbesondere dem leitenden Staatsmann ein Vertrauensvotum zu geben, und weil ich es sehr schwer empfinden würde, wenn ich der Reichspolitik des Fürsten Bismarck in einer so eminent wichtigen Sache von vornherein entgegentrete müßte.

Graf zur Lippe: Wenn ich die Vorlage vom sogenannten conservativen Standpunkte aus betrachte, der sich nicht auf das alte stützt, sondern sehr wohl den Übergang vom Alten zum Bessern anerkennt, aber nur in fortwährender Continuität, so kann ich mich nicht für das Gesetz aussprechen, weil durch dasselbe ein direkter Sprung vom Alten gegenüber gemacht wird. Der Vorredner glaubt, dem Prinzip des Entwurfs zuzstimmen zu müssen, um der Regierung ein Vertrauensvotum zu ertheilen. Dieses Votum würde ihn aber auch nötigen, den mit dem Reiche vereinbarten Verträgen bedingungslos und unter allen Umständen zuzustimmen, was er gar nicht beabsichtigt. Im Laufe von fünfzig Jahren ist mit großer Aufwendung von Intelligenz, Arbeitskraft und Privatekapital ein großes Eisenbahngesetz von Staats- und Privatbahnen entstanden, Verkehr, Handel und Wandel haben sich in eminenter Weise dieser Vorlage durch Herstellung einer strengen und straffen staatlichen Verwaltungszentralisation befehligt werden können.

Eine befondere Berücksichtigung verdient auch die militärische Seite der Frage.

Daß wir im letzten Kriege mit den Leistungen der Eisenbahnen zufrieden sein konnten, haben wir zum größten Theil den Fehlern unserer Feinde zu danken, auf deren Wiederholung wir nicht zu rechnen haben; so dann haben wir in diesem Kriege nur noch einer Seite Front zu machen nötig gehabt, in dem nächsten Kriege kann sich dies leicht ändern, und dann müssen notwendig Complications eintreten, denen unser bestehendes Eisenbahnsystem in keiner Weise gewachsen ist. Daß die centrale Macht des Reiches durch diese Vorlage gestärkt wird, soll nicht geleugnet werden; aber darüber müssen wir uns doch klar sein, daß dies der natürliche Gang der Entwicklung unserer politischen Verhältnisse ist. Die Einzelstaaten müssen abnehmen, das Reich muß zunehmen, das ist eine Notwendigkeit, und wer sich dagegen sträubt, der müßte überhaupt die Gründung des Deutschen Reiches nicht wollen. Sollte der Bundesrat oder der Reichstag die Vorlage verwerfen, so haben wir unsere Schuldigkeit gethan und dann würde nichts übrig bleiben als der Ausweg, daß der preußische Staat seine Eisenbahnen centralisiert und zunächst in Preußen die notwendigen Reformen schafft; ich wünsche, daß dies alsdann mit der notwendigen Energie geschehen möge. In der gegenwärtigen Vorlage erkläre ich den Beginn einer gefundenen Reaction auf wirtschaftlichem Gebiet und daher trete ich derzeit eben freudig bei.

Die Freunde des Gesetzes behaupten zunächst, daß es völlig harmlos sei. Hiergegen ist wohl schon genügend von beiden Häusern opponirt worden. Dann sagte der Handelsminister, daß das deutsche Volk das Gesetz verlange, — eine Behauptung, die ohne jeden Beweis aufgestellt ist und mich erinnert an den Ruf des Demagogen in Jahre 1848 in den Straßen Berlins: „Das Volk will es!“ Als dritter Grund wird ferner angeführt, daß die Reichsverfassung zur Ausführung gebracht werden müsse; aber da wundert es mich doch, daß sie trotz ihres jahrzlangen Bestehens noch nicht zur Durchführung gebracht sein sollte, es müßte unter diesen Umständen wirklich den Behörden eine direkte Vorwurfs gemacht werden. Aber ich kann dies wüllt nicht anerkennen; ich sehe überhaupt nicht ein, weshalb man nicht, wenn man sich in dieser Verfassungsausführung so sicher weiß, direkt die Verträge abgeschlossen und sie erst nachher dem Landstage vorgelegt hat. Wenn der Vorredner sich dahin ausgesprochen, daß es sich hier nur um den Übergang der preußischen Staatsbahnen an das Reich handle, so werden sich doch unmöglich die süddeutschen Staaten dem Übergange ihrer Staatslasten auf die Dauer entziehen können, und ebenso werden sich die Privatbahnen dielem Zwange fügen müssen. Somit komme ich zu dem Schlus, daß diese Vorlage nicht die Einheit des Reiches stärken, sondern zur Spaltung unter den einzelnen Bundesstaaten führen wird; ich könnte vielleicht der Vorlage zustimmen, wenn eine Klausel in dieselbe aufgenommen würde, in der auch die Zustimmung der übrigen Bundesstaaten erforderlich wäre. So wie die Sache aber jetzt liegt, muß ich mich gegen das Gesetz erklären.

Handelsminister Dr. Achenbach: Der Vorredner hat zum Schlusse seiner Rede erklärt, daß er der Vorlage mit einer Klausel zustimmen könne; aber ich sehe wirklich gar nicht, wie irgend etwas an seinen geäußerten Bedenken durch diese Klausel geändert würde; und ich kann deshalb nur sagen, daß der Graf zur Lippe sich mit seinem Schlus sehr widerlegt hat. Ich anerkenne sehr gern, daß seit fünfzig Jahren auf dem Gebiet des Eisenbahns weites immenses Fortschritte gemacht sind, aber wenn man jetzt behauptet, daß wir mit der gegenwärtigen Vorlage einen Sprung machen, so ist dies eben ein Irrthum der Gegner. Ich behaupte im Gegenteil, daß wir mit diesem Gesetz nur den alten bestreiten Tradition folgen, und ich bitte die Freunde der Vorlage, sich nicht durch die gegenwärtigen Gründe breiten zu lassen. Ein Hauptargument der Gegner ist stets, daß der beabsichtigte Schritt der Anfang zur Beseitigung der Privatbahnen sei; aber ich kann offen erklären, daß dies etwas den Intentionen der Regierung völlig Fremdes ist. Sie will mit diesem Gesetz durchaus nicht ein derartiges Vorgehen inauguriiren. Auch den Grund kann ich nicht anerkennen, daß nach dem Übergange der Eisenbahngesetz auf das Reich der Bau von Localbahnen

staut an, als er mir zufüllerte: „Verächtliche Falschspieler und Bauernländer.“

Aber diese Herren sehen so solid aus. „Natürlich!“ erwiederte Herr Hartl, „das gehört ja zum Handwerk. Ich wette, die Herren haben, ehe sie mich gesehen, ein ganz anderes Spiel gespielt. Das ist eben die eine Methode. Einige Verbündete setzen sich in einem stark besuchten öffentlichen Locale dieser Art zusammen, sie spielen ein Hazardspiel, einer hält die Bank. Das Spiel zieht Zuschauer an, ab und zu wagt einer von ihnen einen Einsatz, das Beispiel wirkt, bald ist das Geschäft in vollem Gange. Eine andere Methode, das Sololassen, Anlocken und Ausplündern zugereister Handwerksbursche, Landleute u. s. w., wird zwar gleichfalls sehr häufig gefüllt, ist aber lange nicht so lucrativ. Auch wird die Unerschrockenheit und Dummheit mit der Zeit gewichtet und die biederer, um das Wohl der Fremden besorgten Männer müssen unverrichteter Dinge abziehen.“

Der Eine aus der Sippe kam mir bekannt vor. Ein alter Mann, sehr anständig gekleidet, etwa wie Gevatter Schneider und Handschuhmacher am Sonntag.

„Erkennen Sie den Menschen?“ fragte mich Herr Hartl.

„Ich muß ihn vor einiger Zeit schon gesehen haben“, erwiderte ich, „ich erinnre mich nur nicht wo?“

„Vor einiger Zeit?“ lachte Herr Hartl. „Heute, oder vielmehr gestern Abend haben Sie ihn gesehen — bei Beginn unserer Fahrt, im „Hirschenkeller.““

Sieben Stunden faum! Sie dachten mir, wie eben soviel Wochen! Welche Fälle von Bildern und Eindrücken war in diesen wenigen Stunden auf mich eingestürmt! . . .

„Ah, der Verderber“, rief Herr Hartl plötzlich ganz freudig — er hatte einen alten Bekannten entdeckt. „Komm nur hervor, Verderber, das Verstecken nützt nichts mehr.“

Aus dem engen Raum zwischen der Wand und der dicken Ofenröhrwand sah ein hübscher, schlanker Bursch und trat vor Herrn Hartl. Ein leichtes verlegenes Lächeln lag auf dem braunen Gesicht, aber die schwarzen Augen blitzen uns trostig an.

„Was beliebt?“ fragte er kurz.

„Warum hast Du Dich versteckt?“

„Versteckt?“ Er lachte kurz auf. „Ich und verstecken?“ Und stolz und steif wie ein Hidalgo setzte er hinzu:

„Der Verderber versteckt sich nie — das wissen Sie.“

„Manchmal doch — wie jetzt. Wieder einmal gestohlen — böses Gewissen? — he?“

gröhren. Auch die Handhabung des Billardstocks und die Regeln des Spiels sind hier etwas absonderlich; die Herren gerathen zuerst mit dem Kellner, dann unter einander in ernstlichen Prinzipienstreit und dokumentirte sich Herr Ullrich nicht als ein wahrer Salleyrand im Verhore mit Milchmeier, so könnte aus der edlen Kriegspartei — leicht eine commune Ohrseigenpartie werden. Die Gefahr ist gehoben. Salleyrand regalit seine nächtlichen Stammgäste mit einem Extra-Punschler und beschwichtigen Händedrückeln. Aber hörst! — donnernder Kampftauf hält plötzlich aus der entgegengesetzten Ecke des Locals; das Quieten einer Frauenstimme mischt sich läufig in das Zornesgebrüll mehrerer Männerlungen. Herr Ullrich geht eilends nach dem Kriegsschauplatz ab; wir drängen ihm nach, so gut und so schnell es eben geht, vorüber an qualmenden und politisierenden Fäktern, an qualmenden und Domino spielenden Müllerburschen, an qualmenden und kosenden Schönen . . . und wir stolpern über unterschiedliche Beine und unsere Nüsse leiden Höllenqualen . . . das heißt: nicht etwa, als ob . . . o nein! aber dieser ärztliche Tabak . . . mein Gott, es bleibt doch keine Engländerin unter den Leserinnen unseres Blattes? . . .

Und ach! der Nasen Mäh' ist umsonst.

Denn als endlich auch wir an dem Schlachtfelde eintreffen, ist dieses kein Schlachtfeld mehr, sondern ein gewöhnlicher Tisch mit gewöhnlichen Sühlen ringsumher, auf denen einige gewöhnliche Schneidergesellen der Franzstadt sitzen. Nur in ihren zornglühenden Gesichtern — aber das schmächtige Schneiderlein da glüht nur auf einer Wange, bei dem scheint's nicht aus Zorn zu kommen, — leuchtet noch ein Wiederschein der Kampfesflocke, und der Kampfesfrosch hält nur noch in vereinzelten, halbgemurmelten: „Räuberba“ oder „Dö Bagaschi“ fort.

„Dö Bagaschi“ aber wird soeben in Gestalt eines riesigen, vollgekrumten Fäkertnachtes, der mit den fiedeligen Schneidern Streit gesucht, von Herrn Ullrich vor die Thüre gesetzt. Und als sich die Thüre hinter dem „Södrenfried“ geschlossen, da springt das schmächtige Schneiderlein heldenfährn auf und schlägt auf den Tisch und ruft: „Himmelkreuzdonnerwetterfriaudon noch amoll fuchssteuerwild bin!“ Wann der Ullrich mit dazwischen kommt, so derschlag i den Kerl! . . . „Ja! ja! diese verdächtige Röthe auf der einen Wange scheint nicht vom Zornen zu kommen.

Dicht hinter dem grimmigen Helden, halb durch den Osen gedeckt, saß eine harmlose Gesellschaft von vier harmlosen Herren bei harmlosem Tarockspiel. Es hatte alles einen so solid bürgerlichen Anstrich: sie selber, ihr Verkehr, ihre Spielweise. Ich blickte Herrn Hartl er-

nicht mehr stoffen können; ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß sich der Ausbau noch bedeutend deßen wird, da die dominierenden Linien nur Interesse daran haben können, daß ihnen Zugriff durch Localbahnen zugeschafft werde. Ich siehe durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß mit diesem Gesetze ein Eisenbahn-Eldorado eröffnet werden würde. Aber es müßte doch selbst zugehen, wenn nicht allein schon durch die einheitliche Leitung des Eisenbahnwesens viele Schäden beseitigt werden sollten. Sie haben im Jahre 1873 der Erweiterung des Staatsbahnhofs zugestimmt und damit begonnen, zu den unersten alten guten Traditionen zurückzukehren. Der Sinn der damaligen Vorlage war nicht die Erweiterung des fiktiven Besitzes, sondern lediglich die Möglichkeit der Einwirkung auf die Privatbahnen im allgemeinen Interesse, und mit diesem Gesetz gibt sie wiederum einen Schritt auf diesem Wege vorwärts. Wenn es aber natürlich ist, daß die Aussicht Preußens in Bezug auf seine Bahnen keinen Einfluß über die Landsgrenzen hinaus erstrecken müßte, und dadurch gewissermaßen in Conflict gerathen könnte mit den anderen Bundesstaaten, so wird dies mit der Abtragung unserer Eisenbahngesetze an das Reich vermieden. Nachdem man ein Reichseisenbahngesetz an dem Widerstand der Particularstaaten gescheitert ist, standen nur zwei Wege offen, entweder auf die alten Zustände zurückzugehen und das Reichseisenbahngesetz aufzulösen — und damit würden sich die Regierungen in entschiedenem Gegensatz mit dem Reichstag befinden haben, der dies nie zu geben würde — oder diesen Weg zu betreten, auf welchem wir uns in Übereinstimmung mit dem deutschen Volke befinden, aber nicht, wie Graf zur Lippe meint, im Sinne der Demagogen des Jahres 1848. Die Regierung nimmt nur die alte Tradition der fünfzig Jahre wieder auf und glaubt sich hierin in Übereinstimmung mit der Landesvertretung. Ich bitte Sie daher, die Vorlage anzunehmen.

Oberbürgermeister Hasselbach: Der Graf zu Stollberg hat diese Vorlage befürwortet, weil er in ihr einen Bruch mit dem bisherigen System erkennt. Nach den Billigungen des Handelsministers heute und am 28. April 1876 ist es entschieden nicht die Absicht der Regierung, das gemischte System aufzugeben, und ich nehme darnach an, daß Graf zu Stollberg nunmehr gegen die Vorlage stimmen wird. (Herrlichkeit!) Ich meinerseits würde es für das größte wirtschaftliche Unglück halten, wenn das Reich wirklich diese Absicht hätte, die sämmlichen Bahnen anzulaufen. Andererseits aber theile ich die Hoffnungen des Handelsministers auch nicht. Wer glaubt, daß man sich von diesem Gesetzesallein sehr wesentliche Verbesserungen des Betriebs verspricht. Ich gebe denen Recht, welche die Regelung der Tarife nicht von der Gesetzgebung, sondern von dem Verkehrsmittel erwarten, außerdem aber bitte ich noch zu beachten, daß, wenn es bisher schon schwer war, mit einer Befreiung über die Eisenbahnen Erfolg zu haben, es Ihnen künftig noch viel schwerer werden wird, Recht zu bekommen, um die Wissensschaft darüber wird darum gewiß keine kleinere werden. Wenn Sie die Privatbahnen alle in Staatsverwaltung geben, verwaltet der Staat ein Monopol, das zu den größten Unzuträglichkeiten führen muß. Darin siehe ich zu dem Herrn Grafen Stollberg in direktem Widerspruch. Man wird ferner von dem preußischen Staat verlangen, daß er dem Deutschen Reich gegenüber gewisse Convenienzen in der Ermittlung des Preises beobachte, der preußische Staat wird gewiß kein glänzendes Geschäft machen. Nichts desto weniger sage ich mir, daß es für mich und mehrere meiner Freunde doch eine eigenhümliche Lage wäre, wenn wir der preußischen Staatsregierung eine Niederlage bereiten wollten in dieser Frage, man würde dies in und außer dem Hause fälschlich ausdeuten und das ist für mich ein Grund, für die Vorlage zu stimmen. Aber ich stelle mich dabei nicht auf den Standpunkt, daß, weil ich nun A gesagt, ich nun auch B sagen müßte, sondern ich muß mir eben so wie Dr. Beiser vorbehalten, in den späteren Stadien — wenn uns die Verträge vorliegen werden — „nein!“ sagen zu dürfen.

v. Kleist-Nehow: Die Herren Graf Stollberg, Dr. Beiser, Hasselbach desabourierten sich gegenseitig und sprachen. Jeder gegen die Argumente des Anderen und die beiden Legiteren auch entschieden gegen die Vorlage. Dann haben sie aber kurz gegen ihre sächlichen Gründe Front gemacht und erklärt, sie stimmen für die Vorlage in der Hoffnung, nachher freie Hand zu haben, gegen den Vertrag zu stimmen. R. H., wer heute einen solchen Sprung machen könnte, der wird auch später den anderen machen, der nur wenige Soll weiter ist. Ich komme der Staatsregierung in ihren Intentionen weit entgegen, in Bezug auf die Ausführung aber kann ich dem Wege, den sie gewählt hat, kann ich der Vorlage nicht zustimmen. Die Eisenbahnen vermittelten den ganzen Verkehr eines Landes, sie sind der Ausdruck seines gesammten wirtschaftlichen Lebens. Irrationale Differentialtarife würden tief schädigend darauf ein. Ein großes Heer von Beamten, deren Anstellung, Abiegung, lauter öffentliche Interessen von höchster Bedeutung für den Staat, kommen dabei in Betracht. Ihr Recht haben die Bahnen nur durch Staatsprivileg, der Staat hat zu sorgen, daß es nicht in finanziell Interesse ausbeuten, und darum sind wir dem Staat dank schuldig, daß er diese Faage wieder energisch in die Hand genommen hat. Aber ist denn dieser Weg der richtige? Es gibt deren zwei. Entweder ein Reichseisenbahngesetz oder ein Staatsbahngesetz, und dann ein Gesetz, das auch die Tarife näher bestimmen mag. Ich meine nicht unbedingt lauter Staatsbahnen, sondern daß der Staat als solcher seine starke Hand über das ganze Eisenbahnwesen legen und darum nach allen Richtungen hin regulativer Eisenbahngesetzen haben muß, um dadurch maßgebend und entscheidend einzutreten. Nun wird entgegnet: um die Frage der Reichseisenbahnen handele es sich nicht. Heute allerdings nicht, aber morgen! Diese Vorlage wird notwendig zum Reichseisenbahngesetz führen, und die Bedenken dagegen müssen also auch gleich hier gelöst gemacht werden. Die Reichsverfassung ist gegen die Vorlage, sie setzt den bestehenden Zustand von Staats- und Privatbahnen voraus, und doch wird gesagt, diese Vorlage erfülle recht eigentlich den Zweck der Art. 41—47. Sie setzt den Nachweis voraus, daß es unmöglich ist, auf dem Wege, den sich die Reichsverfassung gedacht hat, zum

Ziele zu kommen, und dies läßt der Handelsminister noch immer unerwagen, ob es für den Bundesrat unmöglich wäre, solche Bestimmungen durchzubringen, die der Reichsregierung hinreichende Macht gewähren, womit der Reichstag gewiß einverstanden wäre. Entscheidend freilich ist für mich jedenfalls, daß eine derartige Übertragung des gesamten Eisenbahnwesens auf das Reich die tiefsten Lebensbedingungen der Staaten gefährden würde, sie ist entgegen der Aussicht, die bei Schaffung der Reichsverfassung herrschte, sie bleibt der erste Schritt zur Staatsseinheit, zu einem Ministerium, das unmittelbar dem Reichstag Rede und Antwort stehen muß, zu einer Umgestaltung des Bundesrats und Reichstages. Sie ist also eine in allen Beziehung ein wesentliche Änderung, die auch zur Schwächung des Reichs führen wird und nach meiner Meinung ungünstig ist. Dann ist der Versuch noch nicht gemacht worden, eine derartige Administration in staatlicher Hand zu konzentrieren, während dem Staat nicht einmal die Hilfsbeamten, welche die Einzelstaaten besitzen, zur Seite stehen; eine Konzentration bis in die tiefsten Lüften hinein ist aber außer Stande, die lokalen Bedürfnisse zu erkennen und zur Geltung zu bringen. Endlich ist es in finanzieller Beziehung eine Unmöglichkeit, daß das Reich bei dem anhaltenden Rückgang der Renten den preußischen Staaten diejenige Rente gewährt, die es ihm wird zahlen müssen. Wie kommt Preußen dazu, diese Capitalien, diesen Grundbesitz, die die Lebenskraft Preußens enthaltenden Objekte an das Reich zu übertragen? Es wird doch hoffen, die Verwaltung sei eigentlich eine preußische, es wird doch ein Mithrauen bleiben, daß die Rechnung eigentlich eine für Preußen vortheilhafte gewesen sei. Und wenn sie das nicht ist, haben wir doch den Nachteil. Wie wird es denn in Zukunft mit dem Bau von neuen Bahnen werden? Es werden gewiß nicht die einträglichsten sein, die noch zu bauen sind — wird das Reich sich dazu verstehen, sie zu bauen? Nur und nimmermehr wird der preußische Landtag sich dazu verstehen. Die Minister sagen: „Die anderen Bahnen und die Adjacenten werden es Ihnen.“ Die können es nicht und werden es nicht. Das sind meine Gründe gegen das Gesetz.

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat sich, wie das ja auch an anderen Orten und außerhalb der parlamentarischen Versammlungen geschehen ist, die Belämpfung der Vorlage dadurch erleichtert, daß er ihr eine Bedeutung und Tragweite gegeben, die sie in dem Wortlaut, wie er vorliegt, überhaupt nicht hat. Ich will seine hauptsächlichsten Einwände und Vorwürfe der Reihe nach durchgehen und mit dem lehnen beginnen. Die Sorge, daß die ärmsten Landesheile in Zukunft von Seiten des Reichs die Pflege nicht haben werden, die sie bisher von Seiten Preußens gehabt, wie der Vorredner wenigstens in Bezug auf Pommern erklärte, kann ich nicht anerkennen. Das glaube ich auch nicht, daß das Reich sich dazu verpflichten wird, das ist doch gar nicht seine Aufgabe; warum aber der preußische Staat in seiner Geläufigkeit nicht späterhin, wenn er die Notwendigkeit und Möglichkeit davon einsieht, für seine ärmsten Landesheile dieselbe Fürsorge aus dem gemeinschaftlichen Sädel aller Provinzen haben sollte, die er bisher gehabt hat. Warum er an einem Notstande, der etwa auf einzelnen Landesheilen ruht, nicht ebenso bereitwillig ferner abbellen sollte, das sehe ich nicht ein. Was hat denn das mit dieser Vorlage zu thun? Das bleibt dem preußischen Staat ganz unbenommen. Der Vorredner wünschte, daß der preußische Staat selbst diesejenige Ausbildung des Eisenbahnwesens in die Hand nehme, die wir dem Reich zuführen wollen. Ich kann nicht recht ersehen, wie er dem gegenüber das Argument des Misstrauens hat in die Schranken führen können, von dem die übrigen Bundesstaaten Preußen gegenüber erfüllt sein würden, wenn die preußischen Eisenbahnen in den Händen des Reichs wären. Dieses Misstrauen würde ja viel stärker berechtigt sein, wenn der ganze gewichtige Eisenbahn-Complex einer solchen Basis von starkem Einfluß ausschließlich in den Händen Preußens bliebe und dort so benutzt und ausgenutzt würde im einseitigen preußischen Interesse, wie es das Reich eigentlich niemals könnte. Denn das ist ja das Eigentümliche der Reichs-Verwaltung, daß dort gerade die Regierungen, deren Mithrauen der Vorredner fürchtete, das Recht haben mitzureden und mitzuwirken über die Gesetze des Eisenbahnwesens und des Tarifwesens, und die also diese Mitwirkung sehr dazu benutzen können, eine solche Reichseisenbahnpolitik, wie ihre eigenen und particularen Interessen schädigen würde, zu verhindern und öffentlich zu discutieren, während, wenn diese Schädigung und Einengung von Preußen als Bundesstaat ausschließlich ohne das Reich ausgeginge, gar nicht zu sehen wäre, was für ein Hilfsmittel sie dagegen hätten. Eine Beschwerde wegen Mißbrauchs der Souveränität Preußens an den Bundesrat würde schwerlich helfen. Also ein Misstrauen würde viel leichter und stärker sich entwickeln müssen, wenn die Mittel zur Abhilfe des gegenwärtigen Zustandes des Dinges, über deren Notwendigkeit doch die meisten einig sind, auf dem Wege des Großpreußenthums ergreifen, als wenn wir sie auf dem Wege der Reichspolitik und unter dem Einfluß unserer Bundesgenossen im Reiche anwenden wollten.

Ich kann die Theorie, die der Vorredner darüber durch die Bezeichnung eines Großpreußenthums entwidmete, nicht in Schutz nehmen. Es ist das ja gerade das, was ich vermeiden wollte, daß ein einzelner Bundesstaat, der schon hervorragt durch seine Ausdehnung und durch die Thatkraft, daß sein Souverän zugleich der Stifter ist, durch seine geographische Lage genötigt ist, die Konsolidation der Eisenbahnverhältnisse im Verein mit einer kleinen Anzahl deutscher Bundesstaaten zu suchen, durch die Konsolidation nun wieder ein neues Uebergewicht im Reiche erhält. Ich würde damit nicht glauben, die mir obliegenden Pflichten zur Durchführung der Reichsverfassung, zur Herstellung einer richtigen und einheitlichen Reichseisenbahnpolitik zu erfüllen, sondern ich würde dazu beitragen, die Mittel in verstärktem Maße in die Hand der preußischen Regierung zu legen und den Widerspruch und das Mißverhältnis gegen die Reichsverfassung, welches heute darin besteht, daß die preußischen particularen Eisenbahninteressen mächtiger sind, als der Einfluß des Reiches, diese der Verfassung entgegenstehende Situation würde ich

„Auf die Osenöhre hab' ich mich gestellt und dem Spiel zugeschaut.“ Dann hielt er inne und richtete sich wieder einmal stolz auf und sagte: „Nein — nein! Sie sollen dem Verderber nicht nachsagen dürfen, daß er gelogen hat. Nein! — nicht einmal ein Küberer soll mit das nachsagen dürfen: Ich hab' mich versteckt, nicht weil ich wieder gestohlen hab', sondern weil mir das ewige Herumfragen ekelthaft ist.“

Herr Hartl fuhr wild auf; ich hielt ihn begütigend zurück — der Mensch interessierte mich.

„Schlagen Sie nur zu“, rief er; sein Auge flammte, die sehnige Gestalt reckte sich empor. „Sie können mich sogar tödlich töten, den Revolver dazu haben Sie. Das ewige Herumfragen halt ich nicht mehr aus, sag' ich. Ihr kenn' mich, ich kenne Euch. Ich führ' Krieg mit den ehrlichen Leuten, das ist wahr, ich huet Ihnen Schlechtes, das ist wahr, und darum verdien' ich, daß ich geplagt, geschunden und eingesperrt werde, das ist auch wahr. — Aber ich führ' den Krieg ehrlich, wie ein Soldat, und darum will ich so behandelt werden.“

„Sie waren wohl früher Soldat?“ fragte ich.

„Ja — sieben Jahre.“

„Und Sie, ein ehemaliger Soldat, ein starker, gesunder, vernünftiger Mensch, schämen sich nicht, ein Verbrecher zu sein?“

Er sah mir erst zornig, dann prüfend in's Gesicht. Dann schlug er den Blick nieder. „Mir scheint gar“, sagte er halblaut, „Sie meinen es gut mit mir. Das ist mir schon lange nicht passirt. Aber jetzt ruft's nicht mehr.“

„Was hat Sie denn nur dazu gebracht?“

„Was mich dazu gebracht hat?“

Sein Blick hastete noch immer am Boden.

„Wenn man mich sonst so gefragt hat, so pflegt ich zu sagen: „Der Verderber — das liegt schon im Namen“. Aber Ihnen mag ich die Antwort nicht geben. Sehen Sie, — es war so eine Geschichte — man liest das sonst nur so in den Büchern — Sie werden's mir nicht glauben wollen...“

„Was war das für eine Geschichte?“

„Mit einem Mädel. Sie...“ Er hielt plötzlich inne, schluckte festig, als wollte er die ganze Erinnerung und seine Aufregung mit hinabschlucken, und ging im Sturmschritt ab.

„Wie amüsiren sich die Herzen?“ tönte eine ergebenst höfliche Stimme hinter uns; es war der Besitzer des Cafés. Unser frühes Scheiden bedauernd, begleitete er uns bis zur Thüre, und bat uns recht dringend, ihm der ehrlichen Gesellschaft wegen, die er Nächts in seinen Räumen dulden müsse, nicht fern zu wollen.

dadurch wesentlich verschärft. Der Vorredner hat dann befürchtet, daß das Reich in diesen Eisenbahnen einen Besitz erwerben werde, dessen Rentabilität von Jahr zu Jahr mehr zurückgeht und daß der allgemeine Rentenrückgang dann für Preußen zu befürchten sei. Ja diese Befürchtung ist auch wohl hauptsächlich geknüpft an die Übertragung der Bedeutung der Vorlage, an die Vorausezung, als wollten wir die gesamten Eisenbahnen des Reiches erwerben; denn wenn diese durch die Vorlage in keiner Weise gerechtfertigt Vorausezung nicht herbeigebracht wäre, so würde sich der Vorredner doch selbst den Einwand haben machen müssen, daß die Gefahr dieses Rentenrückgangs von Preußen in Bezug auf seine Staatsbahnen, vom Reiche in Bezug auf seine Reichsbahnen in Elsass-Lothringen so wie so getragen werden müßte. Er hat ganz besonders seine Fürsorge für Preußen accentuiert und betont, daß das dabei leiden würde; ich würde es natürlicher gefunden haben, wenn er als Advokat der übrigen Bundesstaaten aufgetreten wäre, indem er gesagt hätte, daß es ungerecht sei, daß diese in den für Preußen verfügbaren jenen großen Eisenbahnbesitz naturgemäß bevorstehenden Verlust an Renten mit hineingezogen würden. Aber daß eben Preußen in den natürlichen Verlust durch die vorstehenden Verlust durch den Übergang der Eisenbahnen stärker geschädigt werden sollte als ohne denselben, kann ich nicht einführen. Daß die Rentabilität der Eisenbahnen stetig rückt, ist ja eine bekannte Thatsache, die sich in allen Ländern beobachten läßt, nicht bloß bei uns. Es ist das eine natürliche Folge des fortwährenden Abbaus der Hypotheken auf den beiden Katheten und der Verbleifslösung der Linien zwischen zwei Punkten.

Es ist ein Irrthum, daß die Concurrenz in Eisenbahnlinien die Frachten wohlfleißt macht. Es haben ja darüber in England sehr lehrreiche Berechnungen stattgefunden, die zeigten, daß mit der Vermehrung von einer Eisenbahnlinie zwischen zwei großen Orten, auf deren zwei, resp. drei der Frachtkauf in dem Verhältnis von 17 zu 22 resp. 28 stieg. Solche Verhältnisse wiederholen sich überall. Sie bewirken das, was mir ein Engländer früher einmal mitteilte: es werden die Eisenbahnen so lange vermehrt werden, bis keine von ihnen über zwei Prozent bringt. Das führen auch am meisten die Actionäre der Privatbahnen und ich glaube, daß von Seiten dieser der Widerstand gegen den Übergang der Bahn an das Reich ein sehr geringer sein wird. Die Actionäre, die in einer anderen Lage sind, wie die Directionen, werden wohl zum größten Theile froh sein, eine ständig zurückgehende Rente, wenn ihnen ein annehmbares Preis geboten wird, los zu sein. Die Directionen dagegen sind in einer Lage, die ihnen keine Gesetzesgebung der Welt erlauben kann. Das sind organisch mächtige Gebilde, wie sie sich allmäßig herausgestellt haben mit einem Einkommen an Tantiemen und sonstigen berechtigten Emolumenten, wie sie in einzelnen Fällen doch auch die Postchäfer nicht bekommen, die höchst bezahlten Beamten bei uns. Sie haben daneben eine sehr große Clientel, eine sehr erhebliche Machtstellung im Staat und dann die ungeheuren Vorteile, die die Verbindung von Eisenbahnirectionen mit den Directionen anderer Industriunternehmungen, Banken, Hütten und Bergwerken gewährt. Das sind ja alles berechtigte Vorteile und diese können ihnen durch keine Gesetzesgebung erlaubt werden. Der Vorredner hat weiter gesagt, daß der Versuch noch nicht gemacht sei, einen so großen Complex von Eisenbahnen in einer Hand zu bewirtschaften. Nun, was diese Vorlage betrifft, so ist ja derselbe Versuch todo die bereits gemacht durch die preußische Regierung, welche nun diesen Complex an das Reich übergeben soll. Ob das Reich und wie weit es diesen Complex nachher vergroßern will, das haben wir hier nicht zu erörtern, das wird das Reich beschließen, wenn es sich überzeugt haben wird, daß es im Stande ist, einen so großen Complex zu bewirtschaften, ihm etwa eine ähnliche Einrichtung zu geben, wie bei der Post, die auch bei uns heut zu Tage eine größere Ausdehnung und umfassendere Verbreitung hat, von der wir uns in unserer Jugend bei der Einrichtung, die wir damals mit der Naglerschen Post bezeichneten und die wir noch dazu damals für eine höchst glänzende hielten, kaum etwas träumen ließen, und bei der wir doch deutlich alle die Meinung sind, daß hier eine ebenso ausgedehnte wie vollkommene und vorzügliche Entwicklung bereits vorhanden ist. Ich glaube, daß das Personal der Eisenbahnbeamten, die jetzt zu übernehmen sein werden, das der Postbeamten doch um wenig mehr als etwa 30 bis 50 Prozent übersteigen würde, ich kann mich in diesen Fällen irren, glaube es aber nicht, und wenn in anderen Ländern bisher ein so großer Verwaltungscomplex nicht existiert, kann uns doch eine Unzahl der Eisenbahnverhältnisse anderer Länder überzeugen, daß kein anderes Reich vor einem solchen Schritt zurückbleibt, daß sie im Gegenteil alle dasselbe Ziel erstreben, dadurch, daß sie sich ein heilsames Recht für sämmliche Bahnen stipuliert haben, und daß namentlich das französische Eisenbahnsystem keine Concession giebt, die nicht nach 90 Jahren einziehbar ist und an den Staat fällt; und ebenso ist es in Österreich und wahrscheinlich auch in Italien.

Sie alle betrachten den Zustand, den der Vorredner fürchtete, als etwas zu Extremes, was sie sich durch die Gesetzgebung sichern wollten. Das einzige Land, was in dieser Beziehung von den größeren europäischen Reichen gar keine Vorkehrung getroffen hat, ist bekanntlich England, und da sind mir von sehr einflussreichen und bedeutenden Staatsmännern anderer Länder verschiedene Befürchtungen, die jetzt zu übernehmen sein werden, das der Postbeamten doch um wenig mehr als etwa 30 bis 50 Prozent übersteigen würde, ich kann mich in diesen Fällen irren, glaube es aber nicht, und wenn in anderen Ländern bisher ein so großer Verwaltungscomplex nicht existiert, kann uns doch eine Unzahl der Eisenbahnverhältnisse anderer Länder überzeugen, daß kein anderes Reich vor einem solchen Schritt zurückbleibt, daß sie im Gegenteil alle dasselbe Ziel erstreben, dadurch, daß sie sich ein heilsames Recht für sämmliche Bahnen stipuliert haben, und daß namentlich das französische Eisenbahnsystem keine Concession giebt, die nicht nach 90 Jahren einziehbar ist und an den Staat fällt; und ebenso ist es in Österreich und wahrscheinlich auch in Italien.

Sie alle betrachten den Zustand, den der Vorredner fürchtete, als etwas zu Extremes, was sie sich durch die Gesetzgebung sichern wollten. Das einzige Land, was in dieser Beziehung von den größeren europäischen Reichen gar keine Vorkehrung getroffen hat, ist bekanntlich England, und da sind mir von sehr einflussreichen und bedeutenden Staatsmännern anderer Länder verschiedene Befürchtungen, die jetzt zu übernehmen sein werden, das der Postbeamten doch um wenig mehr als etwa 30 bis 50 Prozent übersteigen würde, ich kann mich in diesen Fällen irren, glaube es aber nicht, und wenn in anderen Ländern bisher ein so großer Verwaltungscomplex nicht existiert, kann uns doch eine Unzahl der Eisenbahnverhältnisse anderer Länder überzeugen, daß kein anderes Reich vor einem solchen Schritt zurückbleibt, daß sie im Gegenteil alle dasselbe Ziel erstreben, dadurch, daß sie sich ein heilsames Recht für sämmliche Bahnen stipuliert haben, und daß namentlich das französische Eisenbahnsystem keine Concession giebt, die nicht nach 90 Jahren einziehbar ist und an den Staat fällt; und ebenso ist es in Österreich und wahrscheinlich auch in Italien.

Wir hatten die Concordia-Mühle passirt. Der Wagen fuhr langsam durch den unergründlichen Schlamm der Straße, die sich dicht an der Donau hinzieht. Rings kein Haus, kein Licht, keine Menschenspur. Einzig schlugen die Wellen des Flusses an das Ufer, der blaße Strahl des untergehenden Mondes zitterte über ihnen.

„An dieser einsamen Stelle“, erzählte Herr Hartl, „hab' ich einmal ein komisches Abenteuer erlebt. Jetzt kann ich darüber lachen, damals hab' ich vor Wuth gezittert. Vor drei Jahren machte ich einmal Nachts allein Streifzug durch die Franzstadt. Meine einzige Waffe war der Bugogany hier, den Revolver hatte ich zufällig nicht mit. In einer Kneipe der Franzstadt füllte ich einen besonders gefährlichen Menschen auf; er wurde damals wegen Einbruchs verfolgt und ist seitdem im Zuchthaus gestorben. Er machte sich eiligst aus dem Staube, ich ihm nach. So liefen wir im Galopp die Sorfärgerga hinab bis an die Donau, dann längs des Flusses bis hither.“

„Ich bin ein sehr ausdauernder Schnellläufer, aber dem Menschen gab die Angst Flügel, er behielt stets einen Vorsprung von etwa zwanzig Schritten. — An dieser Stelle war an einem Pfosten ein einzelner Kahn angehängt, in diesen sprang der Gauner, zerschnitt blitzschnell den Strick und ruberte bis in die Mitte des Flusses. Hier hielt er an und rief mir, der ich in ohnmächtiger Wuth am Ufer auf und abließ, eine ganze Serie auserlesener Schimpfnamen zu. Ich mußte sie geduldig hinunterlachen und ruhig zusehen, wie der Kerl, nachdem er sich die Zunge heiser geschrieen, gemächlich nach der Osen Seite hinübersteuerte.“

„Halt!“ unterbrach sich Herr Hartl — der Wagen hielt.

„Hier ist das Local“, sagte Herr Hartl, als wir ausstiegen. Wir wateten dabei Fußhoch in den Schlamm.

„Wo?“ fragten wir erstaunt. Wir hielten auf freiem Felde, zur Rechten rauschte die Donau, zur Linken dehnte sich schlammiges Ackerland. Von einem Hause vermöchten wir bei dem ungewissen Scheine des Mondes nichts zu entdecken.

„Dort!“ sagte Herr Hartl, und wies mitten in das Ackerland hinein. Dort schimmerte, etwa in der Entfernung von hundert Schritten, ein hellerer Fleck. „Das sind die Wände einer Holzhütte,“ erklärte Herr Hartl. „Eine furchtbar, wüst, unheimliche Felds

einen einzigen Director zu stellen, gewissmässen einen Eisenbahndienst, die Regierung doch die Gefahr für das Staatswohl für so gross hielt, daß sie durch die Drohung, sie werde selbst verfassungsmässig bedenkliche Mittel nicht scheuen, da sie glaube, das englische Volk auf ihrer Seite zu haben, um diesen Plan zu verhindern, es durchgesetzt hat, daß die beabsichtigte Fusion unterblieb. Das also ein so eminent praktisches, auf die freiheitliche Entwicklung jedes mit der Sicherheit des Staates verträglichen Unternehmens so eiferstückige Nation, wie die englische, daß auch sie dieselbe Ueberzeugung hatte, und man sich dort nicht fürchtet vor der kolossal Aufgabe, sämmtliche englischen Eisenbahnen in Regierungsverwaltung zu nehmen, das zeigt doch, daß unser Unternehmen hier nicht ein ungewöhnliches und aufragendes ist, wenigstens nicht im Auslande dafür gehalten wird, wie der Vorredner es darstellt. Am allermeisten hat mich überrascht, was der Vorredner über die Verfassungswidrigkeit der Vorlage gesagt hat, während ich gerade geglaubt habe, als verantwortlicher Beamter für die Ausführung der betreffenden Paragraphen der Reichsverfassung Sorge zu tragen. Der Vorredner schien der Meinung zu sein, daß man diesen Weg nur einschlagen dürfe, wenn überhaupt kein anderer möglich sei; ich aber muß entscheiden den Nachweis der Verfassungswidrigkeit gerade dieses Weges fordern; aber das möchte ihm wohl schwer sein und es würde ihm auch nicht gelingen, da ja das Reich bereits einen Eisenbahndienst besitzt und vollständig befugt ist, denselben zu erweitern, wenn seine Organe im Interesse des Verkehrs oder des öffentlichen Wohls es für notwendig halten. Wenn der Vorredner meint, daß die Eisenbahnfrage in die größten Interessen des Volkes tief einziehe, so ist dies bei den Maßregeln des Reichs für die öffentliche Sicherheit noch in bedeutend erhöhtem Maße der Fall und trotzdem wird Niemand dieselben für verfassungswidrig halten.

Im Uebrigen würde ich eigentlich nach dem Eingange der Rede des Vorredners vermutet haben, daß derselbe für die Vorlage stimmen würde und ich war zu der Ansicht gekommen, daß ich mich in der Rednerliste geirrt und daß sich Herr Hasselbach gegen, Herr v. Kleist-Retzow für die Vorlage hätte eintragen lassen. (Heiterkeit.) Obwohl ich keine Aussicht habe, Sie, wie Sie über die Vorlage stimmen, durch meine Argumente zu überzeugen, so glaube ich doch, es ist eine dankenswerthe Aufgabe, dem Herrn Hasselbach seinen schweren Entschluß, für die Vorlage zu stimmen, in Etwas zu erleichtern, indem ich zwei Gründe, die er dagegen geltend gemacht, etwas näher beleuchte. Das betrifft namentlich die Sorge, daß Beschwerden über Eisenbahnunfälle, die jetzt schon ziemlich schwer zu verfolgen wären, nach dem Übergang auf das Reich gar nicht mehr auf Erfolg zu rechnen hätten. Einmal ist alles, was die Reichsgesetze berührt, dem Forum des Reichstages zugänglich, was eine Staatsverwaltung doch viel mehr zu berücksichtigen hat, als eine Privatbahn dies nötig hat, und andererseits haben wir ja ein Präcedent in der Reichspolizeiverwaltung. Ich glaube, der Vorredner wird mir in dem Bezugnis beistimmen, daß diese Verwaltung energetisch Beschwerden untersucht, und wenn sie begründet sind, Abhilfe schafft. Weshalb sollte es nicht gelingen, in der Reichsverwaltung eine ähnliche Eisenbahn-Verwaltung, eine Eisenbahn-Carriere und ein Eisenbahn-Konsort zu schaffen. Ich halte es überhaupt für einen Fehler der jetzigen Eisenbahn-Verwaltungen, daß sie meistens nicht sachmäßige Beamten haben, die nach dem Verlassen der Schule so zu sagen Eisenbahnsstudien auf einer Universität oder polytechnischen Lehranstalt machen. Wenn man behont, daß durch den Übergang preußische Interessen verletzt werden könnten, so wird dies sich ja vermeiden lassen, und wenn dies nicht von mir geschehen sollte, so wird es von dem Finanzminister mit größter Energie, Bestimmtheit und Festigkeit vertreten werden. Sollte dies aber nach Ihrer Meinung nicht begründet sein, so sind Sie vollständig in der Lage, den Vertrag zu verwerfen. Ich halte es nicht für notwendig, auf unsere principielle Stellung einzugehen; die ist ja vom Handelsminister betont und öffentlich genügend discutirt worden, so daß ich nichts Neues anführen könnte, und das möchte ich noch dem Grafen von der Lippe sagen, daß es uns absolut fern liegt, irgend eine Prüfung auf den Bundesrat oder Reichstag üben zu wollen, indem wir die Frage zuerst im Landtag zur Verhandlung bringen. Aber Diejenigen, die im Bundes- und Reichstage selbst sitzen, diese Gegner glauben das gar nicht, die sind so furchtsam gar nicht. Was sollte sich auch der Bundesrat etwa machen aus einem Beschuß des Herrenhauses oder des Abgeordnetenhauses, es kann ihm ja vollständig gleichgültig sein, wenn er die Politik nicht für richtig hält, so haben ja die Häuser gar kein Mittel, ihn zu zwingen. Noch viel thörichter wäre ein solcher Versuch der Regierung gegenüber dem Reichstage, wo zum großen Theile dieselben Personen vertreten sind, wie im preußischen Landtage, wo die leitenden Elemente im Wesentlichen identisch sind und die Idee, den Reichstag mit dem preußischen Landtage zu vergleichen, zu ängstigen, ich glaube kaum, daß dies im Reichstage von irgendemand ernsthaft genommen werden wird, daß der Herr Vorredner selber, wie er vorbrachte, sie ernsthaft genommen hat, davon bin ich bei seinem Charakter überzeugt.

Die General-Discussion wird beraus geschlossen. In der Specialdebatte zu § 1: „Die Staatsregierung ist ermächtigt, mit dem deutschen Reichsvertrag abzuschließen, durch welche 1) die gesammelten im Bau oder Betriebe befindlichen Staatsseisenbahnen nebst allem Zubehör und allen bischließlich des Baues oder Betriebes der Staatsseisenbahnen bestehenden Berechtigungen und Verpflichtungen des Staates gegen angemessene Entschädigung laufweise dem deutschen Reich übertragen werden; 2) alle Besitzungen des Staates bezüglich der Verwaltung oder des Betriebes der nicht in seinem Eigentum stehenden Eisenbahnen an das deutsche Reich übertragen werden; 3) im gleichen Umfang alle sonstigen dem Staate an Eisenbahnen zustehenden Anteils- und anderweitigen Vermögensrechte — gegen angemessene Entschädigung — an das deutsche Reich abgetreten werden; 4) ebenso alle Verpflichtungen des Staates bezüglich der nicht in seinem Eigentum stehenden Eisenbahnen vom deutschen Reich gegen angemessene Vergütung übernommen werden.“ wird

schriftliche Tour. — Dunkel ringsum. — Der Schlamm schier fußhoch. Nach fünf Minuten erst standen wir vor dem wüsten, verfallenen Baue. Kein Lichtschein, kein Ton — die Hütte schien ausgestorben.

Mächtig donnerte Herr Harrl mit seinem Buzogany an die Thüre. Sie krachte in ihren Fugen, aber nichts regte sich.

Wir standen ratlos. Da hörten wir drinnen einen schleichenen Schritt, die Riegel wurden zurückgeschoben, ein altes, schauslich zerlumptes Zigeunerweib erschien auf der Schwelle.

„Sind keine Gäste mehr da?“ fragte Herr Harrl.

„Dies Haus ist keine Schänke mehr,“ erwiderte die Alte dumpf.

„Wo ist denn Dein Herr?“

„Lodt.“

„Und Deine Frau?“

„Lodt.“

„Woran sind sie denn gestorben?“

„An der Cholera.“

Sie schlug die Thüre zu.

Wir wateten zu unserem Wagen und fuhren im dämmerigen Tageslicht zur Stadt zurück, und der Morgen graute vollends, als ich die Klingel meines Hauses, todmüde, zog.

So schloß meine Wanderung durch Pest's Verbrecherhöhlen.

C. Z. Bayreuth, 18. Mai. [Delegiertenversammlung der Richard Wagner-Bvereine.] Folgend der Einladung Meister Wagners und seines Verwaltungsrathes tagten am 15. und 16. d. M. daher die Delegierten der Richard Wagner-Bvereine, um von dem Fortgange des Werkes, das demnächst ins Leben treten wird, Kenntniß zu nehmen, und die ihnen von Seite des Verwaltungsrathes unterbreiteten Anträge zu beschließen. Vertreten waren folgende Vereine durch die nachverzeichneten Herren: Der Richard Wagner-Verein in Wien durch Nilius; Mannheim durch Emil Heckel (dieser zugleich in Vertretung des Vereines in New York); Dr. Grünfeld von Wien in Vertretung des Herrn Barons Victor von Erlanger; J. L. Hildebrand für Mainz; Wilhelm Harburger für denselben Verein; Georg Davidsohn für Berlin; Carl Rödel für den allgemeinen deutschen Musizverein, den Dresden und den Leipziger Richard Wagner-Verein; Edouard Graf Du Moulin für Regensburg; M. v. Waligand für München; Dr. Carl Wolf für den akademischen Wagner-Verein in Wien; C. W. Frisch für Leipzig; August Le Simpl für Köln; Emil Matzenheimer und Adolph Groß für den Bayreuther Verein. Für den Verwaltungsrath waren anwesend die Herren: Bürgermeister Th. Munder, Advocat Käfflein und Friedrich Feustel. — Nachdem die Herren Vertreter der Vereine im Allgemeinen von den Vorbereitungen zum Unternehmen, von der Thätigkeit des Wohnungscomite's Kenntniß genommen und den Theater-Nebau an der Hohenwart besichtigt, einigten sie sich vor Ueber-

die Vorlage vom Grafen Rittberg nochmals zur Annahme empfohlen, während Herr Wildens statt der Übertragung des Eigentums die Uebertragung der Administration der preußischen Staatsbahnen auf das Reich befürwortet.

v. Kleist-Retzow vermitte eine Auskunft darüber, ob die Eisenbahnsteuer künftig an das Reich oder an Preußen gezahlt werden solle.

Handelsminister Achenbach erwidert, daß die Entscheidung darüber noch offen gehalten sei.

Graf Udo zu Stolberg wünscht Auskunft, ob der Bau der bereits gesetzlich genehmigten Bahnen vom Reiche oder von Preußen ausgeführt werden werden.

Der Handelsminister entgegnet, dies würde vom Zeitpunkt des Ueberganges abhängen.

In einer amtlichen Abstimmung wird hierauf der § 1 mit 57 gegen 26 Stimmen angenommen. Zu den Gegnern der Vorlage gehören Gobbin, Haussmann, Wildens u. A.; dafür stimmen u. A. Hobrecht, Fürst zu Putbus, Prinz Radziwill; 3 Mitglieder (Mebissen, Lehmann und Toosbuy) haben sich der Abstimmung enthalten.

§ 2 und der ganze Gesetzentwurf wird ohne Debatte genehmigt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Einverleibung Lauenburgs, wird hierauf auf den Vorschlag des Grafen Rittberg en bloc angenommen.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Sahreiche Kleinere Gesetzentwürfe.)

= Berlin, 18. Mai. [Die Dauer der Landtagssession.

— Zu den Wahlen. — Die Concursordnung. — Neue Vorlagen.] In den Kreisen des Herrenhauses erhält sich die Ansicht, daß die Landtagssession nicht über die zweite Hälfte des Juni hinaus währen soll; unter solchen Umständen würden die mühevollen Arbeiten, denen das Abgeordnetenhaus mit Beratung des Kompetenzgesetzes und der Städteordnung entgegensteht, lediglich den Zweck haben, schätzbares Material für die Wiedereinbringung der Vorlage im nächsten Jahre zu bieten. Zur Zeit ist es aber noch sehr fraglich, welche Stellung die Regierung zu dem Sessionsschluss einnehmen möchte; eine Beratung darüber hat noch nicht stattgefunden, doch wäre es nicht unmöglich, daß die Regierung den Erwägungen, welche ihr über die lange Dauer der Session und gegenüber der wahrscheinlichen Berufung des Reichstages um die Mitte des September entgegentreten, Rechnung tragen möchte. Jedenfalls wird noch eine Vorlage über Geldbereilligung für die von Überschwemmungen u. heimgebrachten Provinzen eingebracht werden. Die Vorarbeiten für denselben sind zum Abschluß gebracht. Würde übrigens der Schluß der Session nach Entscheidung der Regierung vor dem 19. Juni eintreten, an welchem Tage das Abgeordnetenhaus nach dem Pfingstfeste wieder zusammenentreten wollte, so möchte eine nochmalige Berufung des Abgeordnetenhauses Befehl des Schlusses erfolgen müssen. Man darf daher annehmen, daß der Entschluß der Regierung vor der Vertragung erfolgen wird, welche am 1. Juni eintreten soll. — In parlamentarischen Kreisen sind in den letzten Wochen übrigens mancherlei Befürchtungen wegen Anberaumung der Neuwahlen aufgetaucht; man hält es nämlich für möglich, daß vor Ablauf der Legislaturperiode eine Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Ausschreibung der Neuwahlen erfolgen möchte, wodurch allerdings mancherlei für längere Frist berechnete Vorkehrungen gefreut werden möchten. Wir wissen nicht, wie weit diese Angaben begründet sind; jedenfalls aber ist es gerathen, mit solchen Möglichkeiten zu rechnen. — In nächster Zeit sollen im Reichstage auch die Berathungen der Commission für die Concursordnung wieder aufgenommen werden. Der Bundesrat wird, wie man hört, auch seinerseits die Berathungen so fördern, daß eine Erledigung des Gesetzes mit den übrigen Justizgesetzen in der Herbstsession des Reichstages erfolgen kann. Diese letztere wird außer den Justizgesetzen im Wesentlichen nur das Budget feststellen haben. Es wird uns wiederholt mit Bestimmtheit versichert, daß die Eisenbahnfrage in der nächsten Session den Reichstag gar nicht beschäftigen soll und auch noch fraglich ist, ob mit dem Bundesrat schon in nächster Zeit auf Grund des Gesetzes, betreffend die Uebertragung der preußischen Bahnen auf das Reich, unterhandelt werden wird. — Der Bundesrat hat bekanntlich die Einleitung eines Enquête-Versfahrens über das Patentwesen beschlossen; dem Vernehmen nach ruht die Ausführung dieses Beschlusses und wäre dieselbe erst im Spätherbst, vielleicht aber erst zu Anfang des nächsten Jahres zu erwarten. Im Weiteren soll für die nächste Legislaturperiode des Reichstages die Gesetzgebung über die Lage der Arbeiter geregelt werden. Noch immer werden die dazu von den Regierungen der Einzelsestaaten unternommenen Erhebungen fortgesetzt und im Reichskanzleramt gesichtet und zusammengestellt. Es steht eine neue Publication dieser Zusammenstellungen in Aussicht.

Berlin, 18. Mai. [Die gelösten Differenzen zwischen Bismarck und Camphausen. — Censur der Telegramme. — Aus dem Herrenhause. — Reichsjustizcommission. — Das Judengesetz. — Evangelische Jesuiten.] Die Differenzen zwischen Bismarck und Camphausen sind ausgelöscht. Den eigentlichen Grund dieser momentanen Spannung zwischen den beiden Staatsmännern bildete so zu sagen eine Etiquettenfrage, obwohl es sich um mehr als um eine solche handelte. Fürst Bismarck beabsichtigte nämlich dem Kaiser die Ernennung des Reichskanzleramts-Präsidenten Hoffmann und des Unterstaats-Sekretärs von Bülow zu Staatsministern in Vorschlag zu bringen. Diese Maßregel empfahl sich mit der Rücksicht darauf, daß der Kanzleramt-Präsident Hoffmann nicht alle Funktionen Delbrück's übernehmen sollte. Bekanntlich wird die Justizabteilung und die Abteilung für die Reichslande vom Reichskanzleramt abgezweigt und eigenen Chefs übergeben. Insbesondere aber soll das Reichs-Finanzministerium in einer Weise organisiert werden, welche das preußische Finanzministerium in dieselbe Lage versetzen würde, wie das preußische Handelsministerium zum Reichs-Eisenbahnamt. Der Reichskanzler glaubte direct dem Staatsministerium seine Dispositionen mittheilen zu soll, ohne vorher Rücksprache mit Camphausen zu nehmen. Dieser fühlte sich in seiner Eigenschaft als Vice-Ministerpräsident und Finanzminister verlebt und führte eine Auseinandersetzung herbei, die eine Rücktrittserklärung Camphausens zur Folge hatte. Es wird zwar von sonst wohl informirter Seite bestritten, daß Camphausen sein Entlassungsgesuch beim Kaiser bereits eingereicht hatte, aber dies ändert nichts an dem Tenor der nun überwundenen Krise. Daß sie ernst genug war, beweist der Umstand, daß der Reichskanzleramt-Präsident Hoffmann intervenierte und die Erklärung abgab, er würde sein Amt niederlegen, sobald der Finanzminister Camphausen aus seiner Stellung schelde. Gewiß ist, daß diese Verwicklungen zu alarmistischen Gerüchten Veranlassung gaben, die auszuüben die Börse nicht verfehlte, aber mehr als zweifelhaft ist es, ob das hiesige Telegraphenamt deshalb die Mission annehmen konnte, sich zum Sensor telegraphischer Berichte zu machen. Wir können auf das Bestimteste versichern, daß alle Telegramme über die Rücktrittserklärung Camphausens, die gestern und heute von Correspondenten, Telegraphenbüro, Bankhäusern u. c. bei der hiesigen Centralstation ausgegeben werden sollten, zurückgewiesen wurden. Ist eine partielle Ministerkrise ein Ereignis, dessen Veröffentlichung in den Provinzen eine größere Gefahr als in der Hauptstadt bietet? Haben nicht hiesige Blätter schon gestern wie heute die Differenzen im Schooße des Ministeriums signalisiert? Während des Krieges sind Telegramme über militärische Vorkommnisse abgewiesen worden, weil das Vaterland in Gefahr war, welche Gefahren sind heute vorhanden, um Polizei- und Maßnahmen dieser Art zu rechtzeitig? Wie wir hören sind auch Telegramme hier lebender Reichstagsabgeordneten zurückgewiesen worden und sie durften nicht ermangeln, Herr Stephan über die guten Dienste zu interpelliren, welche er dem Staatsministerium leistet. — Das wiederhergestellte Einvernehmen zwischen Bismarck und Camphausen hat sich in der heutigen Sitzung des Herrenhauses in offensibler Weise manifestirt. Beim Eintritt in das Haus schritt der Reichskanzler auf den Finanzminister zu und die beiden Staatsmänner schüttelten sich kräftig die Hände. Fürst Bismarck sagte im Verlaufe seiner Rede zur Reichseisenbahnvorlage, als er auf die finanzielle Seite der Frage zu sprechen kam, die preußischen Interessen wird der Finanzminister mit großer Bestimmtheit und Festigkeit wahren. — In der heutigen Sitzung der Reichsjustizcommission entschied sich die Mehrheit, wie bei der ersten Lesung des Gerichts-Verfassungsgesetzes, wiederholt nach langer Discussion bezüglich der Feststellung der Kompetenz für das Prinzip der Correctionalstraf und gegen den Antrag Punktum für Ausschluß der Reichs- und Staatsbeamten vom Amt eines Schöffen. Dem Antrag Herz auf Ueberweisung der durch die Presse begangenen Verbrechen an die Schwurgerichte ist auch für die zweite Lesung des Gerichts-Verfassungsgesetzes die Mehrheit gesichert. — Der Gesetzentwurf wegen Austritts aus den jüdischen Religionsgemeinden wird demnächst zur ersten Lesung im Abgeordnetenhaus gelangen. Es wird beabsichtigt, denselben nicht einer Commission zu überweisen, sondern so rasch wie möglich durch drei Lesungen zu erledigen. Eine freie Commission aus den jüdischen Mitgliedern des Hauses und mehreren ihrer juristischen Religionsgenossen bestehend, berathet die Vorlage. Es dürfen keine wesentlichen Änderungen an dem Entwurf vorgenommen werden. — Die Gerlach und Consorten repräsentieren nicht allein die evangelischen Interessen im Lager der Jesuiten, sondern auch im Lande (Fortsetzung in der ersten Beilage).

gäng zur Specialberatung zu folgender Erklärung, der sie die möglichst weite Verbreitung wünschen:

„Wir halten es für unsere Pflicht, über die Ergebnisse der heutigen Versammlung und über die bei unserer Anwesenheit in Bayreuth gemachten Wahrnehmungen den Mitgliedern unserer Vereine, sowie Allen, welche sich für das nationale Kunstuertnernehmen interessieren, einen kurzen Bericht zu erstatten: Der raschlosen Energie und der aufopfernden Thätigkeit unseres Verwaltungsrathes, der sich der mühevollen Aufgabe unterzog, die schöpferischen Gedanken Richard Wagners praktisch zu verwirklichen, haben wir es vor allen Dingen zu danken, daß der großen Schwierigkeiten ungeachtet, die weiten Vorbereitungen für das Werk nunmehr vollendet, und dieses selbst vollständig gesichert ist. Den Mitgliedern dieses Verwaltungsrathes im Namen aller Beteiligten den wärmsten Dank hierdurch öffentlich auszusprechen, halten wir für unsere erste Pflicht. — Weiter können wir unseren Auftraggebern die erfreuliche Mittheilung machen, daß alle Anordnungen sowohl in Bezug auf Vertheilung der Plätze im Theater und für die einzelnen Vorstellungen, als die Sicherung von Wohnungen für die Gäste und deren materielle Verpflegung während der Festtage der Art getroffen sind, daß jedem billigen Wunsche Rechnung getragen werden kann. Die Besucher der Festspiele werden den ihrer harrenden künstlerischen Genuss durch keinerlei äußere Unzuträglichkeiten beeinträchtigt sehen. — Wir knipsen aber an diese Sicherung die wiederholte Bitte: es möge Niemand eine rechtzeitige Anmeldung, weder für die Billete zu den Vorstellungen, noch für die Vormerkung auf eine Wohnung verabsäumen. Sämmliche (obengenannte) Delegirten sind bereit, solche Meldungen entgegenzunehmen, falls die Beteiligten es nicht vorziehen, sich direct an den Bayreuther Verwaltungsrath unter der Adresse des Herrn Friedrich Faustel oder des Polizeioffizienten Ulrich zu wenden. — Noch einen Punkt müssen wir erwähnen, den Richard Wagner in seiner jüngst veröffentlichten Belanntschaft macht, daß die Aufführung des Wagnerfestspiels „Der Ring des Nibelungen“ nicht eigentlich als eine theatrale Darstellung im gewöhnlichen Sinne zu betrachten sein sollte, zu welcher der Einstieg gegen Entgelt gestattet wäre; er wählte daher die Form des Patronats für die Gewinnung der materiellen Grundlage des Unternehmens. Aber neben 1000 Patronen sollten 500 weniger bemitleide Freunde der Kunst und Förderer des Werkes, sowie verdiente Musiker zu jeder der drei Aufführungen des Festspiels freien Einstieg haben. Die praktische Ausführung dieses schönen Gedankens erwies sich leider als unmöglich. Die Zahl der Plätze mußte aus bautechnischen Gründen verengt, die Zahl der Patronen aus finanziellen Gründen vermehrt werden. Indessen ist auch in dieser Richtung Fürsorge getroffen, daß die Abicht des Meisters, wenn auch nicht im vollen Umfang, so doch teilweise verwirklicht werden kann: die einzelnen Vereine sind in den Stand gesetzt, den innerhalb ihres Wirkungskreises sich fundgebenden Wünschen Genüge zu leisten. — So wären denn alle Schwierigkeiten der Vorbereitung glücklich überwunden, alle Bedenken derer zunächst gemacht, die an der Möglichkeit der Aufführung des gewaltigen künstlerischen Werkes geweischt. Wir scheiden von Bayreuth, erfüllt von dem Bewußtsein, daß auf den Grundstein, den wir am 22. Mai 1872 gelegt, die bevorstehende Tagen der Aufführung den gewaltigen Schlüstein setzen, auf daß für Gegenwart und Zukunft ein weithin leuchtendes Denkmal erstehen: Das Denkmal einer großen nationalen künstlerischen That!“

Bezüglich der am 15. d. unter dem Vorsteher des Herrn Bürgermeister Mautner stattgehabten Specialberatung der Herren Delegirten ist als besonders wissenswerte Folgendes zu verzeichnen:

Aus dem von Herrn Friedrich Faustel erstellten Rechenschaftsberichte ist constatirt worden, daß für die erste Serie der Aufführungen des Festspiels (13., 14., 15. u. 16. August, sämmtliche Plätze bereits vergriffen sind). — Rühmend gedachte dieser Bericht der Hochherzigkeit des Herrn Karl Ritter von Maissel, der ohne jegliche Gegenleistung zwei Dampfsessel für die Majadinerie des Theaters zur Verfügung gestellt hat, deren Anschaffung mit einem bedeutenden Kostenaufwand verknüpft gewesen wäre.

Aus der Discussion über die Vertheilung der Freiplätze ist Folgendes von Belang. Es war gelegentlich der Delegirten-Verbandungen vom 23. Mai 1872 ein Gesamtbilanz dabey erzielt worden, daß in einer 3 Monate vor der Aufführung anzuberaumenden Periode der Patronen und Vereinsdelegirten über diesen 500 Plätze, welche über 1000 vorhanden sein würden, Bestimmung getroffen werden sollte, in welcher Weise dieselben an unbestimmte Künstler zu vertheilen seien. Ursprünglich war die Zahl der Plätze im Parquet und in der Fürtstenloge auf 1417, die Zahl der oberhalb der Fürtstenloge sich hinziehenden Gallerieläufe auf 200 bestimmt. Daß die Zahl der Parquetplätze in Wirklichkeit auf 1344 verringernt werden müsse, findet seine Begründung in der notwendigen Vergrößerung des Orchesters. Hierdurch schon mußte sich die Zahl der Freiplätze um ein gutes Theil vermindern. Allein noch ein anderer Umstand war in Betracht zu ziehen bei der Verringerung der Freiplätze; es ergab sich nämlich die zwangsläufige Notwendigkeit, sämmtliche Parquets an Patronen abzugeben, um die zum Theil nicht vorbergegangenen Auslagen für das Unternehmen decken zu können. Richard Wagner erörtert selbst in ausführlicher Rede in der Versammlung die Gründe hierfür. Die Delegirten-Verbandung beschloß hierauf, für Freiplätze nur die 200 oberhalb der Fürtstenloge sich hinziehenden Gallerieläufe zu verwenden

(Fortsetzung.)

wird das Geschäft eifrig betrieben. So berichtet man uns aus Stein-hagen in Westfalen, daß der dortige evangelische Geistliche und königl. Schulinspector Bovermann am Buß- und Bettage in der dortigen evangelischen Kirche seine Gemeinde zum Niederknien bei einem Ge-bete aufforderte, in welches er eine Fürbitte für die bedrängten katho-lischen Bischöfe einlegte. Es ist doch fraglich, ob sich diese katholisirende Richtung mit dem Amte eines evangelischen Predigers und Schul-inspectors verträgt.

Bremen, 18. Mai. [Die Bremer Bürger-schaft] hat gestern Abend den vom Senat mit Preußen und Oldenburg abgeschlossenen Vertrag wegen der Unterhaltung der Schiffahrtszeichen auf der Unterweser abermals verworfen und den Senat ersucht, mit dem Reichskanzler über eine anderweite Regelung der Sache in Ver-handlung zu treten.

Hannover, 18. Mai. [Confiscation.] Die „D. Volkszeitung“ schreibt in eigener Angelegenheit: „Die gestrige Nummer dieses Blattes wurde wegen eines dem Berliner „Börsen-Courier“ entnommenen Artikels confischt, welcher berichtete über den in öffentlicher Gerichtsitzung gestellten Vertagungsantrag in dem Prozeß des Grafen Harry Arnim.“

München, 18. Mai. [Dr. Sigl] hat zu den Münchener Wahlen aus dem Gefängnis einen Brief an einen Freund hierher gesendet, der als ein wesentlicher Beitrag zur Charakterisierung der Partei erscheint, weshalb wir denselben, so wie er in der eben erschienenen Nr. 115 des „Vaterlandes“ abgedruckt ist, hier mittheilen:

„Lieber Freund! Ich billige vollkommen Euren Entschluß, bei den bevorstehenden Wahlen in München nicht mitzuhun. Es ist dies die einzige richtige Antwort auf die bisherigen patriotischen Leistungen und das an-mähnende kostspielige Treiben einer sich bereits allmächtig dünkenden Cäsarinenclique in München, die Alles eher im Auge hat, als das Interesse des Volkes. Der patriotische Karren ist schon allzuviel in den Sumpf geschoben, als daß ihn der glänzende Sieg noch herausbringen könnte. Im Gegen-teil! Die Kammerpatrioten würden in einem Siege in München ein Ver-trauensvotum, eine Ermußigung und Aufrückerung sezen, in ihrem bis-herigen Thun, das Niemand zur Freude sein kann, fortzufahren, und das können wir nicht wollen. Eine noch empfindlichere Niederlage als im Juli würde sie aber beleben, daß und warum sie die früheren Sympathien verloren haben und daß man Anderes von ihnen erwarten hat, — Thaten, nicht große Worte und tödliche Phrasen, die viel Geld kosten, aber keinen Nutzen bringen. Ein liberaler Sieg rebus ist stantibus ändert nichts in den Verhältnissen und schadet nichts mehr; denn der größte Optimist kann sich darüber keinen Illusionen hingeben, daß das Resultat der neuen Wahlen in München ein anderes sein könnte, als ein neuer Sieg der Liberalen. Mögen zu willenslosen Hampelmännern der Cäsarinenclique und ihren leicht-fertigen Experimenten mit der Geduld der Wähler sich diejenigen „Patrioten“ hingeben, die daran Gefallen finden; wir sind höchstlich noch nicht so weit herunter. Gruß! Dr. J. B. Sigl.“ Dieser Brief lädt erwarten, daß das „Vaterland“, sobald Herr Dr. Sigl selbst wieder die Redaktion desselben übernommen hat, recht interessant werden wird.

### Ö sterreich.

\*\* Wien, 18. Mai. [Der Empfang der Delegationen beim Kaiser. — Die Rehabilitirung Giskra's bei Hofe.] Der Telegraph beobachtete heute eine höchst merkwürdige Etiquette bei seinen Mitteilungen über den Empfang der beiden Delegationen bei dem Kaiser. Es wird uns wortgetreu die Ansprache Szlavys gemeldet und dann hinzugefügt, daß Se. Maj. dieselbe genau so beantwortet habe, wie diejenige des Präsidenten der österreichischen Delegation. Dann aber hören wir nun, daß der Monarch die cisleithanische Deputation empfangen habe, aber kein Wort von der Anrede des Präsidenten Rechbauer: dagegen wird die Entgegnung des Kaisers bei diesem Anlaß wieder gegeben. Diese Eintheilung ist um so eigenhümlicher, da sie offenbar eine wohlüberlegte ist. Denn wenn Rechbauer's Ansprache der telegraphischen Beförderung nicht würdig erachtet wurde, so war es doch einfacher und natürlicher, die kaiserliche Antwort gleich an die Ansprache Szlavys zu fügen, anstatt zu sagen: vide Rechbauer und österreichische Delegation. Es sollte also von jeder der beiden Delegationen die Rede sein, aber nicht von Rechbauer's Rede. War das eine Folge seines Eröffnungssprach und der Warnung vor „problematischen Unternehmungen“ mit unabsehbarer Tragweite im vierten Jahre des Krachs? Der offenen Erklärung, daß etwas geladen werden müsse, um die Völker vor dem „Krieg“ durch den bewaffneten Frieden zu bewahren, unter dem sie „seufzen“? Szlavay bat im voraus um Entschuldigung dafür, daß „die Anforderungen an die Wehrfähigkeit, Sicherstellung und Machtstellung der Monarchie notwendig ein schweres Gegengewicht finden in den Besorgnissen, die in uns allen austaußen ob der großen Zahl unserer unabsehblichen inneren Erfordernisse und der Ungeugtheit (...) unserer Einnahmequellen.“ Der Monarch betonte nun in der Antwort wohl seine „zuverlässliche Erwartung“, daß „das nach innen und außen gestaltete Verhältniß zu unseren Nachbaren durch ein aufrechtes Zusammenwirken die Segnungen des europäischen Friedens erhalten werde. Ja, aus dem Allnea, wonach Se. Maj. „hofft, daß die Bestrebungen der Mächte, die Pforte in dem Aufgeben der dauernden Pacification ihrer insurgenzirten Provinzen zu unterstützen, nicht erfolglos bleiben werden“ — läßt sich sogar die Erwartung herauslesen, es werde das Pacificationswerk auch ohne Intervention und Occupation gelingen. Doch schließt die Entgegnung sehr bestimmt: die Delegationen würden in den Vorlagen das Bestreben der Regierung „erkennen, alle Anforderungen auszufüllen, die nicht durch die Rücksicht auf die Wehrkraft der Monarchie geboten erscheinen“. — Eine große Freude hat Giskra erlebt, indem er bei Hofe wieder zu Gnaden angenommen ist. Ein Decret des Oberhofmeisteramts setzte ihn gestern in Kenntniß davon, daß jenes andere Decret vom 16. März 1875 aufgehoben sei, welches das ihm als Geheimrat zufommende Recht, bei Hofe zu erscheinen, in Folge seiner famosen Trinkgelder-Hymne im Prozeß gegen ihn ihm aberkannte. Wenige Tage vorher hatte Giskra in voller Geheimrats-Uniform bei Sr. Maj. Audienz. Giskra fungirte als Referent für das Kriegsbudget, das er durchwegs kennt, schon unter Schmerling im Reichstag und auch heuer spielt er wieder im Finanz-Ausschüsse unserer Delegationen eine hervorragende Rolle.

Wien, 18. Mai. [Die Antwort des Kaisers] auf die Ansprache der Präsidenten der Delegationen lautet:

„Die Versicherungen treuer Ergebenheit, welche Sie soeben an Mich gerichtet haben, erfüllen Mich mit aufrichtiger Genugthuung. Die Ereignisse im Orient haben, wie bei den befreundeten Herrschern der beiden großen Nachbarstaaten, so auch in Mir den Entschluß nur zu befestigen vermocht, das Verhältniß zwischen Unseren Reichen zu einem noch näheren und innigeren zu gestalten.“

Ich hege die zuverlässliche Erwartung, daß es diesem Verhältniß, sowie den vereinten Bemühungen der anderen europäischen Großstaaten, zu denen wir ebenfalls in freundlichsten Beziehungen stehen, gelingen werde, durch ein aufrichtiges Zusammenvirken die Segnungen des europäischen Friedens zu erhalten. Auch hoffe Ich, daß die Bestrebungen der Mächte, die Pforte in den Aufgaben der dauernden Pacification ihrer insurgenzirten Provinzen zu unterstützen, nicht erfolglos bleiben werden.“

Sie werden in den Vorlagen, welche Ihnen als das Ergebnis der Ratungen Meiner Regierungen angehen werden, das Bestreben erkennen, alle Anforderungen auszuschließen, welche nicht durch die Rücksicht auf die Wehrkraft der Monarchie geboten erscheinen.“

Indem ich dem bewährten Eisern und der patriotischen Hingabe, mit

welcher Sie sich Ihrer verfassungsmäßigen Tätigkeit unterziehen werden, vertrauensvoll entgegensehe, heiße Ich Sie auf das Herzlichste willkommen.“

### Frankreich.

○ Paris, 16. Mai. Abends. [Die Amnestiedebatte in der Deputirtenkammer. — Ergänzungswahlen. — Zu Michelet's Leichensfeier.] In der Kammer hat die Amnestiedebatte mit einer großen Rede Clemenceau's begonnen. Man glaubt bestimmt, daß Dufaure in der heutigen Sitzung von der Kammer sich ermächtigen lassen will, die Untersuchung gegen den Deputirten Rouvier einzuleiten. — Die Ergänzungswahlen für die Bureaux des Senats haben ein für die Republikaner und Reactionären gleich günstiges Resultat ergeben. Es wurden aus jeder der beiden Parteien 3 Präsidenten gewählt, während die im 1., 7. und 8. Bureau gestern vollzogenen Ernennungen aufrechterhalten wurden. — Im lateinischen Viertel ist man eifrig mit den Vorbereitungen zur Leichensfeier Michelet's, die am Donnerstag stattfindet, beschäftigt. Heute wurden die Delegierten verschiedener italienischer Universitäten hier erwartet, und man spricht davon, daß ihnen zu Ehren die Pariser Studentenschaft ein großes Banket veranstalten wird. Die Polizei hat umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen, um etwaige Demonstrationen und Ruhestörungen zu verhüten.

○ Paris, 17. Mai. [Die Amnestiedebatte in der Deputirtenkammer. — Aus dem Senat.] Die Amnestiedebatte hat gestern in der Kammer begonnen; sie bewahrt bis jetzt einen sehr gemäßigten und würdigen Charakter. Die radicale Partei beginnt jedenfalls einen Fehler, indem sie sich bei den Wahlen verpflichtete, die Amnestiedebatte aufs Tapet zu bringen; sie war mehr auf das Interesse ihrer Kandidaturen, als auf das wahre Interesse der Republik bedacht; aber ihre Redner suchen offenbar diesen Fehler durch ihre Haltung bei der Debatte gut zu machen und den in der Linken selbst entstandenen Conflict abzuschwächen. Der Abgeordnete von Montmartre, Clémenceau, der bei dieser Gelegenheit zum ersten Male auf der Tribüne erschien, eröffnete die Verhandlung. Was sich irgend zur Entschuldigung des Aufstandes der Commune sagen läßt, ist von den radicalen Blättern und Rednern oft gesagt worden, neue Argumente brachte denn auch Clémenceau nicht bei; er begnügte sich, in einer gut geordneten Rede die Widersprüche des bekannten Leblond'schen Berichts hervorzuheben. Denn, sagte er, dieser Bericht erklärt, daß die französische Landesvertretung vergessen und verzeihen muß, und schließlich spricht er sich gegen die Verzelung aus; er erklärt, daß die Amnestie keine Gefahr für das Land herbeiführen könne, und schließlich verwirft er die Amnestie; er erklärt, daß man auf das Elend so vieler Familien Rücksicht nehmen müsse, und schließlich nimmt er doch keine Rücksicht darauf — das alles blos, weil die Zeit gefehlt habe, eine richtige Formel für die Amnestie zu finden. Wenn dem so ist, so hätte man die langen Ferien benutzen müssen, diese Formel zu suchen. Um den Berichtsteller zu widerlegen, erinnert Clémenceau an die lange Reihe von Thatsachen und Begebenheiten, in denen der Ursprung der Commune zu finden, an die Politik des Kaiserreichs, welche auf die Corruption der Hauptstadt hingearbeitet hatte, an die Enttäuschungen und das Elend der Belagerungszeit, die Unzufriedenheit der Pariser mit der Regierung und dem General Trochu, die Aufregung, welche durch den Eintritt der Deutschen in Paris veranlaßt wurde. Er erinnert daran, wie die Nationalgarde die Kanonen hinwegschleppte, damit dieselben nicht den Deutschen in die Hände fielen, wie ungeschickt die Regierung es ansting, um sich wieder in den Besitz dieser Kanonen zu setzen, wie übereilt ferner die Regierung beim ersten Lärm sich aus Paris flüchtete, wie mißtrauisch die Hauptstadt gegenüber der Nationalversammlung gestimmt war, von welcher sie nur ein Ultimat auf die Republik erwartete. Des Weiteren schilderte der Redner, welche erstaunliche Zahl von Personen und Familien bei der Unterdrückung des Aufstandes betroffen worden (er schätzt die Zahl der standrechtlich und ohne jedes Urteil erschossenen auf 17,000) und zeigt, wie willkürlich bei den Prozessen der Kriegsgerichte die Verbrechen gegen das gemeine Recht und die politischen Verbrechen durcheinander geworfen wurden, wie denn in der That die Rechtskundigen selber über die genaue Unterscheidung dieser Verbrechen nicht einig. Das Alles wurde, wie gesagt, mit Ruhe und in nicht verlegendem Tone vorgetragen und folglich ruhig angehört. Jedoch nahm ein Mitglied der Rechten, de Labassetière, Anstoß daran, daß Clémenceau den Aufstand der Commune mit anderen Aufständen in Vergleich zog und dabei die Insurrection der Vendée nannte, welche ebenfalls stattgefunden, während Frankreich in einem Kriege gegen auswärtige Feinde begriffen war. Der Protest de Labassetière's wurde von der Kammer nicht zum Besten aufgenommen; aber jetzt bekämpfte ein junger republikanischer Deputirter aus den Vogesen, Lamy, den Amnestie-Untertrag, und an der Art, wie die große Masse der Linken seine Rede unterstützte, ließ sich wohl merken, daß der Ausgang der Debatte im Voraus entschieden ist. Anfangs ein wenig verlegen, sprach Lamy bald mit steigender Wärme und unter unaufhörlichem Beifall. Die Regierung bereite sich vor, von dem Gnadenrecht einen ausgedehnten Gebrauch zu machen und die Erfüllung dieses Versprechens müsse die Anhänger der Amnestie zum Schweigen bringen. Alle Verurtheilten, welche der Verzeihung würdig sind, werden in Freiheit gesetzt werden und zugleich werden die Verfolgungen aufhören, es sei denn in Betracht einiger Verbrechen, die man nicht verzeihen kann, ohne sich mitschuldig zu machen. Die Begnadigung, fährt Lamy fort, ist eine ebenso menschliche Maßregel wie die Amnestie; es besteht zwischen beiden Maßregeln jedoch ein wichtiger Unterschied: die Begnadigung tilgt die Strafe aus, während die Amnestie die Schuld aufstellt. Sollte die Amnestie sich rechtfertigen, so müsse man mindestens den Beweis von der Reue der Schuldigen haben; aber die Verurtheilten, von denen hier die Rede, sind keine reuigen Bürger; sie bewahren das Andenken und den Stolz ihres Vergehens und betrachten die Amnestie als eine Rechtfertigung, die ihnen gebliebt. Die Rede des Herrn Clémenceau selber hat nur eine Rechtfertigung der Commune zum Zweck und es ist darin Protest gegen den Aufstand zu finden (Widerspruch in der äußersten Linken), und doch war die Commune der sträflichste Aufstand, der jemals dagewesen. Die theilweise Amnestie ist nicht zulässiger, als die vollständige, denn sie würde die Frage immer offen lassen. Die Republik von 1876 muß von vorn herein zeigen, daß sie nichts mit dem Aufstand von 1871 gemein hat. Sie muß ihre Feinde wie Ihre Freunde zu wählen wissen; die Republikaner dürfen vor der Feindschaft einiger Anarchisten nicht zurücktreten, denn nur um diesen Preis werden sie die Zustimmung der ungeheuren Mehrheit im Lande haben. Das Land fühlt sehr wohl, wo die Gefahr ist; es ist gegen die Amnestie aus Erhaltungstrieb. Frankreich bedarf auch der Sympathie von Europa; es hat dieselben durch seine Mäßigung gewonnen; es würde sie verlieren durch eine Amnestie, welche nur als ein Beweis der Schwäche aufgefaßt werden könnte. Die erste Aufgabe der Republik muß es sein, die absolute Achtung vor der Ordnung und den Gesetzen zu befunden. (Anhaltender Beifall). — Hierauf ergriff wieder ein Anhänger der Amnestie, Lockroy, das Wort und

suchte zu zeigen, welchen Schaden die Auswanderung so vieler Arbeiter, welche sich der Verfolgung entziehen wollten, der Pariser Industrie gebracht habe. Auch Lockroy vermied aufstreitende Neuferungen und nach seiner Rede wurde die Debatte auf heute verlegt. Die Verhandlung, die erste eigentlich bedeutende der gegenwärtigen Kammer, hatte ein zahlreiches Publikum nach Versailles gelockt und die Tribünen waren überfüllt. Dufaure hat die Autorisation zur Verfolgung des Deputirten Rouvier noch nicht verlangt. Der Senat begann gestern die Beratung über sein Reglement, von welcher bisher nichts Bemerkenswertes zu melden, und deren Monotonie nur durch einen höchst lächerlichen Zwischenfall unterbrochen wurde. Ein Mitglied der Rechten beschwerte sich nämlich darüber, daß den Senatorn die Einladung zum Civilbegräbnis ihres Collegen Esquiro auf einem Papier mit schwarem Trauerband zugegangen sei, während diese Auszeichnung dem seligen Ricard nicht zu Theil geworden. Der Präsident d'Audiffret-Pasquier antwortete, indem er seinen Ernst beibehielt, daß er die Verantwortung für diese Unregelmäßigkeit in der That auf sich nehmen müsse und versprach, daß künftig bei allen Todesanzeigen dasselbe Papier und dieselben Lettern zur Anwendung kommen sollen. Notabene gehört der beschwerdefährende de Lareinty zu den Herren, die weder zu Ricard's noch zu Esquiro's Bestattung gegangen sind; er suchte offenbar blos ein Mittel, seine Entrüstung darüber zu äußern, daß man ihm zugemutet an einem „Civil“-Begräbnis teilzunehmen.

### Österr. Reich.

P. C. Philippopol, 12. Mai. [Zur Situation in Bulgarien.] Allmälig sammelt sich eine halbwegs ansehnliche türkische Macht in unserer Gegend. Auf Grund genauer Informationen verfügt die Regierung über 4 Bataillone Infanterie unter Selam Pascha; 4000 Mann Nizams unter Tahir Pascha, der, als Divisionär, nächstens ein Divisions-Commando übernimmt; 4 Bataillone Nizams, welche auf dem Kriegsschiff „Sultanie“ in Trapezunt eingekettet wurden und in diesem Augenblick aus Konstantinopel per Bahn hier einlangen. An Cavallerie sind im Ganzen bisher nur drei Escadronen hier eingetroffen. Das gebirgige Terrain erschwert die Wendung dieser Waffe gegen die Insurgenten. Außerdem sind drei Batterien Feldgeschütze und vier Batterien Gebirgskanonen vorhanden. Endlich ist Hafiz Pascha mit der Adrianopeler Garnison, in einer Stärke von 2000 Mann, hier eingetroffen. Da die Bataillone einen sehr schwachen Präsenzstand haben, so kann die gesamte Macht, welche zwischen Philippopol und Tatar-Bazardjif jetzt operirt, auf höchstens 10,000 Mann aller Waffengattungen veranschlagt werden. — Was die Action der Truppen betrifft, so haben seit dem 9. Mai drei Kämpfe stattgefunden, über deren Ausgang aber nichts Verlässliches zu vernehmen ist. Die Zeitungen dürfen nichts veröffentlichen, und im Wege der mündlichen Tradition vindicieren Türken wie Insurgenten sich den Sieg. Eine combinierte Bewegung dürfte erst gegen den 20. d. stattfinden, zu welchem Zeitpunkte ein neuer General en chef hier, wo sein Hauptquartier sich vorerst befinden soll, erwartet wird. Über die Insurgenten verlautet, daß die Zahl derselben sich auf 8—10,000 belaufen soll und zwei sogenannte Generäle dieselben commandiren. Im Areal-Alan sollen sie mehrere Kanonen erbeutet haben. In türkischen militärischen Kreisen wird versichert, daß man trotzdem rasch mit ihnen fertig zu werden sicher ist. — In allen Städten Bulgariens machen sich die Fremden reisefertig. In Russischuk haben sogar die meisten Consuln ihre Familien auf das rumänische Donau-Ufer in Sicherheit gebracht. Aus Sophia und von hier sind teilweise die Fremden abgereist. Der Bischof von Sophia hat alle Vorbereitungen getroffen, um sich in ein Kloster zurückzuziehen.

### Provinzial-Beitung.

Breslau, 19. Mai. [Tagesbericht.]

\*\* [Meldungen aus dem statistischen Bureau. Woche vom 7. bis 13. Mai.] Der Erdboden hat sich bereits bedeutend erwärmt, wie man aus folgenden Angaben er sieht. Die Oberfläche hatte eine Temperatur von +6,03 Gr., 25 Centim. tiefe 6,07 Gr., 50 Centim. 6,80 Gr., 125 Centim. 6,86 Gr. und 225 Centim. 6,09 Gr. — Der Dongohalt der Luft ist ein noch bedeutender geworden als in den vorangegangenen Wochen, er hielt sich durchschnittlich auf 6. — In den Standesämtern wurden notiert: 72 Eheschließungen (10 weniger als in vor. Woche). Ferner: 183 Geburten (22 weniger als in vorangegangener Woche), nämlich 104 männliche und 79 weibliche. Todgeboren: 9. — Endlich 157 Sterbefälle (genau so viele als in vorangegangener Woche), und zwar 90 männliche und 67 weibliche. Das Verhältnis zwischen den Geburten und Sterbefällen ist diesmal ein ungünstiger als in den letzten Wochen, denn die Zahl der Geburten übertragt die der Sterbefälle nur um 26, während in voriger Woche die Differenz 48 betrug. Die Zahl der Kinder, welche unter einem Jahre gestorben sind, ist diesmal eine etwas niedrigere, nämlich 54 gegen 58 in voriger Woche.

\*\* [Witterung.] Obgleich an den Tagen Pancratius und Servatius (12. und 13. Mai) auch kein Mailänder wehte, scheint die Heilige des heutigen Tages (Sara) die Ungemüthlichkeit noch mehr zu lieben als jene gefürchteten Heiligen, denn auf unserer Sternwarte notierte man am heutigen Morgen nur +0,3° R. und Nord-Ost 3, wahrläufig Witterungsangaben, die uns lebhaft in den Februar verzeihen. — Auch auswärts scheint nicht besseres, ja noch schlechteres Wetter zu herrschen. „Nachdem es hier, so schreibt man aus Kainburg (Oberkain), durch 14 Tage gereget hat, schneit es seit 24 Stunden ununterbrochen. Felder und Wiesen sind einen halben Schuh hoch vom Schnee bedeckt und die Äste der Bäume brechen unter der Last des Schnees. In Kronau und Tarvis schneit es schon seit vierzehn Tagen. — Auch aus Laibach berichtet man, daß es dort schneit wie mitten im Winter.“

Nachricht: Von Breslau wird man jetzt — 6½ Uhr Abends — das Gleiche berichten können. Die Schneeflocken treiben lustig herum in der holden Mailust!

△ [Gültigkeitsdauer] der Retourbillets auf den Schlesischen Eisenbahnen. Bei der Verschiedenheit der Gültigkeitsdauer der Retourbillets an den einzelnen Bahnen dürfte es bei Beginn der Reise-Saison angebracht sein, die Bestimmungen der einzelnen Verwaltungen zu recapituliren. — Außer Königlich Niederösterreichisch-Märkischen und Gebirgs-Bahn gelten sämmtliche Retourbillets im Localverkehr, sowie im directen Verkehr der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn 3 Kalender-Tage. Die Verwaltung der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn gibt im Local-Verkehr Retourbillets mit 24-stündiger Gültigkeit aus; bei welchen vom 15. Juni ab der Tag der Rückung mit eingerechnet wird. — Im directen Verkehr letzterer Bahn und zwar von den Stationen Königszelt, Frankenstein, Gnadenfrei, Reichenbach, Schweidnitz, Striegau, Jauer nach der Station Frankfurt via Rieppen haben die Retourbillets 5 Tage Gültigkeit. Von den anderen Stationen der beiden Bahnen werden vom 15. Juni directe Retourbillets nur mit 24-stündiger Gültigkeit ausgegeben. Bis zu diesem Zeitpunkt behalten die directen Retourbillets ihre 24-stündige Gültigkeitsdauer. — Die Oberschlesische Eisenbahn hat bis zum 1. Juli auf längere Entfernung Retourbillets mit 24-stündiger, auf größere Entfernung solche mit 24-stündiger Gültigkeit. Vom 1. Juli ab werden jedoch sämmtliche Retourbillets nur 2 Tage Gültigkeit besitzen. Eine gleiche Bestimmung betrifft die im directen Verkehr zwischen der Oberschlesien und Freiburger Eisenbahn via Frankenstein zur Ausgabe kommenden Retour-Fahrbillets. — Die Rechte-Döber-Ufer-Eisenbahn verausgabt a. im Verkehr von Breslau (Mohorn) und den Stationen Brossowbla bis incl. Dziedz und b. im Verkehr zwischen Oppeln und den Stationen Tarnowitz bis Dziedz Retourbillets, welche bis

1. Juli den Tag der Lösung und 4 folgende Tage gelten, c. im Verkehr der Stationen Breslau und den Stationen Hundsfeld bis incl. Mischline bis 1. Juli Retourbillets mit Gültigkeit für den Tag der Lösung und den folgenden Tag. Von 1. Juli jedoch ist die Gültigkeit bei den Verleihen ad a und b auf 2 Kalenderstage, ad c auf einen Kalendertag herabgesetzt. — Die Retourbillets berechtigen auf allen Bahnen zur Benutzung der Courier- und Schnellzüge und nur die Rechte-Oder-Ufer-Bahn hat die Benutzung der Retourbillets bei den Schnellzügen 1—6 im Verkehr zwischen Breslau einerseits und Hundsfeld, Bohrau, Sibyllenort und Oels anderseits ausgeschlossen; wogegen die Fahrt in diesen Zügen auf Grund von Tagesbillets im Verkehr Breslau und den über Oels hinausgelegenen Stationen gestattet bleibt.

\* [Personalien.] Ernannt: Der Ger.-Assessor Georg Meß zu Reetz zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Landeshut. Die Referendarien Georg Thiele, Paul Faulhaber und Bruno von François zu Breslau zu Gerichts-Assessoren. Die Rechts-Candidaten Carl Deesler und Franz Kundi zu Breslau zu Referendarien. Der Secretär und Depositall-Kassen-Rendant Tiebach zu Frankenstein. Der Bureau-Dicarius Rudolph Böse zu Habelschwerdt zum Bureau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Wohlau, mit der Funktion bei der Gerichts-Commission zu Wohlau. Der invalide Vice-Feldwebel Heinrich Egon zu Breslau zum Bureau-Gehilfen bei dem Kreisgerichte zu Breslau. Der Wachtmeister Hugo Kunze zu Streblen zum Bureau-Dicarius bei dem Kreisgerichte zu Breslau. Der Bezirkstheilnehmer Hermann Kutschel zu Luchel zum Bureau-Gehilfen bei dem Kreisgerichte zu Jauer. Der frühere Sergeant Robert Wendrich zu Schweidnitz zum Bureau-Gehilfen bei dem Stadtgerichte zu Breslau. Der invalide Wachtmeister Rudolph Scholz zu Breslau zum Bureau-Gehilfen bei dem Kreisgerichte zu Habelschwerdt. Der Civil-Supernumerarius Emil Schie zu Frankenstein zum Bureau-Dicarius bei dem Kreisgerichte zu Habelschwerdt. Der Civil-Supernumerarius Paul Popp zu Friedland zum Bureau-Dicarius bei dem Kreisgerichte zu Oels. Der Civil-Supernumerarius Carl Miklos zu Breslau zum Bureau-Dicarius bei dem Stadtgerichte zu Breslau. Der Stadtgerichts-Hilfs-Cexcutor Hermann Mühlbrot zu Breslau zum Boten und Cexcutor bei dem Kreisgerichte zu Wohlau. Der Stadtgerichts-Hilfs-Cexcutor Carl Most zu Breslau zum Boten und Cexcutor bei dem Kreisgerichte zu Ohlau. Der invalide Gefreite Ernst Frey zu Namslau zum Hilfsboten und Hilfs-Cexcutor bei dem Stadtgerichte zu Breslau.

Bereift: Der Kreisrichter Krug zu Wreschen an das Kreisgericht zu Breslau. Der Kreisrichter Hannemann zu Mittenwalde an das Kreisgericht zu Waldenburg. Der Kreisrichter Schiller zu Wanzen als Rechtsanwalt und Notar an das Kreisgericht zu Suhl. Die Gerichts-Assessoren Georg Thiele und Paul Faulhaber zu Breslau als Kreisrichter an das Kreisgericht zu Beuthen O.S. Der Gerichts-Assessor Max Thielmann aus Breslau als Staatsanwalts-Gehilfe an die Staatsanwaltschaft des Stadtgerichts zu Berlin. Der Referendar Paul Freyberg zu Hirschberg in das Departement des Appellationsgerichts zu Cassel. Der Referendar Eugen Kallowski zu Breslau in das Departement des Appellationsgerichts zu Glogau. Der Referendar Georg Anton zu Oels in das Departement des Kammergerichts. Der Calculator Mai zu Frankenstein als Geheimer Calculator in das Justizministerium. Der Calculator Seile zu Polnisch-Wartenberg an das Kreisgericht zu Breslau. Der Bureau-Dicarius August Rother zu Waldenburg an das Kreisgericht zu Striegau. Der Gefangenewärter Benedict Hoffmann zu Brieg an das Kreisgericht zu Poln.-Wartenberg. Der Bote, Cexcutor und Gefangenewärter Wilhelm Knott zu Schmiedeberg als Bote und Cexcutor an das Kreisgericht zu Schweidnitz.

Ausgeschieden auf eigenen Antrag: Der Stadtrichter Freytag zu Breslau.

Beförder: Der Secretär 2. Kl. Hybok zum Secretär 1. Kl. Die Bureau-Hilfsarbeiter Klein, Hartung, Göttinger, Junge und Hoffmann zu Secretären 2. Kl. — Pensionirt: Der Schuhmann Eckert vom 1. Mai c. ab. — Ausgeschieden auf eigenen Antrag: Der Schuhmann Nabrat am 1. Mai c.

Angestellt: Der bisherige Locomotivführer Paul Poppe zu Breslau definitiv als solcher.

Ernannt: Der Betriebs-Secretär Bason in Breslau definitiv. Die Bureau-Assistenten Barth, Haule, Heidingsfeld, Böhme in Breslau zu Betriebs-Secretären. Der Stations-Assistent Laube in Breslau zum Exped.-Expedienten. Der Bodenmeister-Assistent Bauch in Breslau zum Bodenmeister. — Bereift: Die Betriebs-Secretäre Geisler von Katowic nach Breslau, Fiedler von Streblen nach Görlitz, Naumann von Wohlau nach Breslau. Der commissarische Stations-Assistent Fischer von Breslau nach Katowic. Die Telegraphisten Kräbahn von Samter als commissarischer Stations-Assistent nach Breslau, Schmidt von Brieg nach Breslau, Marlewicz von Ottmachau nach Brieg. Die Güter-Expedienten Schönert von Kosten nach Breslau, Seidel von Gogolin nach Breslau, Kolbe von Breslau nach Gogolin. Der Wagenmeister Dittrich von Breslau nach Mittenthalde. Der Locomotivführer Thomczyk von Thyslowitz nach Breslau. — Pensionirt: Der Kademeister Laube in Breslau.

[Landesherrlich genehmigt:] Für die evangelische Kirche in Freiberg, Kreis Schweidnitz, die Annahme einer Schenkung von 6000 Mark, welche derselben von den Erben des verstorbenen Rittergutsbesitzers Couard von Kramla auf Muhrau, der Frau Gutsbesitzer Anna von Wietersheim, geb. von Kramla, und dem Fräulein Marie v. Kramla gemacht worden ist.

\*\* [Vacante städtische Ehrenämter.] In nächster Zeit werden für nachstehend bezeichnete städtische Ehrenämter Wahlen vollzogen werden: 1) Vorsteher-Stellvertreter im Sandbezirk (bisher Kaufmann Convisor), 2) zwölf Mitglieder der Commission zur Ermittlung des kriegsdiensttauglichen Pferde-Bestandes resp. zur Abhaltung der Musterung des Pferde-Bestandes, sowie von 12 Stellvertretern derselben; 3) Schiedsmann für den Regierungs-Bezirk (bisher Glasermeister Strad); 4) Curator der ev. höheren Bürgerschule Nr. II. (bisher Stadt Meineke); 5) Vorsteher für die Clementarschulen a) evangelische Nr. 1—28, 32—35, 37—46 und b) katholische Nr. I.—XVIII. — Vorschläge aus dem Schoole der Bürgerschaft sind an die Wahl- und Verfassungs-Commission der Stadtverordneten zu richten.

\*\* [Theodor Dörsner's Grabdenkmal.] das seine Freunde ihm errichtet, wird Montag, den 22. d. M., Nachmittags 5 Uhr, auf dem St. Bernhardin-Kirchhof an der Ohlauer Chaussee feierlich eingeweiht werden. Die Freunde und Verehrer des Verstorbenen werden sicherlich zahlreich dem Acte beiwohnen.

\*\* [Herr Feldermann] wird nächste Woche mit seinem Sohne hier eintreffen, um Donnerstag (Himmelfahrtstag) interessante Versuche mit seinem Schwimm-Apparate dem hiesigen Publikum vor Augen zu führen. Diese Schwimm-Apparate sind von dem bekannten Capitän Boyton erfunden und von Herrn Feldermann verbessert worden. Der Apparat ist aus starkem Kautschuk gesertzt und hat die Aufgabe, den Körper trocken, warm und schwimmend zu erhalten, um dem Schiffbrüchigen zu gestatten, auszudauern, bis er Rettung findet. Der Habit ist für das Wasser undurchdringlich. Der Körper in ihm kann weder sinken, noch vor den Wellen nach unten geworfen werden. Der Körper muss vielmehr auf dem Rücken schwimmen, die Fortbewegung aber kann nach jeder beliebigen Richtung hin entweder durch eine mäßige Bewegung der Arme oder durch ein Ruder, ein Segel, sogar durch einen aufgespannten als Segel benutzten Regenschirm bewirkt werden. Herr Feldermann und dessen Sohn werden auf dem Wasser alle diese Manipulationen: im Wasser liegend, sitzend, stehend, gehend, mit und ohne Ruder schwimmend, durchmachen. — Man muss gestehen, daß das Programm interessant genug ist, um recht viele Zuschauer anzulocken.

\*\* [Freischießen.] Das vom hiesigen Schützenkorps veranstaltete Freischießen endigte nach fünfziger Dauer gestern Nachmittag. Außer den hiesigen hatten sich Schützen und Schießfreunde beteiligt aus: Bojanow, Brieg, Frankenstein, Gr.-Glogau, Görlitz, Habelschwerdt, Sauer, Legnitz, Ludwigsdorf bei Neurode, Mittenwalde, Münsterberg, Neustadt, Oels, Ohlau, Oppeln, Reichenbach und Striegau. Geschossen wurde auf 3 Ständen nach Stich- und Zirkelscheiben. Auf ersteren erhält der beste Schuß die erste Prämie, auf letzteren die meistens Zirkel. Distance: 180 Meter. Nach den Stickscheiben wurden im Ganzen 7213 Schüsse, nach den Zirkelscheiben 1659, im Ganzen also 8872 Schüsse abgegeben. Bei den Stickscheiben wurden an Schles.-Einlagen (à Schuß 30 Pf.) eingezahlt: 2163 M. 90 Pf.; bei den Zirkelscheiben (die Lage, 3 Schuß, à 1 Mark) 553 Mark, zusammen also an Schles.-Einlagen: 2716 M. 90 Pf. Bei den Zirkelscheiben waren die besten Schüsse: 1) Herr Billard-Fabrikant Wahnsner aus Breslau mit 69 Zirkel, Prämie 44 Mark; 2) Herr Brauereibesitzer Beyer aus Breslau mit 68 Zirkeln, Prämie 39 M., 3) Herr Büchsenmacher Härtel aus Breslau mit 67 Zirkeln, Prämie 35 M. Die nächstbesten 4 Schüsse waren ebenfalls Breslauer. Bei den Stickscheiben waren die besten Schüsse: 1) Herr Restaurateur Walter aus Görlitz, Prämie 123 M.; 2) Herr Gamaschen-Fabri-

kant Seifert aus Breslau, Prämie 115 M.; 3) Herr Bäckermeister Kühn aus Breslau, Prämie 107 M. — Interessant war die Ermittlung der besten Schüsse durch eine Maschine aus Wien. Während die Manipulation mit Pflock und Zirkel sehr lange Zeit in Anspruch nahm, zeigt die Uhr an dieser sehr schnell konstruierten Maschine binnen einer Minute die Entfernung des Mittelpunktes der durch die Kugel gemachten Öffnung von dem Mittelpunkte der Scheibe bis auf den 0,005 Centimeter an.

+ [Die Zahl der Masernkranken] betrug gestern, am 18. Mai, 1368. Zugang 87 Personen.

B. [Breslauer Concerthaus.] Bei unserem gestrigen zweiten Besuch dieses Locals überzeugten wir uns sofort, daß Seitens der Bäcker des selben die in unserem Referat über den Besuch am Sonntag, gerügten Uebelstände ebenfalls gefüllt worden sind und daß die Herren Klinke und Comp. baldigst Abbisse zu schaffen suchen. An beiden Eingängen zur Bühne sind große Plakate angebracht, welche lauten: „Im Interesse des geehrten Publikums wird eben so höflich als dringend gebeten, daß Bewerben der Bühne zu unterlassen. Klinke und Comp.“ Die Vorstellung des „Geschundenen“ ging in der That vorüber, ohne daß nur ein Einiger der zahlreich Anwesenden geworfen hätte. Ebenso unterdrückt beide Local-Inhaber jedes nur auf Skandal machen berechnete Auftreten.

=sp= [Für Einweihung] der durch den Gastwirth Walter übernommenen Vocalitäten „Neuboland“ am Weidendamm war gestern der Saal durch den Decorateur Rossmann auf die geschmackvollste Art unter reicher Anbringung von Fahnen, Emblemen und Guirlanden in einen chinesischen Tempel umgewandelt. Die Einweihung selbst wurde von ca. 200 geladenen Gästen durch Souper und Ball, wozu die Hausskapelle muntere Weisen aufspielte, gefeiert. Herr Emil Guttmann hielt eine entsprechende Rede, in welcher er auch den früheren Besitzers, des Veteranen Bubed, freundschaftlich gedachte.

+ [Verirrtes Mädchen.] Gestern Nachmittag hat sich zu der Adolstrasse Nr. 13 wohnhaften Steindruckersfrau Philipp ein 2½ Jahr altes blondes Mädchen eingefunden, welches über den Namen und die Wohnung seiner Angehörigen keine Auskunft zu geben vermochte. Das erwähnte Kind, welches mit grauem Rücken und schwarzer Jade bekleidet ist, kann bei der genannten Adresse abgeholt werden.

B. [Versuchter Selbstmord.] Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr schoß sich in der Nähe des „Bergkellers“ ein anständig gelebter Mann vermittelst eines Revolvers in den Kopf. Ein berbeigeholter Schuhmann sorgte vermittelst einer Drosche für die Überführung des Verletzten nach dem Kloster der Barnbergeren Brüder. Bei der hier stattfindenden ärztlichen Untersuchung wurde festgestellt, daß die an der Stirn eingedrungene Kugel einige Centimeter tief im Kopf saß, trocken war der Verletzte vollständig bei Besinnung geblieben und gab seine Personalien dahin an, daß er der Dr. med. D. aus Wölfe-Waldendorf, Kreis Waldenburg, und im Alter von 57 Jahren sei. Ueber die Motive zur That ließ er sich nicht in bestimmter Weise aus und scheint Schmerz die Veranlassung zu sein.

+ [Polizeiliches.] Aus der in den Kellerräumen des Hauses Hummeli Nr. 13 belegenen Restaurationsküche wurde gestern dem dortigen Besitzer 30 Mark baates Geld gestohlen. — Einer Hirschstraße Nr. 80 wohnhaften Witwe wurden gestern verschiedene Bettwäsche im Werthe von 14 Mark gestohlen. — Einem auf der Gabitzstraße wohnhaften Malermeister sind in den letzten Tagen aus seinem Klingelgasse Nr. 3 belegenen Grundstück aus dritter Kaltgrube ca. 20 Tonnen gelöster Kalt im Werthe von 80 Mark entwendet worden. — Verhaftet wurde ein Schlossergeselle, welcher gestern aus einer Schuhwarenbude am Ringe ein paar Stiefel entwendet hatte.

s. Waldenburg, 18. Mai. [Gewerbevereins-Sitzung. — Neben-Sparkasse.] Gestern Abend fand eine Sitzung des Gewerbevereins statt, an welcher Frauen und Töchter von Vereins-Mitgliedern teilnahmen. Zunächst gedachte der Vorsitzende, Buchhändler Reit, des vor Kurzem durch den Tod abberufenen Ehren-Präsidenten des Vereins, des Kaufmanns und Gutsbesitzers Hayn ia Hemsdorf. Die Anwesenden ehnten das Andenken an den Entdecker durch Erheben von den Blättern. Sodann hielt ein Vereinsmitglied einen Vortrag über das Sonnensystem, welcher durch Bilder mit einem von dem Central-Vorstande zur Verfüzung gestellten Scipticon erläutert wurde. — Das Directorium der Oberlausitzer Provinzial-Sparkasse hat in hiesiger Stadt eine Neben-Sparkasse errichtet und die Verwaltung derselben dem Bankagentur-Vorsteher Neuseifl übertragen. Bei der bezeichneten Neben-Sparkasse wird jede Einlage von 1 Mark ab angenommen, an Zinsen gegenwärtig 3½ Prozent gewährt und das eingezogene Geld in gewöhnlichen Zeiten auf Verlangen, der Regel nach auch ohne die statutäre Hälfte auszufordern. — Verhaftet wurde ein Schlossergeselle, welcher gestern aus einer Schuhwarenbude am Ringe ein paar Stiefel entwendet hatte.

o. Trebnitz, 18. Mai. [Bauliches.] Auch in diesem Jahre sind neben dem Ausbau einiger in der vorjährigen Bauperiode unvollendete gebliebene Häuser mehrere Neubauten in Angriff genommen und erscheint unser Marktplatz insbesondere durch die an Stelle zweier alten, sogenannten Lauben“ aufgeführten städtischen Häuser eine ihm sehr zu wünschende Verschönerung. Möchte nur über mit diesem äußerem Wachsthum der Stadt auch das der Bevölkerung Schritt halten, damit dem „sogenannten Wohnungsbau“ eine im Interesse der Hausbesitzer notwendige Grenze gesetzt würde. Die hiesige Stadt durfte Pendanten, Rentiers c. als Außenhaltestorte nicht nur seiner wirklich schönen Lage resp. Umgegend halber, sondern vielmehr noch in erster Reihe ihrer überaus günstigen sanitären Verhältnisse wegen unbedingt empfohlen werden.

— b. Lipine, 17. Mai. [Verschiedenes.] Jemand, der ein fühlend Herz für die leidende Thierwelt hat, wird es freuen, daß den auf der hiesigen Rohdahn fast täglich sich erneuernden Mißhandlungen der Pferde endlich ein Ziel gezeigt ist. Die Schlesische Actien-Gesellschaft für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb lädt nunmehr nicht nur sämtliche, für den Hüttenbetrieb erforderlichen Kogeln und Erze durch ihre Maschinen auf die Hüttenplätze fahren, sondern auch die be- und entfrachten Waggons rangieren, so daß die Benutzung von Pferden sehr reduziert worden ist. Weitere Umbaue der Schienennetze und die Anschaffung einer dritten Maschine berechtigen übrigens zu der Hoffnung, daß in Kürze von der thierischen Kraft auf den Straßen und Hüttenplätzen gänzlich abgesehen werden wird. — Die jüdischen Bewohner unseres Ortes, deren Kinder unsere Hütten-Knappiwaß-Simultan-Schule und die katholische Schule zu Chropaczow besuchen, aber keinen Religionsunterricht genießen, beabsichtigen den 1. Juni c. eine jüdische Privatschule zu eröffnen, nachdem eine geeignete Lehrkraft für dieselbe gewonnen ist. Das Gehalt dieser Stelle beträgt bei freier Wohnung und Feuerung vorläufig 1350 Mark p. a.

— b. Lipine, 17. Mai. [Verschiedenes.] Jemand, der ein fühlend Herz für die leidende Thierwelt hat, wird es freuen, daß den auf der hiesigen Rohdahn fast täglich sich erneuernden Mißhandlungen der Pferde endlich ein Ziel gezeigt ist. Die Schlesische Actien-Gesellschaft für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb lädt nunmehr nicht nur sämtliche, für den Hüttenbetrieb erforderlichen Kogeln und Erze durch ihre Maschinen auf die Hüttenplätze fahren, sondern auch die be- und entfrachten Waggons rangieren, so daß die Benutzung von Pferden sehr reduziert worden ist. Weitere Umbaue der Schienennetze und die Anschaffung einer dritten Maschine berechtigen übrigens zu der Hoffnung, daß in Kürze von der thierischen Kraft auf den Straßen und Hüttenplätzen gänzlich abgesehen werden wird. — Die jüdischen Bewohner unseres Ortes, deren Kinder unsere Hütten-Knappiwaß-Simultan-Schule und die katholische Schule zu Chropaczow besuchen, aber keinen Religionsunterricht genießen, beabsichtigen den 1. Juni c. eine jüdische Privatschule zu eröffnen, nachdem eine geeignete Lehrkraft für dieselbe gewonnen ist. Das Gehalt dieser Stelle beträgt bei freier Wohnung und Feuerung vorläufig 1350 Mark p. a.

Geschiebung, Verwaltung und Rechtspflege.

s. Breslau, 19. Mai. [Criminal-Deputation. — Preßprozeß.] Heute stand wiederum der verantwortliche Redakteur der „Schlesischen Volkszeitung“, Herr Clemens Otto, vor dem Strafrichter. Sein Sündenregister wegen Preßvergehen bejährt sich jetzt schon auf sieben Vorstrafen. — Gegenstand der Anklage waren die § 110 (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze) und § 185 (Beleidigung).

In der Nr. 60 der „Schles. Volkszeitung“ erschien unter dem Datum des 14. März ein Leitartikel, überzeichnet: „Warum können wir zur Ausführung der Kirchengesetze nicht mitwirken?“ Der in Rede stehende Artikel ist ein Auszug aus der in Mainz unter gleichem Titel erschienenen Brochüre des Bischof v. Ketteler. Nachdem die Einleitung der genannten Schrift weitestgehend cürsig worden, wird erwähnt, daß die Gedanken der erwähnten Schrift sich in 6 Punkte zusammenfassen lassen, welche dann auch bald darauf angeführt werden. In einer dieser Stellen findet die Anklage das im § 110 vorgegebene Vergehen. Ferner enthält die Nr. 65 der erwähnten Zeitung, welche Sonntag, den 19. März 1876, erschien, einen Artikel, überzeichnet: „Görlitz, 17. März. (Ein Bericht mit lustigem Anfang und ernstem Finale).“ In diesem Artikel wird in humoristisch-lächerlicher Weise die amtliche und außeramtliche Tätigkeit des dortigen Pfarrers Bischel zum Gegenstand der Bezeichnung gemacht. Herr Pfarrer Bischel hat den Strafantrag gestellt, und begegnet die Anklage, daß seine Anführungen nicht erweislich wahr und beleidigend für den Antragsteller sind. Herr Staatsanwalt Dr. Eisemann beantragt mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten und die allgemeine staatsfeindliche Haltung der von ihm redigierte Zeitung auf 3 Monate Gefängnis zu erkennen, dies aber auf eine Gesamtstrafe von 5 Monaten Gefängnis zu ermäßigen. Herr Otto will nicht strafbar sein § 110 verlonge ausdrücklich, daß zum Ungehorsam der Gesetze aufgeforderd werde.

Was die zweite Anklage betrifft, so werde ihm der Vorwurf gemacht, die von dem Görlitzer Pfarrer Bischel behaupteten Thatsachen seien unwahr. Die Anklage wurde aber nur aus § 185 erhoben, deshalb beantragt der Angeklagte, diese Sache zu vertagen, weil er für die einzelnen Behauptungen den Beweis der Wahrheit durch Zeugen erbringen will. Formell finde er keine Beleidigung in dem Artikel, derselbe sei gegenüber den vielen Lobreden der liberalen Blätter für Herrn Pfarrer Bischel zur Kennzeichnung der Stellung

der sogenannten „renitenen katholischen Geistlichkeit“ und „im Interesse der katholischen Presse“ geschrieben. Bei Nennung der Zeugen beantragt Herr Otto den Ausschluß der Zeugenbefragung. Der Gerichtshof beschließt demgemäß und können wir deshalb nur noch mittheilen, daß die Beweisaufnahme abgelehnt und Herr Otto wegen beider Artikel zu einer Gesamtstrafe von 2 Monat Gefängnis verurtheilt wurde. Gleichzeitig ist die Verurtheilung der Artikel, sowie der zu ihrer Herstellung nothwendigen Formen und Blättern ausgesprochen, auch dem Herrn Pfarrer Bischel zu Görlitzendorf das Recht zuerkannt, den Tenor des Erkenntnisses einmal in der „Schles. Volkszeitung“ und zwar unter „Locales und Provinzielles“ zu veröffentlichen.

## Handel, Industrie &c.

4. Breslau, 19. Mai. [Von der Börse.] Die Festigkeit der gestrigen Börse verlor sich auf die heutige nicht zu übertragen; dieselbe trug eine sehr reservirte Haltung zur Schau, die Course stellten sich meist niedriger, das Geschäft war von geringem Belange. Creditationen eröffneten zu 225, stiegen auf 226 und schlossen zu 224, 1½ M. unter der gestrigen Notiz. Lombarden waren wenig verändert, Franzosen 4 M. niedriger. Einheimische Werthe sehr still bei wenig veränderten Coursen. Von Baluten war russische 1 M., österreichische 25 Pf. höher.

Breslau, 19. Mai. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 1000 Kilogr.) höher, gel. — Et. pr. 157 Mark Br., 156 Mark Od., Mai-Juni 154 Mark Br. u. Od., Juni-Juli 153—154 Mark bezahlt. Juli-August — September-October 156 Mark Br.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Et. pr. lauf. Monat 198 Mark Br., Mai-Juni — Juni-Juli 200—201 Mark bezahlt. September-October — September-December 197 Mark Br.

Hafers (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Et. pr. lauf. Monat — Markt Br.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Et. pr. lauf. Monat 202 Mark Br.

Mäböl (pr. 100 Kilogr.) fest, gel. — Et. loco 66 Mark

Die Reichsverwaltung werde vielmehr auf dem im nächsten Jahre zu Paris stattfindenden Postkongress den jetzt bestehenden Unterschied zwischen innern deutschen und dem internationalen Tarife zu beseitigen suchen, aber nicht in dem von der Handelskammer gewünschten Sinne, sondern in der Richtung, daß für den Warenprobverbund im internationalen Verkehr die Minimalzölle entsprechend erhöht werde.

Die Kammer betrachtet die Sache hierdurch als erledigt.

Zählgebühr für Stückgüter. In Bezug hierauf erwidert die Direction der Oberschlesischen Eisenbahn, daß dem Antrage der Handelskammer entsprechend bereits in dem seit 1. Juli 1874 gültigen Nachtrage zu ihren Locatarifen die Zählgebühr auf 1 Markpfennig pro Stück festgesetzt ist. Sogenotheilte die Direction der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn unter Überlegung des am 1. April c. in Kraft getretenen Nachtrages III. mit, daß auch in diesem die zu Gebühr auf 0,01 M. pr. Stück festgestellt worden ist. — Auch diese Angelegenheit ist hiermit erledigt.

Tarife der Polen-Greuburger Bahn. Die Direction der Posen-Greuburger Eisenbahn teilt mit, daß sie, um den Wünschen des bieharen Kaufmannstandes nachzukommen, sich mit der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn in Verbindung gesetzt und diese den Verkauf der Tarife der Polen-Greuburger Bahn übernommen habe. Die Tarife selbst sind bei der Stationsstelle Breslau-Stadtbahnhof zu haben. — Die Kammer nimmt hiervom Kenntnis.

Dringlichkeits-Depeschen. Die Handelskammer hatte den Schwesternkammern mitgetheilt, daß sie bei der kaiserl. General-Telegraphen-Direction die Ausrichtung der Dringlichkeits-Depeschen vom Börseverkehr resp. die Belastung der Börsendepeschen mit dem Dringlichkeitsvermerk mit einem dreifachen Gebührensatz beantragt habe. Hierauf erwidert die Handelskammer zu Frankfurt a. M., daß sie einen Erfolg nicht voraussehen könne und die Sache deshalb auf sich beruhnen lassen wolle. Das Börseverkehrsamt zu Bremen hat in der Einführung der Dringlichkeits-Depeschen bisher keinerlei Unanträglichkeiten gefunden und kann sich der Petition nicht anschließen. Die Handelskammer in Hamburg würde sich einer Bewegung für Aufhebung der Dringlichkeits-Depeschen im internen Verkehr gern anschließen, auf eine Unterstützung des partiellen Antrages hiesiger Kammer kann sie nicht eingehen.

Commerzienrat P. G. Friedenthal bemerkt auf eine Anfrage des Consuls Molinari, daß von den Dringlichkeits-Depeschen im Börseverkehr bereits ein sehr ausgedehnter Gebrauch gemacht werde. Ob dadurch anderen Interessenten Nachtheile erwachsen, lasse sich nicht nachweisen.

Dr. Gras erinnert daran, daß die Absicht bereits vorgelegen habe, sämliche Börsendepeschen nur als dringliche zu behandeln. Tatsächlich würden gegenwärtig bereits fast alle Börsendepeschen mit dem Dringlichkeitsvermerk versehen.

Die Kammer nimmt von weiteren Schritten Abstand.

Eisenbahnenreformfrage. Die Verkehrs-Commission hat im Auftrage der Kammer diese Frage weiter ventiliert und beobachtigt, derselben ihre Anfichten in einer auszuarbeitenden Denkschrift niedergelegen, für welche nachstehende Resolutionen als Grundlage anguntheten sein würden:

1) Die Bestimmungen des Abschnittes VII. der Reichsverfassung, das Eisenbahnen betreffend, bedürfen einer Declaration durch spezielle Reichsgesetze über

a. die Concessionierung und den Bau der Eisenbahnen im Deutschen Reich;

b. die Ausrüstung und Betriebsführung;

c. das Tarifwesen.

Nur auf diesem Wege ist eine wirkliche Aussicht des Reichs über das Eisenbahnenwesen zu erzielen.

2) Der von dem Reichseisenbahnamt im April 1875 publicierte vorläufige Entwurf eines Eisenbahngesetzes für das Deutsche Reich litt an einer Ueberlastung mit legislativem Material, dessen Fülle nur durch fortgesetzte Verweisungen auf später zu erlassende „Regulations“ und „Normativbestimmungen“ zu bewältigen war.

Bei Abfassung der sub 1 geforderten Gesetze sollte indessen für Verwaltungsmethoden ein möglichst geringer Spielraum gelassen und hinsichtlich der Frage: ob die Bestimmungen der Reichsgesetze richtig ausgelegt resp. angewendet seien? der Rechtsweg in jedem concreten Falle offen gehalten werden.

3) Es ist wirtschaftlich verwerthlich, die Schwierigkeiten, welche bei einer systematischen Durchbildung unseres Reichseisenbahngesetzes zu überwinden sind, auf rein mechanischem Wege, durch Schaffung einer dominirenden Reichseisenbahnverwaltung zu begegnen.

4) Dem Antrage eines großen Eisenbahn-Complexes durch das Reich stehen erhebliche finanzielle Bedenken entgegen; er kann wirtschaftlich nicht geachtigt werden, so lange über die Reformziele, welche eine Reichseisenbahn-Centralstelle zu verfolgen haben, nicht völlige Klarheit und Einigkeit herrscht!

Hafenbaufrage. Auf die Vorstellung der Handelskammer vom 8ten Januar, betreffend die Hafenanlage bei Breslau, erwidert der Handelsminister, daß er sich außer Stande sehe, diese Angelegenheit in anderer Weise zu fördern, als dies bisher und bereits zu wiederholten Malen von ihm versucht worden ist. Unter Hinweis auf den an den Magistrat zu Breslau unter dem 27. Januar c. in dieser Beziehung erlassenen (von uns f. B. mitgetheilten) Bescheid giebt sich der Minister der Hoffnung hin, daß auch die Handelskammer bereit sein werde, ihrerseits dahin zu wirken, daß diese insbesondere auch für die Handels-Interessen ihres Bezirks wichtige Angelegenheit baldmöglichst zu ihrer Entzündung vorbereitet werde.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß durch die Beschlüsse der städtischen Behörden die Angelegenheit in ein neues Stadium getreten sei, und empfiehlt, die weiteren Schritte der eingezogenen Commission abzuwarten. Die Kammer tritt dem bei.

Revision der Handelskammer-Rechnung pro 1875 und der Kasse. Dieselbe ist von den Herren Werther, Heimann und Kopisch vollzogen worden. Die Kammer erhält auf Grund des Revisionsberichtes dem Vorstande Decharge.

Gefreidehalle. Auf das Schreiben der Handelskammer an den Magistrat, betreffend den Bau einer Gefreidehalle, teilt leichter mit, daß er in neuerer Zeit allerdings den Bau einer solchen Halle wieder in Aussicht genommen und ein Projekt dafür habe ausarbeiten lassen. Sobald er sich über den Platz werde schließlich gemacht haben, werde er der Kammer weitere Mitteilung machen. Die Kammer nimmt hiervom Kenntnis.

Schiffahrt auf der Oder. Auf eine bezügliche Anfrage der Handelskammer erwiderter der Landeshauptmann von Schlesien, daß der Provinzial-Ausdruck in seiner Sitzung vom 11. März c. beschlossen hat, die Anträge des Herrn Frank John Meyer, soweit dieselben eine Ummwandlung der bisherigen beschränkten Garantie in eine volle Garantie von 5 p. c. jährlicher Zinss für ein Capital von höchstens 6 Millionen Mark auf die Zeit von 10 Jahren gegen Hinterlegung eines Capitals beziehen, abzulehnen, — jedoch die Verhandlungen über Abschluß eines Garantie-Bertrages unter Feststellung der im Landtag beschlossene vom 1. Juli 1871 erhaltenen Bedingungen und unter der Voraussetzung, daß eine Cession der Rechte aus dem Bertrage vom 8. Februar 1872 resp. deren Aufhebung erfolgt und daß die Staatsconcession zum Betriebe der Ketten- resp. Dreitrieb-Schiffahrt vom Unternehmer erworben wird, und endlich daß der Betrieb auf der ganzen Strecke Breslau-Stettin spätestens am 1. April 1879 beginnt, mit Herrn Meyer oder einem anderen zuverlässigen Unternehmer fortzusetzen. Mit diesen Verhandlungen unter Vorbehalt der Genehmigung des Regulat. durch den Provinzial-Ausdruck ist eine Commission von 3 Mitgliedern beauftragt. Die Commissions-Verhandlungen haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt.

Die Verkehrs-Commission empfiehlt dem Plenum, von vorstehender Mitteilung Kenntnis zu nehmen und die Landes-Deputation zu ersuchen, über den Fortgang der Unterhandlungen mit Herrn Meyer f. B. der Kammer weitere Mitteilung machen zu wollen.

Referent Bülow motiviert diese Anträge und spricht die Hoffnung aus, daß diese hochwichtige Angelegenheit endlich zu einer bestrebigen Erledigung gelange.

Commerzienrat P. G. Friedenthal spricht die Ueberzeugung aus, daß mit dem von dem Provinzial-Landtag in Aussicht gestellten Zusätzen das Unternehmen niemals werde ins Leben gerufen werden. Betrachte die Pro-

vinz die Anlegegelegenheit für wichtig genug, so werde sie in anderer Weise Hand ans Werk legen müssen.

Die Kammer tritt dem Commissions-Botum bei.

Russisches Consulat in Breslau. Der Handelsminister teilt mit, daß der Reichsthaler die Errichtung eines russischen Consulats in Breslau bei der kaiserlich russischen Regierung befürwortet und die letztere nunmehr dem bisherigen Vice-Consul in Frankfurt a. M., von Lahusen, zum Consul in Breslau ernannt habe. — Die Kammer nimmt hiervom Kenntnis.

Einrichtung einer Ueberfuhr zwischen der Oberschlesischen und Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn. Der Handelskammer war Seitens der obern. Eisenbahn-Direction mitgetheilt worden, daß letztere bereit sei, eine Ueberfuhr von Gütern vom Oberschlesischen Bahnhofe aus nach dem Bahnhofe der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn gegen entsprechende Gebühr einzurichten. Die Kammer hatte in Folge derselben die Hoffnung ausgesprochen, daß die in Aussicht gestellte neue Einrichtung nunmehr definitiv getroffen werden würde. Die obern. Eisenbahn-Direction erwidert hierauf, daß die gebaute Ueberfuhr nun mit ausdrücklicher Zustimmung der Verwaltung der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn zur Einrichtung gelangen könne. Sobald die nachgeholte Zustimmung ertheilt, werde sie der Handelskammer weitere Mitteilung machen.

Die Direction der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft teilt nun mit, daß ihr die Zuchrift der Oberschlesischen, die zu Einrichtung betreffend, zugegangen, und dieselbe gleichzeitig ihr Einverständnis mit derselben erklärt und für die Beförderung der Frachtfüller von Breslau bis zur Uebergangsstation Pöbelnitz den ihr tatsächlich zustehenden, für die Strecke Breslau-Schönitz zur Anwendung kommenden Localsatz beansprucht, wogegen der Frachtabnehmer von Pöbelnitz bis zum Oberthorbahnhof in allen drei Classen gleichzeitig nur mit 10 Mpf. pro 100 Kilogramm der Tragfähigkeit der benutzten Wagen in Rechnung zu stellen ist, so daß die Getammttransportosten (excl. etwaiger Nebenkosten für Verwegen, Aufladen &c.) mindestens 20 bis 30 Mpf. pro Doppelcentner ausmachen.

Da nun die beiden Eisenbahn-Verwaltungen wegen der unterwegs liegenden Uebergangstationen und wegen des damit verbundenen Zugwechsels nicht in der Lage seien würden, selbst in den günstigsten Fällen die gebaute Transporte vor Ablauf von 48 Stunden auszuführen. — die reglementmäßige Lieferfrist beträgt 4 Tage, — und da der Fuhrmann das Umrrollen von Wagenladungsgütern von einem Bahnhofe zum andern für 10 bis 15 Mpf. pro Doppelcentner einschließlich aller Nebenkosten und noch dazu in wenigen Stunden zu besorgen im Stande ist, so erscheint der Direction der Vortheil der projectirten Einrichtung für das Publikum zum Mindesten sehr zweifelhaft.

Bevor die Direction der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn über die Sache Beschluss fahrt, wünscht sie nähere Auskunft, bemerkt aber schon jetzt, daß sie die neue Einrichtung in keinem Falle auf Transporte, welche naturgemäß über ihre Hauptbahn (via Gundelsdorf) nach dem Oberthorbahnhofe hätten gelangen können, ausdehnen könnte, und daß sie daher Sendungen von der Ueberfuhr via Pöbelnitz ausschließen müste, welchen zwar der hier in Breslau ausgestellte, neue, nicht aber auch der ursprüngliche, alte Frachtkrieg des ersten Aufgebotes beigegeben ist, und nach Maßgabe des letzteren eine ebenso geeignete Beförderung über unsere Bahn gefunden hätte.

Die Verkehrs-Commission empfiehlt: 1) an die Oberschlesische und an die Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn das Ertragen zu richten, die geforderte Ueberfuhrgebühr beiderseits auf die Hälfte zu reduciren; 2) die Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn anzufragen, ob sie die am Schlusse ihres Schreibens gemachte Klausur vielleicht lediglich in Ansicht auf Koblenztranspote aus dem Oberschlesischen Revier für nothwendig erachte; in diesem Falle würde die Kammer nichts dagegen haben, wenn Koblenztranspote von der Ueberfuhr ganz ausgeschlossen würden, sofern dann auch jene Klausur in Wegfall käme.

Die Kammer tritt dem Commissions-Antrage ohne Discussion bei.

[Handelskammer zu Schweidnitz.] Plenarsitzung am 23. Februar 1876. Die Eröffnung erfolgte durch Biedereinführung der wieder gewählten Herren Fabrikbesitzer: Dr. C. Webbly zu Wütewaltersdorf, J. Kauffmann zu Lannenau, Kopisch zu Weizenrodau, Främs zu Schweidnitz, F. Dierig zu Ober-Langenbielau, woran sich die Erklärung der Neuconstituirung der Handelskammer schloß. Zum Vorsitzenden wurde Herr Fabrikbesitzer Dr. C. Webbly, zu dessen Stellvertreter Herr Fabrikbesitzer J. Kauffmann gewählt. Der Verfüzung der Königl. Regierung zu Breslau entsprechend, wurden für die Woll- und Flachsmärkte pro 1877 in Vorschlag gebracht: a. für den Wollmarkt: in Brieg am 1. Juni, in Strehlen am 2. Juni, in Schweidnitz am 5. Juni, in Breslau am 6. Juni; b. für den Flachsmarkt: in Breslau den 8. December, während für die Flachsmärkte in Dels und Polnisch-Wartenberg Vorschläge nicht gemacht wurden, nachdem die Handelskammer bereits früher für deren Aufhebung gestimmt hat. Eben so wurde für Fixierung von Herbstwollmärkten nicht gestimmt, da deren Frequenz erloschen sein dürfte. Die Requisition des Königl. statistischen Bureaus um Nachrichten über die Haushaltungsweise wird erledigt werden, eben so die Requisition des Königl. Kreisgerichts zu Waldenburg über die Befähigung eines genannten Kaufmanns zum Concurs-Massen-Verwalter. Die weitere Anfrage derselben Gerichts darüber, ob der Gewerbebetrieb eines Mangelmasters, welcher jährlich 15,000 Stück mangelt und 9 bis 10 Arbeiter beschäftigt, über den handwerklichen Betrieb hinausgeht? wird verneint. Das Collectiv-Gesuch mehrerer Kaufleute des Bezirks um Wiederinführung des Firmenregisters bei dem Jahresbericht, wird durch Beifüzung des Registers in Perioden von 3 Jahren entsprochen werden. Das Gesuch einer Aktiengesellschaft für Papierfabrikation um Vermittelung, einen von einer Bahn-Güter-Verwaltung erforderlichen General-Neverst nicht vollziehen zu dürfen, soll auf die Tagesordnung für die nächste Eisenbahn-Conferenz gebracht werden. Verschiedene Mittheilungen von Behörden und Handelskammern gelangen zu den Acten.

Plenarsitzung am 19. April c. In Bezug auf die Requisition des Kaiserlichen General-Postamtes um Abgabe eines Gutachtens über die Einholung von Wechsel-Accepten durch die Post fand dieser Vorschlag voll Anerkennung, die Höhe der Accepte wurde bis zu 1500 Mark proponirt, sowie auch für die Aufnahme von Protesten Mangels Annahme gestimmt. Am Gebühren wurde der Einheitsfaktag einer Mail vorgeschlagen. — Das Arbitrium der Handelskammer, welches das Königliche Kreisgericht zu Reichenbach über die Frage, welche Bedeutung im Handelsgebrauche eine Befestigung von reiner laufischer Soda zu 90% habe, wurde zu Gunsten des Verkäufers abgegeben.

Auf eine fernere gerichtliche Requisition um Auskunft über die Qualifikation eines genannten Kaufmanns zum Concurs-Massen-Verwalter wurde nähere Information einzuholen beschlossen. In Folge der Einladung des Central-Verbandes deutscher Industrieller zu Berlin zum Anschluß sollen vor Abgabe einer weiteren Erklärung eine Anzahl Statuten zur Vertheilung erbeten werden.

Unter anderen Mittheilungen wurde der Handelskammer auch Bericht über die Gingabe einer Anzahl schlesischer Handelskammern in Folge einer Conferenz zu Hirschberg in Bezug auf die Zollgesetzgebung an das Reichsgericht-Amt erstattet. — Noch gelangte zum Vortrage das Vorwort des diesseitigen Jahresberichts, das Annahme fand. Dr. C. Webbly.

\* Sagan, 18. Mai. [General-Versammlung der Actien-Brauerei Bergschlößchen.] Zu der heute Nachmittag 2 Uhr angestandenen Generalversammlung hatten sich 29 Actiengesellschaften eingefunden; dieselben vertraten 139 Stimmen. Der Vorsitzende des Aufsichtsraths, Herr A. Tuma, erwiderte Herrn Kauffmann Soltau aus Hamburg, den bereits mitgetheilten Bericht der Revisions-Commission vorzutragen. Nach Vorlesung derselben entspann sich wieder eine Debatte über den Verbleib der am Schlusse des Berichts erwähnten zu viel vertragtenen Actien Nr. 1 bis 370. Es stellte sich dabei heraus, daß ein früheres Directionsmitglied wider Wissen einen Theil dieser Actien (71 Stück) verpacht in seiner Verwahrung gehabt hatte und wurden diese nicht ausgefertigt, d. h. weder gestempelt noch unterschrieben. Die Actien hante der Verkäufer vorgelegt. Über den Verbleib der übrigen mehr geschaffenen Actien konnte keine Auskunft gegeben werden und wurde deshalb auf Vorschlag des Regierungsrath Tülf durch Acclamation beschlossen, die zu viel vertragtenen Actien von Nr. 1 bis 370 aufzubieten und demnächst zu amortisieren. Sodann wurde auf Grund des Revisionsberichts ebenfalls durch Acclamation beschlossen, dem jetzigen Directorium und Aufsichtsrath über die Geschäftsführung im letzten Geschäftsjahre Decharge zu ertheilen, jedoch vorbehaltlich weiterer Entscheidungen über die Ansprüche der Gesellschaft an den früheren, Anfangs des Geschäftsjahrs noch in Funktion gewesenen Director Ackermann. — Bei Punkt 4 der Tagesordnung stellt Herr Regierungsrath Tülf den Antrag, eine Commission zu wählen, welche die nötigen Vorbereitungen zum Verkauf der Actienbrauerei zu treffen, Kaufvorschläge in Empfang zu nehmen und in einer ad hoc anzuberaubenden Generalversammlung die aufgenommenen Verhandlungen zur Prüfung resp. Genehmigung zu unterbreiten. Dies wurde mit dem Zusatz beschlossen, daß jedoch der Director wie bisher gestattet sein soll, einzelne zum Brauereigrundstück gehörige Baustellen zwischen zu verkaufen, sofern die jetzt zu ernennende Commission ihre Zustimmung ertheilt. In diese Commission wurden gewählt die Herren Max Tuma, Stadtrath Schittay und Linke von hier, Regierungsrath Tülf

aus Berlin, Kaufleute Ollendorf aus Sprottau und Hayn aus Dresden dieselben nehmen die Wahl an. An Stelle der ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrath, Herren Seelenbinder, Martin, R. Schittay und A. Tu ma wurden gewählt die Herren Kaufleute Ollendorf aus Sprottau, Soltau aus Hamburg, Hayn aus Dresden und Bautzener Reimann von hier, welche ebenfalls die Wahl acceptirten. Von dem letzten Punkte der Tagesordnung, betr. Änderung der Statuten, wird einstimmig Abstand genommen. Vor Schluß der Verhandlung ernannte noch die eben gewählte Verkaufs-Commission zu ihrem Vorsitzenden den Regierungsrath Tülf und zu dessen Stellvertreter Herrn Stadtrath R. Schittay hier. Gewissenswerte ist noch, daß sämmtliche Anwesenden nach der heutigen Geschäftssitzlegung mit einem baldigen, natürlich möglichst günstigen Verkauf vollkommen einverstanden waren. Sobiel verlaute, sind bis jetzt bereits 8 Offerten eingegangen, deren günstigste den Actiengesellschaften 25 p. c. ihres Actien-Wertes sichert.

\* Gotha, im Mai. [Aus dem Rechenschaftsberichte der hiesigen Lebensversicherungsbank] für 1875, welcher nach beendigter Prüfung Seitens der Ausschüsse der Versicherten demnächst veröffentlicht werden wird, kann vorläufig mitgetheilt werden, daß die Ergebnisse dieses Jahres in aller Hinsicht in hohem Grade günstig waren. Die Gunst zeigte sich zunächst in einem ungemein starken Zugang an neuen Versicherungen. Der selbe betrug 27,680,900 M. und erhob, nach Abzug des niedrigen Abgangs, den Versicherungsbestand bis zum Jahresende auf 46,608 Personen mit 288,259,400 M. Versicherungssumme. Für 1017 Sterbefälle waren 5,678,600 M. zu vergütten. Dieser Betrag steht um 557,453 M. unter der rechnungsmäßigen Erwartung. Die Einnahme an Brümen und Zinsen betrug 13,157,640 M. Nach Abzug der in 9,366,907 M. bestehenden Ausgabe erfuhr der Bankfonds einen Zuwachs von 3,790,733 M. und erhob sich auf 70,045,873 M. Es sind darunter 49,263,287 M. für Prämienreserve, 4,805,478 M. für Prämienübertrag, sowie 14,794,782 M. reine Ueberflüssige enthalten, welche in den nächsten 5 Jahren (in diesem Jahre mit 38 p. c. der 1871 eingezahlten Prämien) an die Versicherten zur Verteilung kommen. Im nächsten Jahre kommt der Ueberfluss des Jahres 1872 zur Verteilung und wird, wie schon jetzt mit Sicherheit angegeben werden kann, 41 p. c. betragen. Das Jahr 1875 allein lieferte einen reinen Ueberfluss von 3,530,635 M., den höchsten bis dahin in einem Jahre erzielbigen Betrag. Der Fonds ist hauptsächlich in ersten Hypotheken auf größere Landgüter von mindestens doppeltem Bodenwerthe angelegt, und zwar zum Durchschnitts-Zinsfuß von 4,81 p. c. Guischescher suchen vorzugsweise gern die benötigten Darlehen aus dem Fonds der Lebensversicherungsbank zu erlangen, weil sie von derselben eine Kündigung nicht zu befürchten haben, und, ohne zur Zahlung regelmäßiger Amortisationsraten verbunden zu sein, doch nach Ueberflüssigkeit durch Abschlagszahlungen ihre Schuld successiv mindern und ganz tilgen können.

[Substaation der Elbinger Fabrik für Eisenbahnmaterial.] Bei der am 16. d. M. stattgehabten Substaation erstand Herr Commerzienrat Simon aus Königsberg als einziger Bieter die Fabrik für das Gebot von 300,000 Mark. Bei seiner ursprünglichen Anlage als Aktiengesellschaft repräsentierte das Etablissement den Wert von fast 1 Million Thaler.

[Verbreitung falscher Nachrichten durch Telegraphen-Bureau.] In der letzten Sitzung der Altesten der Berliner Kaufmannschaft beschwerte sich ein Mitglied des Collegiums über die Ueberflüssigkeit der Börseverhandlungen mit Depeschen sogenannter Telegraphen-Bureau, Depeschen, welche nicht selten durch Verbreitung ungegründeter Nachrichten einen sehr nachteiligen Einfluß auf die Börsen-Geschäfte erlangten. Es wurden mehrere Beispiele aus der jüngst vergangenen Zeit vorgeführt, auch darauf hingewiesen, daß man auf anderen Börsen das Treiben dieser Telegraphen-Bureau überwache oder ganz ausschließe



Als Verlobte empfehlen sich Verwandten und Freunden statt bevor-  
derer Meldung [2088]

Agnes Biernaczky,  
Gottlieb Haase.

Bawodie und Gute-Zufucht Grube  
bei Kattowitz, im Mai 1876.

Statt besonderer Meldung.

Die Verlobung unserer Tochter

Fanny mit dem Kaufmann

Herrn A. Freund aus Landes-

but, beehren sich hierdurch erges-  
ben anzuseigen [7341]

Joseph Werner,

Nosalie Werner, geb. Brieger

Reise, den 15. Mai 1876.

Als Verlobte empfehlen sich:

Fanny Werner,

A. Freund.

Geburten: eine Tochter

Nosalie Schieber,

Albert Hülse,

Verlobte.

Üben. [5425] Bunglau.

Die Verlobung meiner Tochter

Julie mit Herrn Ferdinand Wiener

aus Liegnitz erläutre ich für aufgelöst.

Breslau, den 19. Mai 1876.

[5430] Adolph Grunwald.

Heute früh wurde meine geliebte

Frau Elise, geb. Welge, von einem

gewunden, kräftigen Knaben glücklich

entbunden. [5423]

Breslau, den 18. Mai 1876.

Max Eberle.

Statt besonderer Meldung.

Die heut Nachmittag 2 Uhr erfolgte

glückliche Entbindung meiner lieben

Frau Nofa, geb. Mündner, von

einem gesunden Mädchen, erlaube ich

mir ergebenst anzugeben. [5424]

Morgenau, den 18. Mai 1876.

Gustav Reinisch.

Heut wurde uns ein Läuterlein geboren. [2073]

Strehlitz, den 18. Mai 1876.

Oberlehrer Dr. Franke und Frau.

Heut Morgens 11 Uhr entschließt

samst und Gott ergeben der Kürschnermeister

[2089]

Bacharias Mohr,

im Alter von 78 Jahren 9 Monaten.

Schmerzhaft Verwandten und Be-

kannten diese Anzeige

Bühl, den 18. Mai 1876.

Die Hinterbliebenen.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Pr. Lt. im Ost

frixiens Int. Regt. Nr. 78 Herr

v. L'Estocq in Biebrich mit Freiin Elo-

tilde Rau von und zu Holzhausen in

Schloss Nordet. Cand. min. Herr

Brauer in Hannover mit Fr. Elisa-

beth Müller in Beehdendorf. Pract.

Arzt Dr. Dr. Brusseau in Berlin mit

Fr. Marie Mann in Philippinenhof.

Geburten: Eine Tochter: dem

Herrn Pastor Vogel in Sandow,

dem Hauptmann im Ingenieur-Corps

Herrn v. Schneiden in Glogau.

Todesfälle. Dr. Kreisiger. Refe-

rendar Führ. v. Grabow in Berlin.

Dr. Oberst v. Bollstorfer-Altenlingen

in Wetz. Oberstleut. a. D. Herr

v. Stodi in Berlin. Superint. a. D.

Pastor em. Dr. Döring in Sandau.

Verm. Frau App.-Gerichts-Vize-Präsi-

dent Morgenbesser in Insterburg.

Freireligiöse Gemeinde. Morgen-

Vorm. 9/4 Uhr, in unserer Halle,

Erbauung, Vortrag von Herrn Pred.

Reichenbach. Zurit hat Jeder.

Stadt-Theater.

Sonnabend, den 20. Mai. 33. Vor-

stellung im Hons - Abonnement

"Dr. Wespe." Lustspiel in fünf

Acten von R. Benedict.

Sonnabend, den 21. Mai. Außer Abon-

nemtum: fünftes Galsspiel des könig-

lich preuß. Kammer-Sängers Herrn

Albert Niemann, "Lohengrin."

Romantische Oper in drei Acten

von Richard Wagner. (Lohengrin,

Herr Albert Niemann.)

Lobe-Theater.

Sonnabend, 8. 18. M.: "Die Neife

durch Breslau in 80 Stunden."

Gesangspose in 6 Bildern von H.

Salinger. Mußt von G. Lehnhardt. (Helene Möwes, Fr. Sophie

König.) [7415]

Sonnabend. Dieselbe Vorstellung.

Donnerstag, den 25. Mai. Erstes

Gaistspiel der Frau Marie See-

bach. 8. 1. M.: "Das heyl-

Eysen." Hierauf: 8. 1. M.

"Stella."

Schwiegerling's

Figuren-Theater, Zwingerplatz.

Heute Sonnabend freies Theater

für Kinder nebst Gastvorstellung der

Brüder Paul und Hugo Schwieger-

ling in ihren unübertrifftlichen Leistun-

gen auf dem Englischen Tanzteil.

Hugo wird beweisen, daß er jedem

ermachsenen Künstler die Spize bietet,

und seine Salto mortale vom Stehen

zum Stehen ausführen. Vorher Don

Juan, Schauspiel in 3 Acten, nebst

Ball und Metamorphosen. [7412]

Anfang 7½ Uhr.

Paul Scholtz's Täglich:

**Concert**

von der Capelle des 11. Regts.,  
Capellmeister Herr Pevlow.

Ansang 7½ Uhr. [7258]

Entree: Herren 25 Pf., Damen 10 Pf.

**Belt-Garten.**

Täglich:

**CONCERT**

von Herrn.

A. Kuschel.

Ansang 7 Uhr. Entree 10 Pf.

**Fabig's Restaurant**

und **Café chantant.**

Täglich:

**Concert u. Vorstellung.**

Aufstellen

der englischen Chansonne-Sängerin

Miss Jessi Backer,

der franz. deutschen und österreichischen

Chansonne-Sängerinnen,

sowie des Gesangs- und Charakters

Romikers Herrn Neumann.

Moses Scherbel in der Tanzstunde.

1, 2, 3, bei der Bank vorbei.

Ansang 7½ Uhr. Entree 5 Pf.

**Breslauer Concert-Haus.**

Morgen Sonntag, den 21. Mai:

Früh von 11-1 Uhr:

**Frei-Concert**

und

**Aufstellen der Gymnastiker**

und **Couplet-Sänger**

**ohne Entree.**

Elysium zu Morgenau.

Morgen Sonntag, den 21. Mai:

**Großes Militär-**

**Früh-Concert,**

ausgeführt von dem Musikkorps des

Füsilier-Bata. 2. Schles. Gren.-

Regts. Nr. 11 unter persönlicher

Leitung des Stabs-Hornisten

Herrn W. Schmidt.

Ansang präzise 5 Uhr.

Entree à Person 10 Pf. [7413]

**Bergnugungs-Fahrt**

nach

**Zreschen.**

Absatz 8 Uhr Morgens.

Rückfahrt von Zreschen 12 Uhr Mittags.

Krause & Nagel.

**Turnverein "Vorwärts."**

Donnerstag, den 25. Mai:

**Turnfahrt nach dem Zoblen.**

Anmeldungen werden Sonnabend

in der Versammlung und Montag in

der Turnhalle und auf den Kniepe-

angommen. Der Vorstand.

Allen meinen Gönnern und Freun-

den, welche mich zu meinem Dienst Ju-

biläum beglückwünscht haben, statte ich

mit meinem tiefgestillten Dank ab.

Gleimis, im Mai 1876. [2080]

**Hatschier,**

Kreis-Gerichts-Rath.

# Für Landwirth.

Bu beziehen durch alle Buchhandlungen.  
Erdt, W. G. A., Die rationelle Hufbeschlagslehre nach den Grundsätzen der Wissenschaft und Kunst am Leitaden der Natur theoretisch und praktisch bearbeitet für jeden dentenden Hufbeschläger und Pferdefreund. Mit erläuternden Zeichnungen auf 5 lithograph. Tafeln und 1 Holzschnitt. gr. 8. 4 M. 50 Pf.

Fontaine, W. von, Die Censur des Landwirthes durch das richtige Soll und Haben der doppelten Buchhaltung, nebst Betriebs-Rechnung einer Herrschaft von 2200 Morgen für den Zeitraum vom 1. Juli 1870 bis 1. Juli 1871. 2. Aufl. gr. 8. 3 M. 75 Pf.

Mayer, Prof. Dr. G., Das Schaf. Seine Wolle, Racen, Züchtung, Ernährung und Benutzung, sowie dessen Kraftarten. Mit 100 in den Text eingedruckten Holzschnitten, zwei Tafeln Wollfleher und 16 lithograph. Tafeln, Racenabbildungen in Tondruck. 2 Bände. gr. 8. 15 M.

Inhalt. Band I. Die Wolle, die Racen, die Züchtung und Benutzung des Schafes. Mit in den Text eingedruckten Holzschnitten, 2 Tafeln Wollfleher und 16 Racen-Abbildungen in Tondruck. Preis 9 M. — Band II. Die inneren und äußeren Krankheiten. Mit Holzschnitten. Preis 7 M. 50 Pf.

Meyer, J. G., Die Gemeindebaumschule. Ihr Zweck und Nutzen, ihre Anlage, Pflege und Unterhaltung. 8. 75 Pf.

Mitschke-Collande, F. von, Die thierzüchterischen Controversen der Gegenwart. Eine Beleuchtung der durch G. v. Nathusius und G. Seestag vertretenen Züchtungstheorien in Rücksicht ihres Gegenseizes und ihrer Bedeutung für die Praxis. gr. 8. 4 M. 50 Pf.

Nosenberg-Lipinski, Albert v., Der praktische Ackerbau in Bezug auf rationelle Bodencultur, nebst Vorstudien aus der organischen und unorganischen Chemie, ein Handbuch für Landwirth und die es werden wollen. Zwei Bände. 5. verbesserte Ausgabe. gr. 8. 13 M. 50 Pf.

Verlag von Eduard Credendt in Breslau.

## Hugo Meltzer,

Gürtler u. Bronze-Arbeiter in Breslau,

Schuhbrücke No. 23,

empfiehlt sich mit Anfertigung aller Gattungen vergoldeter, versilberter, broncierter und Neusilber-Arbeiten. — Auch werden daselbst alte Bronze-Gegenstände wieder wie neu hergestellt, alte Metallsachen neu vergoldet und versilbert, so wie alle in dieses Fach treffenden Reparaturen ausgeführt.



## Marshall Sons & Co.

Locomobiles und Dampfdreschmaschinen, von denen bereits über 350 Satz in Schlesien, Posen etc. zur allgemeinen Zufriedenheit arbeiten.

Smyth & Sons Drillmaschinen und Düngerstreuer, Buckeye Getreide- und Grasmähmaschinen von Adriance Platt & Co., mit 2 grossen Fahrrädern.

Samuelsons Omnia Royal Getreidemähmaschinen mit einem grossen Fahrrade, sowie Mahl- und Schrootmühlen, Haferquetschen, Oelkuchenbrecher, Siedemaschinen, Heuwender und Nachrechen, Rübenmussmaschinen, Pferdehaken, Getreidesortirmaschinen etc. ans den besten englischen Fabriken empfehle sämtlich von meinem Lager hier unter Garantie der Güte. [7409]

Reparaturen führe prompt aus und halte alle nötigen Reservethelle stets vorräthig. Catalogue und Preisaufgaben sende gratis und franco.

General-Agent H. Humbert, Breslau, Moritzstrasse, Villa „Frisia“.

## Oppelner Portland-Cement-Fabriken vorm. F. W. Grundmann.

Unseren besten, feinstgemahlenen Portland-Cement, für alle Arten Hoch- und Wasserbauten vorzüglich geeignet, prämiirt auf den Welt-Ausstellungen zu Paris und Wien, offerren wir zu den billigsten Preisen und garantiren für eine absolute Zugfestigkeit von mindestens 25 Kilogramm per Quadrat-Centimeter. [1885]

Zeugnisse von Königlichen und städtischen Behörden und anderen Sachverständigen stehen auf Wunsch zur Verfügung.

## Vortheilhafte Herrschafts-Kauf.

In Ober-Ungarn, in schöner, gesunder Lage, zwischen der Kaschau-Oderberger und ersten Ungarisch-Galizischen Eisenbahn gelegen, ist eine Herrschaft, aus über 3600 Joch bestehend — das Joch à 1200 Quadrat-Klastrern gerechnet — commassirt und arrondirt, mit schönem Herrensit, Beamten- und Gesinde-Wohnungen, wie mit sonstigen Wirtschaftsgebäuden reichlich, auch mit einer eingerichteten Spiritus-Brennerei versehen, mit gesamtem lebendem und todten fundus-instructus — dessen Wert summt den Gebäuden gewiß zwei Drittel des Kauf-Preises übersteigt — Familien-Verhältnisse wegen um den geringen Preis von 150,000 fl. österr. Währ. zu verkaufen. Ankündigung erhält der Eigenthümer W. v. Kájner in Kere-Trot, I. p. Giralt bei Eperjes. [2090]

Holzessigsaures Eisen, Prima-Qualität, feines Kienpech für Schuhmacher und Bürstenmacher, f. Voigtl. Fichtenpech, f. weiches Bierpech, Kienheer, Birkenheer, Asphalt-Eisenlack, doppelt geglühte Lindenholze billigt bei [2061]

Fr. Schlobach & Schmidt  
in Kobier O. Schl.

# Gewinn=Liste

der am 16. Mai 1876 zu Münsterberg abgehaltenen Verlosung  
des Camenzer landwirtschaftlichen Vereins.

Los-Nr.	Nr.	Los-Nr.	Nr.	Los-Nr.	Nr.	Los-Nr.	Nr.	Los-Nr.	Nr.
8	183	eine Küchenwaage.	3490	5	ein brauner Hengst.	7219	72	ein Reitstall, Gabrate und Bügel.	11970
56	105	eine Wagenpeitsche.	4092	168	ein Petroleumloker.	336	101	eine Jagdtasche.	12014
62	346	eine Gewehrtasche.	99	97	eine gehäkelte Sphabede.	70	207	½ Duz. Handtücher.	31
71	283	ein Garderobenhalter.	4173	244	eine Lampe.	166	ein Bügeleisen.	89	
86	143	eine Heugabel.	224	345	ein Deckengurt.	281	281	eine Reitpeitsche.	57
97	71	ein Reisekoffer.	46	51	ein Maßschaf.	8003	40	ein Jäger.	104
240	203	ein gelbes Tischtuch.	310	252	eine Kaffeemaschine.	15	296	eine Gießkanne.	32
66	308	ein Paar Wasserkanne von Blech.	12	213	eine braune Reittrense.	89	137	eine Heugabel.	189
68	94	eine schwarze Kreuzleine.	478	280	ein Kleiderständer.	95	245	ein Paar Blumenvasen.	282
382	386	½ Schod Büchenleinwand.	531	258	eine Nähmaschine.	430	167	ein Bügeleisen.	329
18	312	ein Waschgeräth.	50	248	ein Regulator.	36	218	eine braune Reittrense.	187
37	320	eine wollene Tischdecke.	83	181	ein Hut-Zuder.	82	379	eine Theekasten.	170
52	301	ein Paar Alsenidleuchter.	644	124	½ Schod Leinwand.	519	286	½ Schod Leinwand.	360
65	68	ein Jagdstuhl.	64	351	zwei Halstern.	94	321	eine wollene Tischdecke.	263
68	314	ein leidener Regenschirm.	111	57	ein Korb.	605	5	ein Wendepflug.	382
400	257	ein Frisirtasten.	93	57	ein Maßschammel.	7	37	eine Wurfmashine.	321
6	39	eine Breitwärmemache.	713	235	eine Jagdtasche.	90	369	zwei Blumenvasen.	187
55	377	ein Waschgeräth m. Ständer	39	70	eine Koffertasche.	704	30	eine Siedemaschine.	170
84	333	zwei Jäger.	69	138	eine amerikan. Heugabel.	8	250	ein Reisekoffer.	34
508	160	eine Pferdekoche.	80	407	ein Wendepflug.	801	99	eine Touristentasche.	263
20	240	eine Felsflasche.	825	2	eine schwärzbraune Stute.	46	265	ein Walzständer m. Gerät.	43
25	249	ein Reisekoffer.	27	98	ein Handkorb.	50	32	eine Pferdekoche.	184
29	303	eine Zuckerdose.	45	20	eine schwarz-silberne Kalbe.	967	129	eine Siedemaschine.	121
30	86	ein Sonnenschirm.	63	108	eine Holländer-Kalbe.	68	353	eine Trense.	206
57	157	ein Saß Pferdeketten mit Stricken.	901	327	ein Tischtuch.	9013	25	ein Reitzaum.	112
617	140	eine amerik. Heugabel.	19	158	Pferdeketten mit Strick.	14	202	ein Album.	110
24	411	ein Jäger.	21	270	ein Stuben-Thermometer.	42	378	eine Alsenid-Tischglöde.	270
13	374	eine Toilette.	24	163	eine Gartenschere.	95	188	½ Duz. Säde.	270
37	335	eine Waschpresse.	25	317	eine Buttermaschine.	97	148	eine Heugabel.	197
63	6	ein Rappenhäst.	42	238	eine Jagdtasche.	104	65	ein Walzständer m. Gefäß.	771
714	28	ein Doppelwendpflug.	47	273	eine neußilb. Butterdose.	22	38	eine Quetschmaschine.	357
76	394	eine Räummaschine.	5016	3	eine Stute.	40	9	ein Schwarzwärmelhengst.	812
801	44	ein Maßschaf.	58	117	eine Trense.	68	46	ein Maßschaf.	50
4	198	ein Paar Pferdedecken.	68	393	eine Kübenschneide.	259	180	ein Hut-Zuder.	211
10	150	ein Paar Kuhhalsbänder mit Kette.	72	7	zwei Kuhhalsbänder mit Kette.	608	230	ein Paar Deckengurte.	206
24	109	ein Jäger.	102	361	zwei Kuhhalsbänder mit Kette.	89	165	ein Ständer mit Gerät.	177
28	62	ein Maßschammel.	36	225	eine Stahlhästier.	724	237	eine Jagdtasche.	13020
42	24	eine Kübenschneide.	39	299	eine Lassenwanne.	38	16	eine Kalbe.	208
60	222	ein Reisekoffer.	68	289	½ Schod Leinwand.	76	313	eine messing. Zuckerbüchse.	171
97	102	eine Geldtasche.	229	41	ein Maßschaf.	87	376	eine Toilette.	171
950	347	eine Patronentasche.	72	399	ein vatent. Wendepflug.	891	354	zwei Gurtenhaltern.	212
1006	338	eine eiserne Gildepumpe.	77	288	½ Schod Leinwand.	926	115	ein Reisekoffer.	211
12	400	ein Wendepflug.	68	146	eine dreizählige Heugabel.	96	340	ein eiserne Pflug.	211
51	163	siechs Schlosser.	306	159	eine Pferdeschere.	10078	319	eine wollene Tischdecke.	208
89	256	ein Stiefelzieher.	11	182	ein Feuerlöschgewehr.	97	95	eine geb. Nähtisch- u. Commodende.	171
137	336	ein Wendepflug.	23	239	ein Jagdstuhl.	122	14	ein Wißmarisch-Bulle.	206
57	195	½ Schod Leinwand.	45	58	ein Maßschammel.	49	126	ein Blumentisch.	177
193	28	ein eiserne Gartenschere.	57	274	ein Hündogeo.	55	22	ein Kapitänsstuhl.	211
72	236	eine Jagdtasche.	76	326	ein Tischtuch.	239	232	ein Paar Deckengurte.	211
216	378	eine Cigarettenfalte.	80	196	½ Schod Leinwand.	56	16	eine Trense.	211
33	128	ein Schod Büchenleinwand.	98	302	eine Pfeffer- und Salzmenage.	78	284	ein Garderobenhalter mit Sidereti.	211
41	164	eine Brüderwaage.	402	175	ein Hut-Zuder.	320	852	ein Sideretti.	208
81	282	ein Kleiderständer aus Kirschbaum.	11	322	ein Gedec m. 12 Servietten.	35	362	ein eiserne Gartenstuhl.	171
302	278	eine Butterglöde.	22	8	eine Eisenhimmel.	509	1		

# Meine Schwefelsäure-Fabrik

ist im Betriebe! Aufträge werden entgegengenommen!

Greiffenberg in Schlesien,  
Mitte Mai 1876.

[2025]

## E. Rackwitz.

### Nothwendiger Verkauf.

Das Band VIII. Blatt 225 des Grundbuchs der Schweidnitzer Vorstadt verzeichnete, vom Grundstück Nr. 5 der Sonnenstraße abgewinkelte Grundstück, dessen der Grundsteuer unterliegende Flächenraum 79 Ar 10 Quadratmeter beträgt, ist zur nothwendigen Subhastation schuldenhalber gestellt.

Es beträgt der Grundsteuer-Renten-ertrag davon 24<sup>7/100</sup> Thlr.

Versteigerungs-Termin steht am 6. September 1876,

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Richter im Zimmer Nr. 21 im 1. Stock des Stadtgerichts-Gebäudes an.

Das Zuschlagsurteil wird am 9. September 1876,

Mittags 12 Uhr, im gedachten Geschäftszimmer verlesen.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweiszungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau II. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungs-Termin anzumelden.

Breslau, den 15. Mai 1876.  
Königl. Stadt-Gericht.  
Der Subhastations-Richter.  
(ges.) von Bergen.

### Bekanntmachung.

Der Concurs über das Privatvermögen des Kaufmanns [458]

Robert Theile  
bier ist in Folge des rechtskräftigen Accores im Concuse über das Privatvermögen der Handels-Gesellschaft Püppche und Theile eingestellt worden.

Breslau, den 11. Mai 1876.

Agl. Stadt-Gericht. Abth. I.

### Bekanntmachung.

Die am 4. November 1875 hier selbst verstorbenen Frau Tischler Julianne Spodansky (Spodanstu), früher verwitwete Linde, geborene Goldenau, hat in ihrem, bei dem unterzeichneten Gericht niedergelagert gewesen, am 5. Januar c. eröffneten Testament u. A. folgendes bestimmt:

V. Mein zweiter Chemann, der Tischler Petri Spodansky, hat mich seit 30 Jahren höchst verlassen, und ich weiß nicht, ob derselbe noch lebt. Ich enttere meinen genannten Chemann, weil derselbe mich höchst verlassen hat.

Meine Erben müssten ihm jedoch alle Ansprüche erlassen, welche ich aus der Alimentations-Verbindlichkeit meines Chemanns gegen denselben habe. Diese Ansprüche vermaße ich meinem Chemann, als Abfindung derselben."

Es wird diese Anordnung d. m. seinem Aufenthalte nach unbekannten Petri Spodansky hierdurch aemtlich § 231 Thell I. Titel 12 A. L. R. zur Kenntnis gebracht. [459]

Breslau, den 13. Mai 1876.

Agl. Stadt-Gericht. Abth. II.

### Bekanntmachung.

In unserm Gesellschafts-Register ist heut unter Nr. 10 das Erlöschen der Handels-Gesellschaft [1052]

Bunke und Kleinert  
zu Neisse und in unserm Firmenregister bei Nr. 450 die Firma

Bunke und Kleinert  
und als deren Inhaber der Kaufmann Rudolph Bunke zu Neisse eingetragen.

Neisse, den 10. Mai 1876.

Agl. Kreis-Gericht. I. Abth.

### Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist bei der unter Nr. 178 eingetragenen Firma

C. A. Hentschel, der nach dem Tode des bisherigen Inhabers der Firma Kaufmann Anton Hentschel im Wege der Erbteilung erfolgte Übertragung der Firma auf die verwitwete Kaufmann Ida Hentschel, geb. Wunsch und demnächst unter Nr. 311 die Firma

C. A. Hentschel zu Neurode und als deren Inhaberin die verwitwete Kaufmann Ida Hentschel, geb. Wunsch, zu Neurode eingetragen worden. [1055]

Neurode, den 12. Mai 1876.

Königliche Kreis-Gerichts-

Deputation,

### Bekanntmachung.

#### Concurs-Eröffnung.

Über den Nachlass des am 17. Juni 1875 verstorbener Kaufmanns

Wilhelm Weiß

zu Ohlau ist der gemeine Concurs im abgekürzten Verfahren eröffnet worden.

Allen, welche von dem Gemeindner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldet, wird ausgegeben, von dem Besitz der Gegenstände

bis zum 31. Mai 1876

einschließlich

dem Gericht oder dem Vermwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles mit Vorbehalt ihren etwaigen Rechten, ebendann zur Concursmasse abzuführen. Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeindners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, die selben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Borechte

bis zum 7. Juni 1876

einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protoll anzuzeigen und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Perjonalen

auf den 26. Juni 1876,

Vormittags 10 Uhr,

in unserem Gerichts-Local, Termins-Zimmer Nr. 1, vor dem genannten Commissar zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihren Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei den berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Acten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, wird der Rechts-Anwalt Halke zum Sachwalter vorgeschlagen. [493]

Von denjenigen Gläubigern, welche bereits im erbschaftlichen Liquidations-Berfahren ihre Forderungen rechtzeitig angemeldet haben, ist nur die Anmeldung des Vorrechts nachzuholen, sofern ein solches für die angemeldete Forderung in Anspruch genommen wird.

Ohlau, den 29. April 1876.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

### Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist heute unter laufende Nr. 140 die Firma

Paul Diskowsky

in Wohlau und als deren Inhaber der Kaufmann Paul Diskowsky da-selbst eingetragen. [1050]

Wohlau, den 16. Mai 1876.

Agl. Kreis-Gericht. I. Abth.

### Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist folgendes eingetragen worden:

Colonne 1 laufende Nr.:

118.

Colonne 2. Bezeichnung des Firmen-

Inhabers:

Kaufmann August Hubrig.

Colonne 3. Ort der Niederlassung:

Striegau.

Colonne 4. Bezeichnung der Firma:

August Hubrig.

Colonne 5. Zeit der Niederlassung:

6. Mai 1876. [1051]

Striegau, den 6. Mai 1876.

Agl. Kreis-Gericht. I. Abth.

### Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist bei der unter Nr. 178 eingetragenen Firma

C. A. Hentschel,

der nach dem Tode des bisherigen Inhabers der Firma Kaufmann Anton Hentschel im Wege der Erbteilung erfolgte Übertragung der Firma auf die verwitwete Kaufmann Ida Hentschel, geb. Wunsch und demnächst unter Nr. 311 die Firma

C. A. Hentschel

zu Neurode und als deren Inhaberin die verwitwete Kaufmann Ida Hentschel, geb. Wunsch, zu Neurode eingetragen worden. [1055]

Neurode, den 12. Mai 1876.

Königliche Kreis-Gerichts-

Deputation,

### Nothwendige Subhastation.

Das Steinlohlenbergwerk Susanna-Wunsch, Nr. 23 des Grundbuchblattes, verliehen mit einer Fundgrube und 1200 Mafzen und erweitert durch ein Feld von 264,016 Quadrat-Lachtern, im Kreise Rybnik der Stadt Nicolai zunächst belegen, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

### Nothwendiger Verkauf.

Das dem Major a. D. Hugo von Gräfe gehörige, im Grundbuche sub Nr. 10 eingetragene freie Allodial-Mittergut Groß-Ellguth oder Ellguth bei Kostenbach soll im Wege der nothwendigen Subhastation

am 14. September 1876,

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Subhastations-Richter, Terminzimmer 12, verlaufen werden.

Zu dem Grundstück gehören 408 Hectar 30 Ar 90 Quadrat-Meter der Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere Nachweiszungen, sowie die besonderen Kaufsbedingungen können in unserem Bureau II. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermin anzumelden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweiszungen, sowie die besonderen Kaufsbedingungen können in unserem Bureau II. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermin anzumelden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweiszungen, sowie die besonderen Kaufsbedingungen können in unserem Bureau II. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermin anzumelden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweiszungen, sowie die besonderen Kaufsbedingungen können in unserem Bureau II. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermin anzumelden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweiszungen, sowie die besonderen Kaufsbedingungen können in unserem Bureau II. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermin anzumelden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweiszungen, sowie die besonderen Kaufsbedingungen können in unserem Bureau II. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermin anzumelden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweiszungen, sowie die besonderen Kaufsbedingungen können in unserem Bureau II. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermin anzumelden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweiszungen, sowie die besonderen Kaufsbedingungen können in unserem Bureau II. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermin anzumelden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweiszungen, sowie die besonderen Kaufsbedingungen können in unserem Bureau II. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermin anzumelden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweiszungen, sowie die besonderen Kaufsbedingungen können in unserem Bureau II. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermin anzumelden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweiszungen, sowie die besonderen Kaufsbedingungen können

# Acetine,

Eisen zur sicherer Befestigung von Hühneraugen, harten Hautstellen, in Flächen à 1 Mark.

## Hühneraugen-

### Pflasterchen,

zur leichten, schmerzlosen Befestigung von Hühneraugen, à Stück 10 Pf., à Dz. 1 Mark, höchst elastische, [7408]

aus feinstem Filz bereitete

### Ballenringe,

à Carton 75 Pf.,

sowie

### Hühneraugenringe,

in Cartons à 60 Pf.,

zur Linderung des großen Schmerzes, der durch Druck namentlich in der Sommerszeit auf Ballen, Hühneraugen und harten Hautstellen entsteht, empfiehlt

Drogenhd. v. E. Stoerner, Chemiker und approbiert Apotheker, Ohlauerstraße 24/25, früher Schmiedebrücke 54.

Durch 25 Jahre erprobt!

Anatherin-Mundwasser von Dr. J. G. Popp, f. t. Hof-Zahnarzt in Wien.

Anerkannt und erprobt als bestes, reinstes und unschädlichstes aromatisches Zahn- und Mundwasser zur Stärkung, Belebung, Erfrischung und Reinigung der Zähne, des Zahns Fleisches und Mundes. Preis pro Flasche 1,25, 2 und 3 Mark. [5581]

Dr. Popp's Anatherin-Zahnpasta. Feine Zahnpasta zur Pflege der Zähne und dem Verderben derselben vorzubringen. Preis 1 und 2 Mark.

Vegetabilisches Zahnpulver.

Es reinigt die Zähne, entfernt den so lästigen Zahnteil und die Glasur der Zähne nimmt an Weise und Farbe immer zu. Preis per Schachtel 1 Mark.

Dr. Popp's Zahnpulpe. Selbstausfüllender hohler Zahnpulpe. Preis per Schachtel 4 M. 50 Pf.

Dr. Popp's Zahnbürsten, für Erwachsene Mark 1. 60, für Kinder 1.—

Zu finden in den meisten Apotheken Deutschlands, sowie in Breslau bei Apotheker L. Wachsmann, Alte Taschenstraße Nr. 20, G. G. Schwartz, Ohlauerstraße 21, C. Groß, Neumarkt 42 und Stoerner & Mohr, Schmiedebrücke 55.

Wird auch gegen Postdroschke versandt.

Dom. Koschendorf bei Münsterberg, Post Gauers i. Schles., hat noch 1000 bis 1500 Ctnr. sehr ertragreiche rothe [2010]

### Zwiebelkartoffeln

abzugeben.

Dom. Prisselwitz bei Post und Bahnhof. Wäldchen hat noch ca.

2000 Sack oder 3000 Ctnr. gute, mehrreiche Kartoffeln zu verkaufen. [7333]

Ein Flügel steht Claassenstr. 8, 4. Et., zum Verkauf. Preise 35 Thlr. Näch. durch den Haushalter.

**Frischer Lachs**  
und lebende Krebse.  
**Landsberger's**  
Seefisch-Handlung. [5435]  
Grüne Baumbrücke Nr. 2.

## Gesucht

140 bis 150 Stück

gesunde Vierzähner Hammel werden unter Preisangabe umgehend gesucht, mit oder ohne Wolle, von C. Seidel, Ortsrichter in Grünlichtenberg bei Waldheim in Sachsen

**Ein Buchtstier,**  
Bollblut, 2 Jahre alt, steht auf dem Dominium Alt-Warthau, Kreis Bunzlau, zum Verkauf. [2075]

## Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Gesucht

wird für ein junges gebildetes Mädchen aus adeliger Familie eine Stelle b. Kindern oder zur Stütze der Hausfrau. Diese kann fertig weiß und Maschinennähn und ist auch im Schneiden nicht unerfahren. Gute Behandlung Hauptfache. Antritt zum 1. Juli. Gef. Off. erbet. unter I. S. Rudolf Mosse in Jena. [7300]

Für ein liebenswürdiges, charaktervolles Fräulein (Jesu) angenommen Exterieur, der engl. u. franz. Sprache vollkommen mächtig, wird ein Engagement in einem renommierten Geschäft Breslaus oder Berlins gesucht. Offerten unter „Glück“ Nr. 100 bis 23. d. an die Exp. d. Bresl. Ztg. [2064]

**Ein Mädchen (mosaisch),** das der Küche vorsteht, kann sich melden. Antritt zum 1. Juli. [2078]

Louis Bodländer, Brieg, Ring Nr. 22.

**Ein jüd. Mädchen, d. 7 Jahr in ein** Defill.-Gej. thät., lädt i. Rechn. u. Schreib. ist auch zum 1. Juli wohn. u. an. Gesch. Stellung. Gef. Off. n. unt. R. L. 99 die Exp. der Bresl. Zeitung entgegen. [2087]

**Ein tüchtiger Reisender,** der Schleien schon mit Erfolg bereit hat, wird für unser Tuch-Engros-Geschäft zum baldigen Antritt zu engagieren gesucht. [5439]

J. Oliven & Co.

**Ein junger Mann,**

gelernter Spezialist, der seine Lehrzeit soeben beendet, der eins. Buchführung u. Correspondenz mächtig, will sich, gestützt auf gute Referenzen, dem Spezial- oder Buchhalterfache widmen u. sucht ab. p. 1. Juni dauernde Stellung. Gef. Offerten sollte man unter A. Z. 26 postlagernd Gleiwitz L. L. 100 postlagernd Liegnitz. [5410]

**Ein pensionirter, noch sehr rüstiger Bureau-Beamter,**

cautionsfähig, bittet um Stellung und Beschäftigung. Geneigte Offerten werden unter der Chiffre A. Z. 11 postlagernd Haupt-Postamt hier selbst erbeten. [5422]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertrauter junger Mann

sucht bis auf Weiteres Beschäftigung. Offerten A. S. 2, Expedition der Bresl. Ztg. [5438]

Insertionspreis 15 Mctps. die Zeile.

### Ein mit sämlichen Comptoir-Arbeiten vertra